

INHALT

Aufsätze

Wolfram Buchwitz

Vorbehaltlose Abnahme einer Werkleistung in Kenntnis eines Mangels 1777

Die Reform des Bauvertragsrechts wird auch im Werkvertragsrecht des BGB wesentliche Änderungen mit sich bringen. § 640 II BGB (ab 1.1.2018: § 640 III BGB) ist dabei nicht angetastet worden, obwohl die Vorschrift dogmatisch wie teleologisch verfehlt ist. Der Beitrag sucht daher nach Lösungen für die Rechtspraxis.

Rainer Kemper

Die Einflussnahme auf den Versorgungsausgleich 1781

Versorgungsausgleich leistet niemand gern. Daher wird häufig versucht, ihn dadurch zu umgehen, dass Anrechte aufgelöst oder so umgestaltet werden, dass sie nicht mehr die Voraussetzungen des Versorgungsausgleichsgesetzes erfüllen. Im Beitrag wird untersucht, welche Einwirkungsmöglichkeiten auf Anrechte bestehen.

Zur Rechtsprechung

Heike Hennemann

Das Wechselmodell als Umgangsregelung – eine überzeugende Lösung? 1787
(BGH, NJW 2017, 1815)

Bericht

Andreas Spickhoff

Die Entwicklung des Arztrechts 2016/2017 1790

Rolf Wagner

Aktuelle Entwicklungen in der justiziellen Zusammenarbeit in Zivilsachen 1796

Kanzlei & Mandat

Till Bremkamp

Der unbeabsichtigte Amtsverlust des Anwaltsnotars 1802

Buchbesprechungen

Form / Schiller / Seitz: NS-Justiz in Hessen (Ralph Backhaus) • 1803
Maschmann / Sieg / Göpfert: Vertragsgestaltung im Arbeitsrecht (Stefan Lunk) •
Byers: Mitarbeiterkontrollen (Tim Husemann)

NJW-aktuell

Editorial	3	Interview	12	Rubrikenmarkt	21
Entschleunigung bis zur Pensionsreife? R. Hamm		Mietpreisbremse – Fluch oder Segen? K. H. Warnecke		web.report	32
Agenda	6	Forum	15	Stellenmarkt	33
Meldungen/Kolumne	7	Rundfunklizenz für Internet-Videos? C. Solmecke		Beck'sche Zeitschriften	44
Gesetzgebung	8	Aus der Justiz	17	Buchhinweise	46
Rechtsprechung in Kürze	8	Das Nadelöhr der inneren Sicherheit S. Rebehn		Personalien	48
Entscheidung der Woche	9	Recht Digital	19	Heftvorschau/Impressum	50
		Dateiformate im Strafverfahren D. Kesper			

INHALT



Rechtsprechung

Europäische Gerichte

EGMR 23.03.17 – 59752/13
Stichtagsregelung für Erbrecht nichtehelicher Kinder 1805

EuGH 18.01.17 – C-623/15 P
Bußgeldhaftung aufgrund von Mitkontrolle über ein Gemeinschaftsunternehmen (Ls.) 1808

Zivilgerichte

BGH 16.03.17 – VII ZR 197/16
Nichtigkeit eines Werkvertrags wegen nachträglicher Schwarzarbeitsabrede (Anm. J. Stamm) 1808

BGH 13.10.16 – V ZB 98/15
Unzulässige Bestellung eines dinglichen Vorkaufsrechts für Gesamtgläubiger (Anm. C. Kessler) 1811

BGH 24.11.16 – IX ZR 278/14
Erweiterung des Sicherungszwecks einer Grundschuld bei fehlendem Anlasskredit in AGB (Ls.) 1814

BGH 01.12.16 – I ZR 128/15
Schadensersatz für auf multimodalem Transport fehlgeleitetes Transportgut (Ls.) 1814

BGH 01.02.17 – XII ZB 601/15
Gerichtliche Umgangsregelung im Sinne eines paritätischen Wechselmodells 1815

BGH 05.04.17 – IV AR(VZ) 2/16
Überlassung anonymisierter Entscheidungsabschriften an Dritte (Anm. B. Dölling) 1819

BGH 28.02.17 – I ZB 55/16
Anrechnung mehrerer Geschäftsgebühren auf die Verfahrensgebühr (Anm. B. Junglas) 1821

BGH 21.02.17 – XI ZR 467/15
Vorrang der Leistungsklage in Widerrufsfällen 1823

Strafgerichte

BGH 01.12.16 – 3 StR 230/16
Wiederaufnahme nach Nichteröffnung – Zeugenseitig provozierte Selbstbelastung (Anm. H. Meyer-Mews) 1828

Verwaltungsgerichte

BVerwG 14.02.17 – 6 B 49/16
Eintragung einer Auskunftssperre wegen Zugehörigkeit zu einer Berufsgruppe 1832

Arbeitsgerichte

BAG 15.12.16 – 2 AZR 42/16
Ordentliche verhaltensbedingte Kündigung wegen Stellung eines Strafantrags 1833

BAG 26.01.17 – 2 AZR 68/16
Personenbedingte Änderungskündigung – Unbestimmtes Vertragsangebot (Ls.) 1837

Finanzgerichte

BFH 03.08.16 – IX R 14/15
Kosten der Erneuerung einer Einbauküche im Mietobjekt – Rechtsprechungsänderung 1837

BFH 04.10.16 – IX R 8/16
Fremdvergleich bei Mietverhältnis zwischen nahen Angehörigen (Ls.) 1840

Mit Beilage: NJW-Spezial Heft 12/2017

Familienrecht
Verjährung des Regressanspruchs von Scheinvater gegen Erzeuger

Erbrecht
Nutzungsentschädigung für Immobilien im Nachlass

Verkehrsrecht
Spurwechsel im Reißverschlussverfahren

Baurecht
Ferienwohnung und Boardinghouse im Lichte der BauNVO

Gesellschaftsrecht
Vorliegen eines wichtigen Grundes zur Abberufung

Arbeitsrecht
Verstärkter Kündigungsschutz für schwerbehinderte Arbeitnehmer

Strafrecht
Cyber-Attacken – Strafbarkeit und Prävention

Verfahrens- und Kostenrecht
Keine Rechtsbeschwerde zum BGH in Kostenansatzverfahren

Anwalt und Kanzlei
Neues aus der Satzungsversammlung

Alle Rubriken
Rechtsprechungsübersichten

Inhalt

Miet- und Immobilienrecht

Von Michael Drasdo

<i>M. Drasdo</i> , Primat des „Gemeinschaftsanwalts“ in der Kostenerstattung unter WEG	353
Maßnahmen am Sondereigentum als bauliche Veränderungen (BGH)	354
Einkünfteerzielungsabsicht: Eigentumswohnung in „maroder“ Anlage (BFH)	355
Verfassungswidrigkeit des Berliner Zweckentfremdungsverbots?	355

Familienrecht

Von Martin Haußleiter und Barbara Schramm

Verjährung von Regressanspruch des Scheinvaters gegen den Erzeuger (BGH)	356
Bruchteilsgemeinschaft und Erlös aus einer Teilungsversteigerung (BGH)	356
Verjährung des Auskunftsanspruchs über illoyale Vermögensminderungen (OLG Stuttgart)	357
Voreheliches Anrecht im Versorgungsausgleich (OLG Bamberg)	357
Vaterschaftskonkurrenz bei Vorliegen verschiedener Anknüpfungsmomente (OLG Jena)	358

Erbrecht

Von Wolfgang Roth

<i>W. Roth</i> , Nutzungsentschädigung für Immobilien im Nachlass	359
Erblasser muss Stiftungszweck testamentarisch selbst vorgeben (OLG Celle)	360
Keine Verjährungshemmung für Wertermittlung bei Stufenklage (OLG München)	360

Verkehrsrecht

Von Rainer Heß und Michael Burmann

Spurwechsel im Reißverschlussverfahren (OLG München)	361
Bedeutung des gelben Blinklichts einer Kehrmaschine in Betrieb (OLG Düsseldorf)	361
Einholung eines anthropologischen Sachverständigengutachtens (OLG Bamberg)	362
Erstattungsfähigkeit von Kosten für ein Zweitgutachten (LG Bamberg)	363

Baurecht

Von Stefan Weise und Tobias Hänsel

<i>K. Luther</i> , Ferienwohnung und Boardinghouse im Lichte der BauNVO	364
Kein Nachtragsanspruch bei Schlechtwetter (BGH)	365
Anspruch auf Preisprüfung bei öffentlicher Auftragsvergabe (BGH)	366
Dingliche Absicherung einer Bebauung auf fremdem Grundstück (OVG Koblenz)	366

Gesellschaftsrecht

Von Dieter Leuring und Daniel Rubner

Vorliegen eines wichtigen Grundes zur Abberufung (BGH)	367
Wirksamkeit von Schiedsvereinbarungen in Personengesellschaften (BGH)	367
Eintragungsfähigkeit eines Dokortitels in das Handelsregister (BGH)	368
Eintragung als nichtwirtschaftlicher Verein (OLG Hamm)	368
Anmeldepflicht des Geschäftsführers nach Insolvenzeröffnung (OLG Hamm)	369

Arbeitsrecht

Von Daniel Benkert und Robert von Steinau-Steinrück

D. Benkert, Verstärkter Kündigungsschutz für schwerbehinderte Arbeitnehmer 370
 Kettenbefristung durch Vergleich – Missbrauchskontrolle (BAG) 371
 Befristung und Vertragsauslegung (BAG) 372
 Kündigungsfrist in der Probezeit (BAG) 372

Insolvenzrecht

Von Michael Dahl und Raul Taras

Vergütungsvereinbarung im Insolvenzplan (BGH) 373
 Verzicht auf abgesonderte Befriedigung (BGH) 373
 Mittelpunkt der hauptsächlichen Interessen des Schuldners (BGH) 374
 Sittenwidrigkeit eines Überbrückungskredits (BGH) 375

Strafrecht

Von Klaus Leipold und Stephan Beukelmann

S. Beukelmann, Cyber-Attacken – Erscheinungsformen, Strafbarkeit und Prävention 376
 Vermögensschaden bei Betrug mit „Sale-and-lease-back-Geschäft“ (BGH) 377
 Bruttoprinzip bei Verfall von Erlösen aus Marktmanipulation (OLG Frankfurt a. M.) 377
 Unzulässigkeit einer Auslieferung nach Rumänien (OLG München) 378

Verfahrens- und Kostenrecht

Von Norbert Schneider

Keine Rechtsbeschwerde zum BGH in Kostenansatzverfahren (BGH) 379
 Zurückverweisung bei mangelhafter Nichtabhilfeentscheidung (OLG Koblenz) 379
 Voller Wert bei einstweiliger Anordnung auf Verfahrenskostenvorschuss (OLG Karlsruhe) .. 380
 Übergangsrecht bei Berufung mit vorherigem Zulassungsverfahren (OVG Bautzen) 380
 Zusätzliche Gebühr nach Aussetzung der Hauptverhandlung (LG Arnberg) 381
 Ersatz der Postentgeltpauschale und der Aktenversendungspauschale (AG Germersheim) ... 381

Anwalt und Kanzlei

Von Christian Dahns

C. Dahns, Neues aus der Satzungsversammlung 382
 Zulassung als Syndikus für Geschäftsführertätigkeit (AnwGH Nordrhein-Westfalen) 383

ISSN 1613-4621

NJWSpezial
Die wichtigsten Informationen
zu speziellen Rechtsgebieten

Schriftleitung:
 Rechtsanwalt *Tobias Freudenberg*,
 Beethovenstraße 7b, 60325 Frankfurt
 a. M., Postanschrift: Postfach 11 02 41,
 60037 Frankfurt a. M., Telefon: (0 69)
 75 60 91-0, Telefax: (0 69) 75 60 91-49.
 E-Mail: njw@beck-frankfurt.de
 Internet: www.njw.de

Redaktion:
 Rechtsanwältin *Nathalie Demmer* (Ver-
 kehrsrecht); Rechtsanwalt *Tobias*
Freudenberg (Insolvenzrecht); Rechts-
 anwältin *Antje Glinzki* (Anwalt und

Kanzlei); Rechtsanwältin *Irina Huth*
 (Familienrecht); Rechtsanwalt *Dr. Andreas*
Kappus (Miet- und Immobilienrecht);
 Rechtsanwältin *Dr. Maria Naucke-Lömkler*
 (Erbrecht und Schlussredaktion);
 Rechtsanwältin *Esther Noske*, LL.M.
 (Verfahrens- und Kostenrecht sowie
 Koordination); Rechtsanwalt Prof. *Dr.*
Achim Schunder (Arbeitsrecht); Rechts-
 anwältin *Dr. Monika Spiekermann* (Bau-
 recht); Rechtsanwalt *Dr. Stephan Tausch*
 (Strafrecht); Rechtsanwalt Prof. *Dr. Martin*
Weber (Gesellschaftsrecht).

Urheber- und Verlagsrechte: Alle in die-
 ser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge
 sind urheberrechtlich geschützt. Das gilt
 auch für die veröffentlichten Gerichts-
 entscheidungen und ihre Leitsätze, denn
 diese sind geschützt, soweit sie vom

Einsender oder von der Schriftleitung
 erarbeitet oder redigiert worden sind.
 Der Rechtsschutz gilt auch gegenüber
 Datenbanken und ähnlichen Einrichtun-
 gen. Kein Teil dieser Zeitschrift darf
 außerhalb der engen Grenzen des Urhe-
 berrechtsgesetzes ohne schriftliche Ge-
 nehmigung des Verlags in irgendeiner
 Form vervielfältigt, verbreitet oder öf-
 fentlich wiedergegeben oder zugänglich
 gemacht, in Datenbanken aufgenom-
 men, auf elektronischen Datenträgern
 gespeichert oder in sonstiger Weise
 elektronisch vervielfältigt, verbreitet
 oder verwertet werden.

Verlag: Verlag C.H.BECK oHG, Wilhelm-
 str. 9, 80801 München, Postanschrift:
 Postfach 40 03 40, 80703 München, Tele-
 fon: (0 89) 3 81 89-0, Telefax: (0 89) 3 81

89-3 98, Postbank München IBAN:
 DE82 7001 0080 0006 2298 02, BIC:
 PBNKDEFFXXX. Der Verlag ist oHG.
 Gesellschafter sind Dr. Hans Dieter Beck
 und Dr. h. c. Wolfgang Beck, beide Ver-
 leger in München.

Erscheinungsweise:
 Zweimal im Monat als Beilage zur NJW.

Bezugspreis 2017:
 Der Bezugspreis von NJW-Spezial ist
 im Bezugspreis von NJW enthalten.
 Jahrestitel und -register sind nur noch
 mit dem jeweiligen Heft lieferbar.

Druck: Mayr Miesbach GmbH, Am Wind-
 feld 15, 83714 Miesbach.



**ÖSTERREICHISCHE
RICHTERZEITUNG**

ORGAN DER RICHTER UND
STAATSANWÄLTE ÖSTERREICHS

06/17 | 95. Jahrgang

117 EDITORIAL

119 WISSENSCHAFT

127 IMPRESSUM

128 VARIA

129 PERSONALIA

130 ENTSCHEIDUNGEN

130 Entscheidungsübersicht

132 Strafsache Nr. 08

134 Zivilsachen Nr. 09 - 10

137 Verwaltungssache Nr. 11

139 REZENSIONEN

140 VERANSTALTUNGSKALENDER

EDITORIAL

Justiz 2.x

VON CHRISTIAN HAIDER | SEITE 117

WISSENSCHAFT

**Auswahl von Drittschuldnern bei der
Forderungsexekution nach § 294a EO**

VON ROBERT STRELLER UND MICHAEL SCHAUMBERGER | SEITE 119

**Verständlichkeit, Menschen mit Sehbehin-
derung im Richteramt und Schiedsgerichte**

VON OLIVER SCHEIBER | SEITE 124

ÖSTERREICHISCHE NOTARIALE ZEITUNG

149. JAHRGANG
05
2017

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

D3-7315

MONATSSCHRIFT FÜR NOTARIAT UND VERFAHREN AUSSER STREITSACHEN

Aus dem Inhalt:

BEITRÄGE

Karl Stöger:

Anwaltliche und notarielle Beglaubigung im Binnenmarkt – der Fall *Piringer* Seite 161

Anne-Marie Hebenstreit:

Vier bedachte Erben als (un)fähige Testamentszeugen? Seite 167

RECHTSPRECHUNG

Fruchtgenussrecht der Eigentumswohnungspartner an der gemeinsamen Eigentumswohnung möglich *Hans Hoyer* Seite 169

Vermögensopfer bei Verzicht auf ein vorbehaltenes Fruchtgenussrecht Seite 174

Zulässigkeit des Rechtswegs/Verfahrens *Peter G. Mayr* Seite 186

Anwaltskosten als ersatzfähiger Rettungsaufwand Seite 191

„Notarvorbehalt“ für Beglaubigung einer Unterschrift auf einem Grundbuchsgesuch unionsrechtlich zulässig; keine Pflicht zur Anerkennung einer ausländischen Anwaltsbeglaubigung Seite 192

REDAKTION: Ludwig Bittner, Hans Hoyer, Waldemar Jud, Elisabeth Lovrek, Peter G. Mayr, Christian Rabl, Alexander Schopper, Rudolf Welser, Alexander Winkler. BEIRAT: Hans Georg Ruppe, Karl Stöger, Wolfgang Zankl.

Inhalt

Beiträge

Karl Stöger

Anwaltliche und notarielle Beglaubigung im Binnenmarkt – der Fall <i>Piringer</i>	161
Anne-Marie Hebenstreit	
Vier bedachte Erben als (un)fähige Testamentszeugen?	167

Rechtsprechung

Grundbuch, Wohn- und Liegenschaftsrecht

Fruchtgenussrecht der Eigentumswohnungspartner an der gemeinsamen Eigentumswohnung möglich – OGH 25. 8. 2016, 5 Ob 149/16x: § 13 WEG 2002; §§ 480, 825ff ABGB; § 26 GBG (Anmerkung von Hans Hoyer)	169
Dem rechtskräftig eingantworteten Erben steht nicht zu, ein Grundstück der ererbten Liegenschaft unter Mitübertragung der Eigentumsrechte des verstorbenen bürgerlichen Eigentümers abschreiben zu lassen – OGH 29. 9. 2016, 5 Ob 83/16s: §§ 21–23, 53ff, 94, 136 GBG	171
Nachweis der wirklichen Übergabe bei einer Schenkung; vom Geschenkgeber vorbehaltene Wohnungsgebrauchs- oder -genussrechte sind nicht Gegenleistung, sondern Wertminderung des Geschenks – OGH 29. 9. 2016, 5 Ob 155/16d: § 1 Abs 1 lit d NotAktG; §§ 480, 943 ABGB; § 26 Abs 2 GBG	171

Erbrecht

Vermögensopfer bei Verzicht auf ein vorbehaltenes Fruchtgenussrecht – OGH 28. 3. 2017, 2 Ob 35/17m: § 785 Abs 3 ABGB	174
Akteneinsicht einer Person, die keine Partei des Verlassenschaftsverfahrens ist – OGH 28. 3. 2017, 2 Ob 41/17v: § 22 AußStrG iVm § 219 Abs 2 ZPO	177

Firmenbuch und Unternehmensrecht

Treuepflicht des Stifters und gemeinsame Ausübung eines Änderungsrechts – OGH 27. 2. 2017, 6 Ob 122/16h: § 3 Abs 2, § 33 Abs 3 PSG	179
Keine Pflicht zur Eintragung der Wiederbestellung eines Stiftungsvorstandsmitglieds – OGH 29. 3. 2017, 6 Ob 236/16y: § 10 FBG	184

Treuhand, Exekutions- und Insolvenzrecht

Sorgfaltswidrigkeit eines mehrseitigen Treuhänders – OGH 28. 2. 2017, 9 Ob 87/16h: §§ 1293ff ABGB	184
--	-----

Verfahren außer Streitsachen

Zulässigkeit des Rechtswegs/Verfahrens – OGH 13. 10. 2016, 7 Ob 169/16b: § 1 AußStrG; § 40a Abs 3 und § 42 Abs 3 JN; § 519 Abs 1 Z 1 ZPO; § 838a ABGB (Anmerkung von Peter G. Mayr)	186
--	-----

Standesrecht und Berufshaftung

Verjährung des Herausgabeanspruchs auf die beim RA erliegende Barschaft – OGH 28. 2. 2017, 9 Ob 2/17k: § 1009 ABGB; § 19 RAO	188
Anwaltskosten als ersatzfähiger Rettungsaufwand – OGH 16. 3. 2017, 1 Ob 231/16a: § 1 AHG; §§ 1293ff ABGB; AHK 2005	191
„Notarvorbehalt“ für Beglaubigung einer Unterschrift auf einem Grundbuchsgesuch unionsrechtlich zulässig; keine Pflicht zur Anerkennung einer ausländischen Anwaltsbeglaubigung – EuGH 9. 3. 2017, C-342/15, <i>Piringer</i> : Art 56 AEUV; RL 77/249/EG; § 53 Abs 3 GBG	192

Varia

Zum Schutzzweck der Wiedereinsetzungsbestimmungen – OGH 23. 11. 2016, 1 Ob 180/16a: §§ 146ff, 179 ZPO; §§ 1 ff AHG; Art 6 EMRK	198
---	-----

Standesnachrichten und Mitteilungen	200
---	-----

Impressum	200
---------------------	-----

D3-2315

Inhaltsverzeichnis

AutorInnen

Shu-Perng Hwang

„Margin of appreciation“ zugunsten der Union?

Überlegungen zur Grundrechtskontrolle des Unionsrechts durch den EGMR nach dem Beitritt der EU zur EMRK 3

Benjamin Rusteberg

**Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum
Bundeskriminalamtsgesetz – Eine Zwischenbilanz des allgemeinen
Sicherheitsrechts**

24

Birger Antholz

Wohnungseinbruch 36

Jacob Kornbeck

**Heikle Einwilligung im Anti-Doping-Bereich. Zur Rechtmäßigkeit von
Datenübermittlungen in Drittländer**

50

Georg Grünstäudl

Was sollen RichterInnen aus welcher Geschichte lernen?

Das Curriculum Justizgeschichte in der österreichischen Richterausbildung 62



Inhalt

AUFSÄTZE

- 155 ERIK LAGERSPETZ
Kelsen on Democracy and Majority Decision
- 180 MATHEUS PELEGRINO DA SILVA
Nach dem Willen welchen Gesetzgebers?
Kelsens Rechtslehre und die Relevanz der Bedingungen der Geltung
für die Diskussion über Auslegungsmethoden
According to the will of which legislator?
Kelsen's legal theory and the relevance of the conditions of the validity
for the discussion on the methods of interpretation
- 193 MARIO GARCÍA BERGER
Kelsen's Transcendental Argument – A Response to Stanley Paulson
- 207 LARS LEETEN
Universalismus im Zeichen der Urteilskraft?
Zu Seyla Benhabibs Transformation der Diskursethik
Universalism in the Name of the Power of Judgment?
Seyla Benhabib's Transformation of Discourse Ethics
- 221 FELIX EKARDT / ANNA HYLÄ
Human Rights, the Right to Food, Legal Philosophy, and General
Principles of International Law
- 239 NORBERT PAULO
Law, Reason, and Emotion? The Challenge from Empirical Ethics
- 259 DIETRICH BÖHLER
Das Frister-Dilemma oder Diskurs-Verantwortungsethik
als Dialektik von idealem Diskurs und strategischer
Durchsetzung – Eine Entgegnung
The Double Bind of Frister – A Response

IVR-INFORMATIONEN UND MITTEILUNGEN

- 272 IVR-Weltkongress 2017



- 273 Tagungsbericht: 23. Jahrestagung des Jungen Forum Rechtsphilosophie
(Dennis-Kenji Kipker)

REZENSIONEN

- 278 M. Rainer Lepsius. Max Weber und seine Kreise (Jens Petersen)
280 Max Weber. Briefe 1903–1905 (Wolfgang Hellmich)

Archiv f. Rechts- u. Sozialphilosophie



ZEITSCHRIFT FÜR JAPANISCHES RECHT
JOURNAL OF JAPANESE LAW

22. Jahrgang Frühling 2017 Nr. 43 • Volume 22 Spring 2017 No. 43

SYMPOSIUM / CONFERENCE

*Aktuelle Entwicklungen im japanischen Recht /
Current Developments in Japanese Law*

- Souichirou Kozuka* Strict Liability and State Indemnification under Japanese Law. The New Space Activities Act Compared with the Scheme on Compensation for Nuclear Damages 3
- Yuko Nishitani* Aktuelle Entwicklungen im internationalen Familienrecht Japans 21
- Gabriele Koziol* Befristetes Wiederverheiratsverbot für Frauen und Verbot der Führung getrennter Nachnamen für Ehepartner 51

ABHANDLUNGEN / ARTICLES

- J. Mark Ramseyer* Nuclear Power and the Mob: Extortion in Japan 75
- Lars Markert* Neue Entwicklungen in der japanischen Handels- und Investitionsschiedsgerichtsbarkeit 111
- Teppei Ono* Protection of Prisoner-Lawyer Confidential Communications and Japanese Prison Law 151
- Andrew R. J. Watson* An Enlarged Role for Probation in Japan to Reduce Drug Offending 175
- Ioan Trifu* Reform in Late Occupation Japan: The 1950 Law for the Protection of Cultural Properties 205
- Yasuhiro Okuda/
Yukinori Udagawa* Nachtrag zum Beitrag von *Yasuhiro Okuda* in *ZJapanR/J.Japan.L.* 42 (2016) 61 ff. 231

RECHTSPRECHUNG / CASE LAW

<i>Dan Tidten</i>	Überblick über wichtige zivilrechtliche Entscheidungen des japanischen Obersten Gerichtshofs aus dem Jahre 2015	233
<i>Atsuhiko Furuta</i>	Urheberrecht und Recht des Unlauteren Wettbewerbs: Angewandte Kunst – „TRIPP TRAPP“	253

REZENSIONEN / REVIEWS

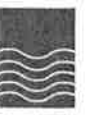
<i>Andrew R. J. Watson</i>	ANNA DOBROVOLSKAIA, The Development of Jury Service in Japan. A square block in a round hole	267
<i>Harald Baum</i>	HEIKE ALPS, Beilegung individualarbeitsrechtlicher Streitigkeiten in Japan	275

BERICHTE / REPORTS

<i>Gabriele Koziol</i>	Information Duties under Japanese and German Private Law. Chūō Universität, Tōkyō, 23. September 2016	279
<i>Anna Katharina Klasen / Michael Pfeifer</i>	Self-regulation in Private Law in Japan and Germany. Max Planck Institute for Comparative and International Private Law, Hamburg, 4 and 5 November 2016	283

AKTUELLES / CURRENT MATTERS

Neues aus der Redaktion / News from the Editorial Desk	289
Neue Bücher / New Books	290
Neue Zitierregeln 2017	291
New Rules of Citation 2017	297
Verzeichnis der Mitarbeiter / List of Contributors	303
Hinweise zum Einreichen von Manuskripten / Guide for Submissions	306
Ziele der Deutsch Japanischen Juristenvereinigung e.V. / Goals of the German-Japanese Association of Jurists	308

**IN ALLER KÜRZE**

2

THEMA**Bettina Sabara: Begründungspflichten des Arbeitgebers im Dienstverhältnis**

3

Manche Mitteilungen, die der Arbeitgeber gegenüber Behörden, dem Betriebsrat oder dem einzelnen Arbeitnehmer tätigt, muss er begründen. Viele Erklärungen des Arbeitgebers erfordern allerdings – zumindest im Moment des Ausspruches – keine nähere Begründung. Der Beitrag informiert darüber, wann eine (sofortige) Begründung (nicht) notwendig ist und ob es sich in manchen Fällen empfiehlt, von einer sofortigen Begründung Abstand zu nehmen.

RECHTSPRECHUNG**» ARBEITSRECHT**

Einstufung von Key-Account-Managern nach dem KV-Arbeitsmarktservice	7
Einstufung nach dem KV-grafisches Gewerbe	8
Wirksamkeit eines ohne Durchlesen unterschriebenen Dienstvertrages	8
Übernahme des Arbeitsvertrags ohne Verständigung des Arbeitnehmers	9
Arbeitskräfteüberlassung: laufende Kontrolle durch Vorarbeiter	9
Diskriminierung bei Bewerbung um Leitungsposition?	10
Annahme eines Anbots einer einvernehmlichen Auflösung inklusive Abfertigung	10
Kündigung wegen Verschlechterung der Arbeitsbedingungen nach Betriebsübergang	11
Bereinigungswirkung eines Vergleichs	11

» SOZIALVERSICHERUNGSRECHT

Kein UV-Schutz bei Wegunfall unter Alkoholeinfluss	11
Sturz vom Dach des Feuerwehrhauses nach Reparatur der Satellitenanlage: kein UV-Schutz	12
Entzug einer Versehrtenrente	14

» STEUERRECHT

Vermittlung von Pflegefachkräften – kein Dienstverhältnis	15
Werbungskosten bei Nutzung eines Dienstwagens im Rahmen eines weiteren Dienstverhältnisses	16

NEUE VORSCHRIFTEN

18

» STEUERRECHT

Mitarbeiterbeteiligungsgesetz 2017 – Initiativantrag	18
--	----

ARTIKELRUNDSCHAU

20

IMPRESSUM

17



Neue Zeitschrift für Sozialrecht

Zweiwochenschrift für die anwaltliche, betriebliche, behördliche und gerichtliche Praxis

12/2017

NZS aktuell

Rechtsprechung

- BSG: Sozialversicherungsbeiträge auf VBL-Eigenanteile müssen zurückgezahlt werden VI
- LSG NRW: Unfallversicherungsschutz bei Teilnahme am Hochschulsport VI
- SG Düsseldorf: Tiergestützte Psychotherapie ist keine Versorgungsverbesserung VI
- SG Dortmund: Jobcenter streiten über Schulgeld für Trennungskinder VII
- SG Dresden: Sozialgericht spricht länger an Brustkrebs erkrankter Patientin Behandlung mit neuartiger Chemotherapie zu VII
- SG Mainz: Muss die Rentenversicherung Versicherte verjüngen? VII
- SG Detmold: Keine Vergütung für ein Krankenhaus, wenn der Versicherte die Aufnahme gegen ärztlichen Rat verweigert VII

Mitteilungen

- Der Arbeitsmarkt im Mai 2017. Anhaltend günstige Entwicklung VIII
- BMAS stärkt Sozialpolitikforschung. Fördermittel für Professuren, Nachwuchsgruppen und Projekte bewilligt VIII
- G-BA legt vier Leistungsbereiche für die Erprobung von Qualitätsverträgen fest IX
- Intensivpflege von Frühgeborenen: Maßnahmen bei Abweichen von Personalvorgaben geregelt IX

Veranstaltungen

- Universität Hamburg X
- Vortrag: Vergaberecht in der Gesetzlichen Krankenversicherung

Aufsätze und Berichte

Ernst-Wilhelm Luthe

- Teilhabe an Bildung nach § 75 Bundesteilhabegesetz 441

Martin Benner

- Gesellschaften bürgerlichen Rechts als Instrument ambulant betreuter Wohngemeinschaften 447

*Steffen Schmidt/
Bettina Süsskind*

- Abschied von der Kriegsopferversorgung – Aufbruch zum neuen Sozialen Entschädigungsrecht 452

Julian Stassek

- Tagungsbericht zum IX. Blickpunkt Sozialrecht in der Privatrechtspraxis 459

Buchbesprechungen

Jan Harald Schütz

- Ärzte-ZV, Zahnärzte-ZV mit den zulassungsrechtlichen Vorschriften des SGB V. Kommentar 460



Rechtsprechung

Rechtsprechung im Volltext

Pflegeversicherungsrecht

BSG
25.01.2017 – B 3 P 2/15 R Reparaturkosten eines Treppenlifts
(mit Anm. Ulrich Knispel) 461

Arbeitsförderungsrecht

LSG Baden-Württemberg
13.12.2016 – L 11 EG 1557/16 Berücksichtigung von Provisionen bei der Berechnung des Elterngeldes 467

Kommentierte Rechtsprechung

Krankenversicherungsrecht

LSG Thüringen
31.01.2017 – L 6 KR 885/14 Keine Umgehung des Verbots der ambulanten Durchführung einer neuen
Behandlungsmethode durch stationäre Behandlung
(Dunja Barkow von Creytz) 471

Grundsicherungsrecht

BSG
01.12.2016 – B 14 AS 21/15 R Der Mehrbedarf für Schwangere bemisst sich nach ihrer individuellen
Regelbedarfsstufe (Andreas Jenak) 472

BSG
08.02.2017 – B 14 AS 3/16 R Kein Ersatzanspruch bei bloßem Aufrechterhalten der Hilfebedürftigkeit
(Gunnar Formann) 473

LSG Nordrhein-Westfalen
17.03.2017 – L 7 AS 228/
17 B ER, L 19 AS 2381/16 B,
L 7 AS 2184/16 B ER Örtliche Zuständigkeit gem. § 36 Abs. 2 SGB II / gewöhnlicher Aufenthalt
bei Verletzung einer Wohnsitzauflage iSd § 12 a Abs. 1 AufenthG
(Katharina von Koppenfels-Spies) 474

Vertragsarztrecht

BSG
30.11.2016 – B 6 KA 3/16 R Ermächtigung eines Leiters einer nephrologischen Schwerpunktabteilung
zur Mitbehandlung (Stefanie Vogl) 475

BSG
30.11.2016 – B 6 KA 17/15 R Sachlich-rechnerische Richtigstellung einer zahnärztlichen Abrechnung
wegen Splittingverbots (Alice Gerlach) 476

Beitragsrecht

LSG Niedersachsen-Bremen
29.06.2016 – L 1 KR 172/14 Berücksichtigung von Einkünften aus Gewerbebetrieb als Arbeitseinkommen;
kostenrechtliche Berücksichtigung von Teilerkenntnissen
(Karin-Maria Wagner) 477

BSG
15.09.2016 – B 12 R 4/15 Sozialversicherungsbeiträge nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens und
Freistellung der gekündigten Arbeitnehmer (Wiebke Brose) 478

Verfahrensrecht

LSG Niedersachsen-Bremen
28.11.2016 – L 11 AS 699/15 Kein einklagbarer Zahlungsanspruch des Vermieters gegen das Jobcenter
bei Übernahme der Kosten einer Unterkunft (Angelika Schmidt) 479

Soziales Entschädigungsrecht

LSG Rheinland-Pfalz
29.06.2016 – L 4 VG 2/16 Opferentschädigung nach einem langjährigen Zeitablauf
(Tobias Mushoff) 480

forum poenale

D3-7276

Herausgeber ·**Editeurs · Editori**

Jürg-Beat Ackermann

Roy Garré

Gunhild Godenzi

Yvan Jeanneret

Bernhard Sträuli

Wolfgang Wohlers

Schriftleitung ·**Direction de revue ·****Direzione della rivista**

Sandra Hadorn

RECHTSPRECHUNG | JURISPRUDENCE | GIURISPRUDENZA 130

AUFsätze | ARTICLES | ARTICOLI 163

Andreas Donatsch: Die Anklage in besonderen Verfahren –
Strafbefehlsverfahren, abgekürztes Verfahren, Verfahren gegen Schuldunfähige 163

Christophe Herzig/Mike Kindler: Wie endgültig ist «endgültig»? –
Von Willensmängeln beim Verzicht auf die Privatklägerschaft gemäss
Art. 120 Abs. 1 StPO 171

Carla Reyes: Le «plea bargain» suisse et l'utilisation des confessions
consenties par le prévenu: risques et propositions de solutions 178

Alexander Schorro: Strafverfahren und Administrativmassnahmeverfahren
als Teile eines einheitlichen Systems
Besprechung von EGMR vom 4. 10. 2016, Nr. 21563/12, Rivard c. Suisse 184

Thomas Fingerhuth: BGE Praxis 1/2017 190

DOKUMENTATION | DOCUMENTATION | DOCUMENTAZIONE 200



RECHTSPRECHUNG | JURISPRUDENCE | GIURISPRUDENZA

Nr. 11	OGer ZH v. 20. 7. 2016: Fahrlässigkeit; Sorgfaltspflicht; Gefahrensatz (<i>Bemerkungen: Wolfgang Wohlers</i>)	130
Nr. 12	BGer v. 12. 8. 2016: Grundsatz der Verfahrenseinheit; Voraussetzungen für eine Verfahrenstrennung; Feststellung einer Rechtsverzögerung (<i>Bemerkungen: Gunhild Godenzi</i>)	137
Nr. 13	TF du 12. 12. 2016: victime d'une infraction contre l'intégrité sexuelle; droit de refuser de répondre aux questions concernant sa sphère intime; production de son dossier d'assurance-invalidité; expertise psychiatrique	143
Nr. 14	BezGer Bülach v. 26. 7. 2016: Geheimhaltungspflicht der Rechtsschutzversicherung schützt vor Beschlagnahmung (<i>Bemerkungen: Niklaus Ruckstuhl</i>)	146
Nr. 15	BGer v. 30. 5. 2016: Beweisbeschlagnahme; Siegelung; Beweisverwertungsverbote; Recht auf Schutz der Privatsphäre und der geistigen Unversehrtheit (<i>Bemerkungen: Linda Bläsi</i>)	152
Nr. 16	TF du 14. 12. 2016: jugement par défaut; appel; demande de nouveau jugement; absence sans excuse valable	155
Nr. 17	BGer v. 4. 8. 2016: Siegelung sowie analoge Anwendung strafprozessualer Vorschriften im Verwaltungsstrafverfahren (<i>Bemerkungen: Friedrich Frank/Andreas Eicker</i>)	158

GESETZGEBUNG | LEGISLATION | LEGISLAZIONE

Tätigkeitsverbot für Sexualstraftäter – Umsetzung mittels Gesetzesrevision	200
Strengere Strafen zum Schutz von Beamten und Behörden	200
Eidgenössische Berufungskammer am Bundesstrafgericht	200
Umfangreiche Anpassungen und Ergänzungen zur neuen Landesverweisung treten am 1. 3. 2017 in Kraft	201
Terrorismusbekämpfung	202
Diskriminierung aufgrund der sexuellen Identität	202
Bedingte Entlassung aus der Verwahrung – Initiative abgelehnt	203

forum poenale

Inhaltsverzeichnis

Wirtschaftsstrafrecht

Die Kronzeugenregelung im Kartellstrafrecht (§ 209b StPO)
Axel Reidlinger 138

Die vertiefende Analyse

Strafbarkeit von Preisabsprachen im Vergabeverfahren
Julia Sagmeister 144

Wirtschaftsstrafrecht

Zur Zulässigkeit der Abgabe von schriftlichen Stellungnahmen durch den Beschuldigten im Ermittlungsverfahren
Norbert Wess / Vanessa McAllister 150

OGH zum Vorschlagsrecht des Beschuldigten bei der Sachverständigenbestellung
Otto Dietrich / Martina Groß 154

Aus der aktuellen Rechtsprechung
Mario Schmieder / Norbert Wess 156

Literaturreisenschau
Mario Schmieder / Norbert Wess 157

Finanzstrafrecht

Die Gewerbsmäßigkeit im Finanzstrafgesetz
Gerhard Pohnert 159

Der aktuelle Fall

Highlights zur „neuen“ Gewerbsmäßigkeit
Robert Kert / Roman Leitner 170

Finanzstrafrecht

Ergebnisse der 22. Finanzstrafrechtlichen Tagung
Alexander Lehner / Sara Märzendorfer 172

Pflichtenträgerschaft bei Anwachsung des Komplementäranteils einer KG
Manfred Guzy / Barbara Hoffmann / Rainer Obermann 177

Aus der aktuellen Rechtsprechung
Rainer Brandl / Roman Leitner 183

Literaturreisenschau
Rainer Brandl / Roman Leitner 185

Europastrafrecht

Einschränkungen des Bargeldverkehrs in Österreich und der EU?
Severin Glaser / Robert Kert 186

Blick über die Grenze

Schweizerisches Bundesgericht lässt niederländische Gruppenanfrage zu
Daniel Holenstein 187

Veranstaltungshinweise 158, 184, 185, 191

IMPRESSUM:

Zeitschrift für Wirtschafts- und Finanzstrafrecht

Herausgeber:

StB Mag. Rainer Brandl; az. Prof. Dr. Severin Glaser; Univ.-Prof. Dr. Robert Kert; WP/StB Hon.-Prof. Dr. Roman Leitner; RA Mag. Mario Schmieder; WP/StB Mag. Norbert Schrottmeier; RA Dr. Norbert Wess.

Medieninhaber und Medienunternehmen:

Linde Verlag Ges.m.b.H., A-1210 Wien, Scheydgasse 24.
Telefon: 01/24 630 Serie.
Telefax: 01/24 630-23.
E-Mail: office@lindeverlag.at
Internet: http://www.lindeverlag.at
DVR 0002356; Rechtsform der Gesellschaft: Ges.m.b.H.; Sitz: Wien.
Firmenbuchnummer: 102235x.
Firmenbuchgericht: Handelsgericht Wien, ARA-Lizenz-Nr. 3991; ATU 14910701.
Gesellschafter: Axel Jentzsch; Mag. Andreas Jentzsch.
Geschäftsführung: Mag. Klaus Kornherr.

Erscheinungsweise und Bezugspreise:

Periodisches Medienwerk: ZWF – Zeitschrift für Wirtschafts- und Finanzstrafrecht.
Grundlegende Richtung: Fachinformationen zum Wirtschafts- und Finanzstrafrecht, Erscheint sechsmal jährlich.
Jahresabonnement 2017 (6 Hefte) zum Preis von EUR 222,81 (inkl. MwSt. exkl. Versandkosten).

Einzelheft 2017: EUR 42,00 (inkl. MwSt. exkl. Versandkosten).

Abbestellungen sind nur zum Ende eines Jahrgangs möglich und müssen bis spätestens 30. November schriftlich erfolgen. Unterbleibt die Abbestellung, so läuft das Abonnement automatisch ein Jahr und zu den jeweils gültigen Konditionen weiter. Preisänderungen und Irrtum vorbehalten.

Nachdruck – auch auszugsweise – ist nur mit ausdrücklicher Bewilligung des Verlags gestattet. Es wird darauf verwiesen, dass alle Angaben in dieser Fachzeitschrift trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung des Verlages, der Redaktion oder der Autoren ausgeschlossen ist.

Urheberrechtshinweis: Mit der Einreichung seines Manuskriptes räumt der Autor dem Verlag für den Fall der Annahme das übertragbare, zeitlich und örtlich unbeschränkte ausschließliche Werknutzungsrecht (§ 24 UrhG) der Veröffentlichung in dieser Zeitschrift ein, einschließlich des Rechts der Vervielfältigung in jedem technischen Verfahren (Druck, Mikrofilm etc.) und der Verbreitung (Verlagsrecht) sowie der Verwertung durch Datenbanken oder ähnliche Einrichtungen, des Rechts der Vervielfältigung auf Datenträgern jeder Art, der Speicherung in und der Ausgabe durch Datenbanken, der Verbreitung von Vervielfältigungsstücken an die Benutzer, der Sendung (§ 17 UrhG), der sonstigen öffentlichen Wiedergabe (§ 18 UrhG) sowie der öffentlichen Zurverfügungstellung, insbesondere über das Internet (§ 18a UrhG). Gemäß § 36 Abs. 2 UrhG erlischt die Ausschließlichkeit des eingeräumten Verlagsrechts mit Ablauf des dem Erscheinen des Beitrages folgenden Kalenderjahres; dies gilt für die Verwertung durch Datenbanken nicht.

Anzeigenverkauf und -beratung:

Gabriele Hladik, Tel.: 01/24 630-19
E-Mail: gabriele.hladik@lindeverlag.at

ISSN: 2409-5265

Hersteller:

Druckerei Hans Jentzsch & Co. GmbH,
1210 Wien, Scheydgasse 31
E-Mail: office@jentzsch.at
Mehrfach umweltzertifiziert (www.jentzsch.at)
Telefon: 01/278 42 16-0



Contents

Articles

Frederick Schauer

On the Relationship between International Law and International Constitutionalism — 1

Maurizio Arcari and Stefania Ninatti

Narratives of Constitutionalization in the European Union Court of Justice and in the European Court of Human Rights' Case Law — 11

Yilu Zuo

A Single Spark Can Start a Prairie Fire — 43

Constitutional Developments

Stefan Leo Frank

Austrian Constitutional Court: The Annulment of the Run-off for the Presidency — 99

Julia Dorner and Anna Volgger

Austrian Constitutional Court: Presidential Election – Analysis in the Light of the previous Jurisdiction of the Constitutional Court — 105

Julia Friedrichkeit-Lebmann

Austrian Constitutional Court: Presidential Election – Violation of the Principle of Free Elections — 117

Emanuel Matti

Austrian Constitutional Court: Presidential Election – Counterevidence and Influence of New Media — 123

Nina Palmstorfer

Austrian Constitutional Court: Vegan Landowner Must Tolerate Hunting on his Property — 129



nd

im;

;

));

R.,

el-

im;

Tímea Drinóczy

Hungarian Constitutional Court: The Limits of EU Law in the Hungarian Legal System — 139

Mirha Karahodžić

Bosnian Constitutional Court: Unconstitutionality of the 'Day of the Republic' — 153

Book Reviews

Sandeep Suresh

Khaitan Tarunabh, *A Theory of Discrimination Law* — 163

Gabriel M Lentner

David Kennedy, *A World of Struggle: How Power, Law, and Expertise Shape Global Political Economy* — 169

1-2.2016 Dallo Stato all'individuo

2016
WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

WU D3-7300

Percorsi costituzionali

fMC

Fondazione Magna Carta



 Jovene editore

INDICE

1-2.2016

Dallo Stato all'individuo

EDITORIALE

TOMMASO EDOARDO FROSINI, *Autonomia come costituzionalismo* p. 3

SAGGI

PIER LUIGI PETRILLO, *Ruolo dello Stato, interessi organizzati e processo decisionale. Note introduttive* » 13

MARCO GIOIA - SAMUEL AMARI, *Influenze illecite nei rapporti tra Stato e Individuo. Profili comparati* » 31

TOMMASO AMICO DI MEANE, *Tra Stato e Individuo. Nuovi scenari e profili comparati sulla regolamentazione degli interessi organizzati in Francia e Gran Bretagna* » 57

SARA SERGIO, *Dall'interesse pubblico alla funzione pubblica* » 73

VINCENZO MONGILLO, *Profili penali della rappresentanza di interessi: il traffico di influenze illecite nell'ordinamento italiano* ... » 89

ALESSANDRO ZAGARELLA - PIER LUIGI PETRILLO, *Interessi organizzati e individui nei processi decisionali pubblici regionali* » 113

FRANCESCA RAIMONDO, *Revoca della cittadinanza: efficace strumento di lotta al terrorismo globale? Un'analisi comparata* » 135

GIULIO M. SALERNO, *Iniziativa privata, sussidiarietà e diritti sociali: una prospettiva di ordine costituzionale* » 151

Percorsi costituzionali

OSSERVATORIO

- MICHELE DUNNE, *The United Kingdom, the European Union and the British Referendum of June 2016. Part I: Re-setting the Terms of the Connection* p. 177
- PATRIZIA DE PASQUALE, *Brevi note sul ruolo dei parlamenti nazionali nella governance economica* » 195
- STÉPHANE PINON, *Itinéraire du couple démocratie et référendum dans l'espace européen* » 211
- MARIA BEATRICE MAGRO, *Biorobotics, Robotics and Criminal Law: Some Hints and Reflections* » 235

PASSATO E PRESENTE

- PAUL LABAND, *Discorso sul significato per il diritto pubblico tedesco del recepimento del diritto romano* » 249
- CLEMENTE FORTE, *Postfazione* » 273

RECENSIONI

- Political and Constitutional Transitions in North Africa. Actors and Factors* a cura di J.O. Frosini, F. Biagi, Routledge 2016 (a cura di P.L. Petrillo) » 279
- Elenco collaboratori* » 287

Percorsi costituzionali

Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht

Schriftleitung: Rechtsanwalt Professor Dr. Achim Schunder und
Rechtsanwältin Dr. Christiane Prause
Beethovenstraße 7b, 60325 Frankfurt a.M.

11 2017

Inhalt

Aufsätze		<i>H. Greve</i> , Das neue Bundesdatenschutzgesetz	737
		<i>B. Beckermann</i> , Zur Erforderlichkeit einer Belehrung über die elektronische Form der Rechtsbehelfseinlegung – Ein Beitrag zur praktischen Wahrnehmung von E-Government	745
		<i>M. Joseph</i> , Verfassungsrechtliche Vorgaben für die Besoldung von kommunalen Wahlbeamten	750
Migration/Integration		<i>G. Buchholtz</i> , Reformimpulse für die Integration Geflüchteter	756
Berichte		<i>A. Epiney</i> , Die Rechtsprechung des EuGH im Jahr 2016 – Europäisches Verfassungsrecht	761
Zur Rechtsprechung		<i>K. Lange</i> , Reichweite und Durchsetzbarkeit des Konnexitätsprinzips im Urteil des NWVerfGH vom 10.1.2017	771
Mitteilungen		<i>F. Huller</i> , Klimaschutz, Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit in der Energiewende – Tagung an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg am 31.3.2017	774
Buchbesprechungen		<i>D. Martin/M. Krautzberger/D. Davydov/J. Spennemann</i> , Handbuch Denkmalschutz und Denkmalpflege (<i>G. Hornmann</i>)	776
Rechtsprechung			
EuGH	15. 3.17 – C-528/15	Regelung der Haftvoraussetzungen im Dublin-Überstellungsverfahren Anm. <i>S. Beichel-Benedetti/M. Hoppe</i>	777 779
NWVerfGH	10. 1.17 – VerfGH 8/15	Verfassungsbeschwerde gegen Regelungen zur schulischen Inklusion	780
BayVerfGH	23.11.16 – Vf. 1-VII-15	Pferdewetten im Glücksspielstaatsvertrag verfassungsgemäß	783
BVerwG	16.12.16 – 8 C 6/15	Rechtmäßigkeit von Einschränkungen für Spielhallen in Berlin Anm. <i>H.-P. Schneider</i>	791 805
OVG Münster	21. 2.17 – 6 B 1109/16	Konkurrentenstreit um Besetzung einer Beförderungsstelle Anm. <i>T. Trierweiler/T. Baumanns</i>	807 814

VGH Mannheim	20. 2. 17 – 6 S 916/16	Untersagungsverfügung von Sportwettvermittlung (Ls.)	815
BGH	16. 2. 17 – V ZB 115/16	Zahlungen an einen Schleuser als Fluchtgefahr	816

NVwZ aktuell

In eigener Sache, NVwZ-Blog, NJW	VII
Rechtsprechung in Pressemitteilungen	VII
Rechtsprechung in Leitsätzen	IX
Gesetzgebung, Gesetzgebungsverfahren, Veranstaltungen	X



ISSN 0721-880X

NVwZ – Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht

Schriftleitung und Verlagsredaktion:
 Rechtsanwalt Professor *Dr. Achim Schunder* (verantwortlich für den Textteil) und Rechtsanwältin *Dr. Christiane Prause*.
 Beethovenstraße 7 b, 60325 Frankfurt a. M., *Postanschrift:* Postfach 11 02 41, 60037 Frankfurt a. M., Telefon: (0 69) 75 60 91-0, Telefax: (0 69) 75 60 91-49.
 E-Mail: NVwZ@beck-frankfurt.de, Internet: www.nvwz.de.

Manuskripte: Manuskripte sind an die Redaktion zu senden. Der Verlag haftet nicht für Manuskripte, die unverlangt eingereicht werden. Sie können nur zurückgegeben werden, wenn Rückporto beigefügt ist. Die Annahme zur Veröffentlichung muss schriftlich erfolgen. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag C.H.BECK an seinem Beitrag für die Dauer des gesetzlichen Urheberrechts das exklusive, räumlich und zeitlich unbeschränkte Recht zur Vervielfältigung und Verbreitung in körperlicher Form, das Recht zur öffentlichen Wiedergabe und Zugänglichmachung, das Recht zur Aufnahme in Datenbanken, das Recht zur Speicherung auf elektronischen Datenträgern und das Recht zu deren Verbreitung und Vervielfältigung sowie das Recht zur sonstigen Verwertung in elektronischer Form. Hierzu zählen auch heute noch nicht bekannte Nutzungsformen. Das in § 38 Abs. 4 UrhG niedergelegte zwingende Zweitverwertungsrecht des Autors nach Ablauf von 12 Monaten nach der Veröffentlichung bleibt hiervon unberührt.

Urheber- und Verlagsrechte: Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Das gilt auch für die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und ihre Leitsätze, denn diese sind geschützt, soweit sie vom Einsender oder von der Schriftleitung erarbeitet oder redigiert worden sind. Der Rechtsschutz gilt auch gegenüber Datenbanken und ähnlichen Einrichtungen. Kein Teil dieser Zeitschrift darf außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmigung des Verlags in irgendeiner Form vervielfältigt, verbreitet oder öffentlich wiedergegeben oder zugänglich gemacht, in Datenbanken aufgenommen, auf elektronischen Datenträgern gespeichert oder in sonstiger Weise elektronisch vervielfältigt, verbreitet oder verwertet werden.

Anzeigenabteilung: Verlag C.H.BECK, Anzeigenabteilung, Wilhelmstraße 9, 80801 München, *Postanschrift:* Postfach 40 03 40, 80703 München. Media-Beratung: Telefon (0 89) 3 81 89-687, Telefax (0 89) 3 81 89-589.

Disposition, Herstellung Anzeigen, technische Daten: Telefon (0 89) 3 81 89-598, Telefax (0 89) 3 81 89-599, E-Mail anzeigen@beck.de
 Verantwortlich für den Anzeigenteil: *Bertram Götz*.

Verlag: Verlag C.H.BECK oHG, Wilhelmstr. 9, 80801 München, *Postanschrift:* Postfach 40 03 40, 80703 München, Telefon: (0 89) 3 81 89-0, Telefax: (0 89) 3 81 89-3 98, Postbank München IBAN: DE82 7001 0080 0006 2298 02, BIC: PBNKDEFFXXX. Der Verlag ist oHG. Gesellschafter sind Dr. Hans Dieter Beck und Dr. h. c. Wolfgang Beck, beide Verleger in München.

Erscheinungsweise: Zweimal monatlich. Kombinationsbezug NVwZ mit zweimal monatlichem Beiheft (Nebenblatt) NVwZ-Rechtssprechungs-Report Verwaltungsrecht.

Bezugspreise 2017: NVwZ ohne NVwZ-RR: halbjährlich € 159,- (inkl. MwSt.); *Vorzugspreis* für NJW-Bezieher, Studenten (fachbezogener Studiengang) sowie Referendare (gegen Nachweis) halbjährlich € 139,- (inkl. MwSt.); Einzelheft: NVwZ € 17,- (inkl. MwSt.); NVwZ mit NVwZ-RR: halbjährlich € 255,- (inkl. MwSt.); *Vorzugspreis* (w.o.) halbjährlich € 225,- (inkl. MwSt.). Einzelheft NVwZ m. RR € 26,- (inkl. MwSt.). Die Rechnungsstellung erfolgt zu Beginn eines Bezugszeitraumes. Nicht eingegangene Exemplare

können nur innerhalb von 6 Wochen nach dem Erscheinungstermin reklamiert werden. Jahrestitelei und -register sind nur noch mit dem jeweiligen Heft lieferbar.

Versandkosten jeweils zuzüglich.

Bestellungen über jede Buchhandlung und beim Verlag.

KundenServiceCenter:
 Telefon: (0 89) 3 81 89-750,
 Telefax: (0 89) 3 81 89-358.
 E-Mail: kundenservice@beck.de

Abbestellungen müssen 6 Wochen vor Halbjahresschluss erfolgen.

Adressenänderungen: Teilen Sie uns rechtzeitig Ihre Adressenänderungen mit. Dabei geben Sie bitte neben dem Titel der Zeitschrift die neue und die alte Adresse an.

Hinweis gemäß § 7 Abs. 5 der Postdienste-Datenschutzverordnung: Bei Anschriftenänderung des Beziehers kann die Deutsche Post AG dem Verlag die neue Anschrift auch dann mitteilen, wenn kein Nachsendeantrag gestellt ist. Hiergegen kann der Bezieher innerhalb von 14 Tagen nach Erscheinen dieses Heftes beim Verlag widersprechen.

Druck: Kessler Druck und Medien GmbH & Co. KG, Michael-Schäffer-Straße 1, 86399 Bobingen.

Inhaltsverzeichnis

Abhandlungen

- Foroud Shirvani*, Bonn, Die Crux des Parteiverbots – Anmerkungen zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts im NPD-Verbotsverfahren (einen Auszug aus dem Urteil finden Sie in diesem Heft, S. 508) 477
- Tobias Linke*, Brühl, Verbotsunwürdige Verfassungsfeinde, streitbare, aber wertarme Demokratie und problematische Sanktionsalternativen – Anmerkungen zum Urteil des Zweiten Senats des Bundesverfassungsgerichts vom 17. Januar 2017 483
- Frederik Ferreau*, Köln, Die Sanktionierung von Parteien und das Recht auf Chancengleichheit im politischen Wettbewerb – Eine verfassungsdogmatische und -theoretische Betrachtung angesichts der beabsichtigten Änderung des Artikels 21 GG 494
-

Bericht

- Melanie Payrhuber*, Speyer, Denationalisierung der öffentlichen Verwaltung: Europäisierung und Internationalisierung der öffentlichen Verwaltung im Vergleich – Bericht über ein deutsch-italienisches Kolloquium 501
-

Buchbesprechungen

- Wolfgang Seibel*, Verwaltung verstehen – Eine theoriegeschichtliche Einführung (*Margrit Seckelmann*) 504
- Michael Kloepfer*, Umweltrecht; 4. Auflage (*Matthias Wiemers*) 506
- Fritz Thiel/Konrad Gelzer/Hans-Dieter Upmeyer*, Baurechtssammlung, Band 82: Rechtsprechung 2014 (*Hansjochen Dürr*) 507
-

Rechtsprechung

- BVerfG, Urteil vom 17.1.2017 – 2 BvB 1/13 – Anforderungen an ein Parteiverbot (vgl. Beiträge *Shirvani*, *Linke* und *Ferreau*) 508

VBI

11/2017
Bayerische Verwaltungsblätter
■ Zeitschrift für öffentliches Recht und öffentliche Verwaltung

Schriftleiter Dr. Herbert von Golitschek, Präsident a. D. des Bayerischen Verwaltungsgerichts Würzburg, Am Sonnenhang 1, 97204 Höchberg, Tel. (09 31) 4 52 06 49, Fax (09 31) 4 52 09 21; E-Mail: bayvbl@boorberg.de

Inhalt

Abhandlungen

Schmidtchen, Die Bedeutung der Landesraumordnung für den Ausbau der Übertragungsnetze — **361**

Ausbildung und Prüfung

Aufgabe 8 der Zweiten Juristischen Staatsprüfung 2012/2 (*Wolff*) — **393**

Notizen

U. a. Nachrichten, Rechtsprechung, Veranstaltungen, Vorschau, Impressum — **II, III, IV**

Rechtsprechung

BVerfG	B.v. 27.10.2016	1 BvR 458/10	Sonn- und Feiertagsschutz; Karfreitag; gesetzlicher Feiertag; besonderer Stilleschutz; grundrechtsbeschränkende Wirkung; Stilleschutz zuwiderlaufende Veranstaltung; Untersagung; Handlungsfreiheit; Berufsausübungsfreiheit; Glaubens- und Bekenntnisfreiheit; Weltanschauungsfreiheit; religiöse Neutralität des Staates; Versammlungsfreiheit; Befreiungsfestigkeit — 372
BayVGH	U.v. 28.11.2016	4 ZB 16.1610	Zurückweisung eines Bürgerbegehrens wegen Begründungsmangel; Prozessführungsbefugnis bei Gesamtvertretung; Fortsetzungsfeststellungsinteresse nach Erledigung; Wiederholungsgefahr bei künftigen Bürgerbegehren; Rehabilitationsinteresse des Vertreters; Präjudizwirkung für künftige Schadensersatzprozesse — 380
	U.v. 17.11.2016	2 N 14.2613	Bebauungsplan der Innenentwicklung; Vorprüfung des Einzelfalls; Zeitpunkt der Vorprüfung des Einzelfalls — 383
	B.v. 20.12.2016	9 CS 16.2088	Nachbarantrag; Abstandsflächenvorschriften; Prüfungsmaßstab im vereinfachten Baugenehmigungsverfahren; Gebot der Rücksichtnahme; Einsichtnahmemöglichkeit; erdrückende Wirkung — 385
	B.v. 27.01.2017	16a DC 16.1839	Beschwerde; Disziplinarlageverfahren; Entlassung aus dem Beamtenverhältnis auf Antrag des Beamten nach Einleitung des gerichtlichen Disziplinarverfahrens; Einstellung des Disziplinarlageverfahrens; Feststellen der Voraussetzungen des Art. 11 Abs. 6 Satz 2 BayDG; Wiederernennungsverbot; „Soll“-Vorschrift des Art. 11 Abs. 6 Satz 2 Halbsatz 2 BayDG (Ausschluss anderer Beschäftigungsverhältnisse) — 386
BVerwG	B.v. 21.11.2016	10 AV 1.16	Rechtsweg; bürgerliche Rechtsstreitigkeit; Akteneinsicht; Auskunft; Altkonzessionär; Konzessionsvertrag; Auswahlverfahren; Gemeinde; Wegebenutzungsrecht; marktbeherrschende Stellung; Informationsfreiheitsgesetz; Informationsfreiheitsrecht; Anspruchskonkurrenz; Anspruchsnormenkonkurrenz — 387
BGH	U.v. 18.11.2016	V ZR 266/14	Bayerische Gemeinde; organschaftliche Vertretungsmacht des ersten Bürgermeisters; gemeindeinterne Kompetenzverteilung; fehlende Beschlussfassung des Gemeinderats; Wirksamkeit — 389
Wissenswertes für den Rechtsanwalt			
BayVerfGH	E.v. 14.12.2016	Vf. 98-VI-14	Verfassungsbeschwerde; Substanziierung; verwaltungsgerichtliche Kostenentscheidung; Willkürverbot — 392

VBI

12/2017
Bayerische Verwaltungsblätter
Zeitschrift für öffentliches Recht und öffentliche Verwaltung

Schriftleiter Dr. Herbert von Golitschek, Präsident a. D. des Bayerischen Verwaltungsgerichts Würzburg, Am Sonnenhang 1, 97204 Höchberg, Tel. (09 31) 4 52 06 49, Fax (09 31) 4 52 09 21; E-Mail: bayvbl@boorberg.de



Inhalt

Abhandlungen

Herrmann/Michl, Mindestabstand vom Recht – zur Unvereinbarkeit der bayerischen Spielhallenregelung mit dem Unionsrecht — **397**

Metzger, Angel-Schnupperkurse für Kinder und das Strafrecht — **405**

Ausbildung und Prüfung

Lösungsskizze zur Aufgabe 8 der Zweiten Juristischen Staatsprüfung 2012/2 (Text s. BayVBl. 2017, 393) (*Wolff*) — **427**

Literatur

Dittloff, Kommunale Bürger- und Einwohnerbefragungen (Knemeyer) — **431**

Basten, Recht der Polizei (Köster) — **432**

Wölfl, Der Fremdenverkehrsbeitrag mit Formularen (Gottschaller) — **432**

Notizen

U. a. Nachrichten, Rechtsprechung, Veranstaltungen, Vorschau, Impressum — **II, III, IV**

Rechtsprechung

BayVerFGH	E.v. 15.02.2017	60-IX-16	Volksbegehren „Nein zu CETA“; Bindung der Staatsregierung an Stellungnahmen des Landtags; Abstimmungsverhalten im Bundesrat; Vereinbarkeit mit dem Grundgesetz (offengelassen); Übertragung von Hoheitsrechten auf die Europäische Union; Nichteinleitung eines solchen Gesetzgebungsvorhabens — 407
BVerfG	U.v. 06.12.2016	1 BvR 2821/11 u. a.	Beschleunigung des Ausstiegs aus der friedlichen Nutzung der Kernenergie; feste Endtermine; Rückgängigmachung der Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke; Verfassungsmäßigkeit; Enteignung; Bestimmung von Inhalt und Schranken des Eigentums; konzerninterne Verteilung zugeteilter Reststrommengen; Unzumutbarkeit; frustrierte Investitionen; Ausgleichs- oder sonstige angemessene Kompensationslösungen; Unvereinbarkeitserklärung; Fortgeltungsanordnung — 411
BayVGH	U.v. 10.05.2016	9 N 14.2674	Normenkontrolle; Bebauungsplan; ergänzendes Verfahren; Heranrücken von Wohnbebauung an landwirtschaftlichen Betrieb; Berücksichtigung konkreter Erweiterungsabsichten des Betriebs; Entwässerungskonzept; Gebot der Konfliktbewältigung — 413
	U.v. 26.10.2016	4 B 16.506	Öffentliche Wasserversorgungseinrichtung; Befreiung vom Benutzungszwang; Qualität der Eigenwasserversorgung; Amortisation der Aufwendungen für Hausbrunnen — 416
	U.v. 13.12.2016	6 B 16.978	Straßenausbaubeitragsrecht; öffentliche Einrichtung; Ortsstraße; nachträgliche vollständige Widmung; Entstehen der sachlichen Beitragspflichten; Heilung des Beitragsbescheids — 418
	B.v. 05.07.2016	12 C 16.482 u. a.	Nutzungsrecht an einem Pkw als ausbildungsförderungsrechtlich anrechenbares Vermögen; Verwertungshindernisse — 420
BVerwG	U.v. 17.11.2016	2 C 27.15	Amtszulage; Auswahlentscheidung; Auswahlverfahren; Beförderungsamts; Beförderungsanspruch; dienstliche Beurteilung; Eignung; Erledigung der Hauptsache; Fortsetzungsfeststellungsinteresse; Präjudizinteresse; Rehabilitationsinteresse; Rehabilitierung; Ruhestandseintritt; Überprüfungsverfahren; Verlängerungsantrag; Wartefrist — 422

Wissenswertes für den Rechtsanwalt

BayVGH B.v. 07.11.2016 **10 BV 16.962**

Anhörungsrüge gegen Kostenentscheidung nach Hauptsacheerledigung; Kostenentscheidung nach billigem Ermessen durch Berichterstatter; Ablehnung eines Richters wegen Besorgnis der Befangenheit; Selbstkontrolle durch Anhörungsrüge; Anspruch auf rechtliches Gehör — **425**



FACHZEITSCHRIFT FÜR
NEUES MIET- UND
WOHNRECHT
21. JG. Heft 06, Juni 2017

Zitiervorschlag:
immolex 2017, Seite
immolex 2017/Nummer

HERAUSGEBER:
Manz'sche Verlags- und
Universitätsbuchhandlung GmbH

LEITENDE REDAKTEURE:
ao. Univ.-Prof. Dr. H. BÖHM
StB Mag. K. FUHRMANN
Sen.-Präs. d. VwGH iR
Dr. E. GALL
HR d. VwGH Dr. F. PFIEL

SCHRIFTFÜHRUNG:
RA Dr. H. RAINER

STÄNDIGE MITARBEITER:
Ri Mag. F. IBY
Ri Mag. M. EBERWEIN
Ri Mag. J. KAINC
Univ.-Prof. Dr. A. KLETEČKA
Mag. C. KOTHBAUER
Ri Mag. S. KULHANEK
RA Dr. E. LINDINGER
Dr. S. MALAINER
RA Dr. C. PRADER
Hon.-Prof.
Dr. J. STABENTHEINER
Dr. A. STARIBACHER

EDITORIAL

Achtung Gebührenfalle!
Herbert Rainer
Impressum

165
U3

LEITSÄTZE

Nr. 36 – 42

168

AUFTRAGSVERGABE BEIM BAU

Bauausschreibung im Immobilienbereich – nach welchen Regeln?
Ein großer Teil der Ausschreibungen von Bauaufträgen im Immobilienbereich ist Auftragsvergabe durch private Auftraggeber, die nicht unter den persönlichen Geltungsbereich des BVerfG zu subsumieren sind. Vergaberegeln für private Auftraggeber beschreibt die ÖNORM A 2050. Soll sich der Auftraggeber daran orientieren oder soll er die „Privatautonomie in vollen Zügen“ leben? Wesentliche Bedeutung hat die Gestaltung der Ausschreibungsunterlagen auch wegen ihrer Auswirkung auf den nachfolgenden Bauvertrag und auf das Preis-Leistungs-Verhältnis.
Hans Gölles

170

Bauftragsvergabe im privatautonomen Bereich
Private Auftraggeber haben im Rahmen der Vertragsfreiheit die Möglichkeit, frei formulierte Bauwerkverträge zu gestalten. In Streitfällen wird der Stand der Technik für die Beurteilung herangezogen. In der ÖNORM A 2050 und ÖNORM B 2110 ist dieser Stand der Technik als langjährig bewährte Verfahrensanweisung kodifiziert.
Martin Benesch

173

FORUM IMMOBILIENTREUHÄNDER

Zum Umfang und zur Durchsetzung von Erhaltungsspflichten
Christoph Kothbauer

196

MIETRECHT

OGH 1. 3. 2017, 5 Ob 136/16k • Kein Überprüfungsrecht des Vermieters wegen Unterschreitung des angemessenen Hauptmietzinses (*Helmut Böhm*)
OGH 31. 3. 2016, 1 Ob 40/16p • Zur Zulässigkeit des RevRek bei Überweisung in das außstrVerf gem § 40 a JN (*Lukas Gottardis*)

178
179

WOHNUNGSEIGENTUMSRECHT

- OGH 22. 11. 2016, 5 Ob 198/16b • Von der Widmung abweichende Tatsachen (*Sigrid Rätz*) 180
- OGH 1. 3. 2017, 5 Ob 144/16m • Keine Aktivlegitimation der Eigentümergemeinschaft bei Ansprüchen aus dem Eigentumsrecht der Miteigentümer (*Philipp Wieser*) 181
- OGH 22. 11. 2016, 5 Ob 88/16a • Zum Abtretungsumfang von Ansprüchen an die EigG am Beispiel Benützungsentgelt (*Christian Prader*) 183

LIEGENSCHAFTSRECHT

- OGH 21. 2. 2017, 10 Ob 6/17f • Voraussetzungen eines Ausgleichsanspruchs für eine nur über das Grundstück des in Anspruch Genommenen hindurchgehende Immission (*Alexander Klein*)
- OGH 1. 3. 2017, 5 Ob 31/16v • Zu den Auswirkungen einer Vormerkung im Teilungsverfahren (*Wolfgang Riha*)



- OGH 26. 1. 2017, 9 Ob 65/16y • Löschungsklage wegen eines inhaltlich unrichtigen Pfandbestellungsvertrags (*Stephan Verweijen*) 191

ABGABENRECHT

- VwGH 10. 2. 2016, 2013/15/0236 • Aufwendungen für doppelte Haushaltsführung – tägliche Rückkehr zum Familienwohnsitz nicht zumutbar, wenn Dauer der einfachen Fahrtstrecke eine Stunde übersteigt (*Stefan Malainer/Andreas Staribacher*) 192
- BFG 27. 9. 2016, RV/7105140/2014 • Grunderwerbsteuer ist vom Wert des Grundstücks zu berechnen, wenn (ua) die Gegenleistung geringer als dieser ist (*Marlies Deininger*) 193



Auf Entscheidungen kommt es an

5. Auflage 2017, XVIII, 1216 Seiten.
Geb. Ca. EUR 189,-
ISBN 978-3-214-13572-0

Prader

MRG – Mietrechtsgesetz und ABGB-Mietrecht

5. Auflage

Anlässlich vieler **neuer Entscheidungen** hat RA Dr. Christian Prader seinen Bestseller zu MRG und ABGB-Mietrecht überarbeitet. Somit stehen Ihnen wieder

- der **aktuelle Gesetzestext** mit
 - der relevanten **Rechtsprechung**,
 - **Anmerkungen** des Autors sowie
 - weiterführenden **Literaturhinweisen**
- zur Verfügung.

MANZ Wohnrecht online: Die viermal im Jahr aktualisierte Online-Fassung mit zahlreichen zusätzlichen Entscheidungen finden Sie unter <http://wohnrecht.manz.at>.

MANZ'sche Verlags- und Universitätsbuchhandlung GmbH
TEL +43 1 531 61 100 FAX +43 1 531 61 455 bestellen@manz.at Kohlmarkt 16-1010 Wien www.manz.at

MANZ

AKTUELL

6 Wohnen wird ein wesentlicher Schwerpunkt sein

Ein Kommentar von Michael Pisecky.

8 Immo-App des Monats

Nach einigen anderen großen Maklerunternehmen hat nun auch Re/Max eine App.

9 Rustler mit Wohnneubauprojekt im 16. Bezirk

30 Mieteinheiten entstehen im aufstrebenden Ottakringer Künstlerviertel.

10 Zuwachs für die EHL-Gruppe

Kürzlich startete die EHL Immobilien Bewertung GmbH.

11 Entscheidung punkto Bank-Austria-Firmensitz

Die Familie Koch beauftragte Pema mit der Entwicklung und Vermarktung der Immobilie am Schottentor.

THEMA

12 Findung mit Hindernissen

Verstärkt bringen auch hierzulande Online-Plattformen Immobilienverkäufer und -makler zusammen. Der Weg dahin ist gelegentlich steinig.

14 Wiener Büromarkt: Mehr neue Flächen, weniger Vermietungen

Es zeichnet sich eine Trendwende ab: Nach Jahren sinkender Neubauleistung wird diese heuer sowie auch 2018 deutlich steigen.

17 „Sichere Gebäude lassen sich besser vermarkten“

Deswegen liegt während der frühen Planungsphase das Hauptaugenmerk auf der Umgebung des Immobilienprojekts.

18 Sommerzeit für Unpopuläres

Ein Kommentar von Hans Jörg Ulreich.

40 Immobilienmärkte in Tschechien und der Slowakei stark nachgefragt

Vor allem ausländische Investoren zeigen sich von den beiden Märkten begeistert. Der Rückgang der Spitzenrenditen setzt sich fort.

43 Umfrage: Wie überhitzt ist der deutsche Immobilienmarkt?

Lange galt Deutschland als das europäische Mekka internationaler Immobilieninvestoren. Das dürfte sich ändern. Für viele Anleger ist der Markt schlichtweg zu teuer geworden.

44 10 Jahre Immobilienring IR

2007 zur Stärkung der heimischen Topmakler mit hohem Qualitätsanspruch gegründet, entwickelte sich der Immobilienring IR zum neutralen Sprachrohr der Branche.

46 Kleinunternehmerregelung neu für im Ausland lebende Vermieter

Ein Steuertipp von TPA.

47 Wien sucht die besten Hausverwalter

Künftig werden auch die besten Hausverwaltungen mit einem IMMY ausgezeichnet.

COVERSTORY

36 Smarte Zukunft für Hausverwalter

Die entsprechenden Weichen sind von den Software-Entwicklern schon gestellt.

TIPPS & EVENTS

48 Cäsar 2017 – Die Finalisten des Immobilienawards stehen fest

Die Verbands-Jury wählte je drei Finalisten in sieben Kategorien.

49 Internationale Immobilienmesse

Von 4. bis 6. Oktober 2017 findet in München die Expo Real statt.

50 Praxis-Check

Inwiefern Baugruppen ein neues Geschäftsfeld sind, wird am 27. Juni in der Seestadt Aspern diskutiert.

RECHT & SERVICE

21 Vorwort von Bundesobmann Mag. Georg Edlauer

22 Rechtsfragen aus der Praxis

Mag. Rudolf North, Geschäftsführer der Fachgruppe Wien, antwortet.

24 Neues vom OGH

In den vergangenen Wochen traf der Oberste Gerichtshof wieder einige für die Immobilienbranche relevante Grundsatzzentscheidungen.

26 Hauptwohnsitzbefreiung – VwGH gegen unbegrenzten Anteil

Die Veräußerung von Eigenheimen oder Eigentumswohnungen samt Grund und Boden ist grundsätzlich (unter den gesetzlichen Voraussetzungen) von der Immobilienertragsteuer befreit.

28 Bundestag 2017

Der 44. Bundestag der Immobilien- und Vermögenstreuhänder findet heuer in Salzburg statt. Das Programm im Detail.

30 Serviceindizes

→ Editorial 49
Von Walter Leiss

Nachbarrecht

→ Nachbarrecht – Entscheidungen 2016 52

Der Beitrag bietet eine Übersicht über die Rechtsprechung des OGH (2015 und 2016) im Nachbarrecht, konkret zum Unterlassungsanspruch, zur unmittelbaren Zuleitung, zur Abwehr negativer Immissionen, zum Beseitigungsanspruch, zum Selbsthilferecht, zur schikanösen Rechtsausübung, zur Sperrwirkung behördlicher Bewilligung und zur Amtshaftung. Dabei handelt es sich um eine Kurzversion des im Jahrbuch des österreichischen und europäischen Umweltrechts 2017 enthaltenen Beitrags für den vielbeschäftigten Praktiker/die vielbeschäftigte Praktikerin auf Gemeindeebene und soll ein schnelles Erfassen des Relevanten ermöglichen.

Von Erika Wagner

→ OGH: Ohne Rauch geht's (zeitweise) auch (Teil 2) 60

Wohnrechtliche Aspekte des Tabakkonsums im Lichte der E 2 Ob 1/16 k

Dieser Beitrag ist dem Rechtsschutz gegen Tabakrauch im Privatbereich gewidmet. Neben den von der jüngsten Rechtsprechung zum Zigarrenrauchen entwickelten Grundsätzen sollen insb auch die vom 2. Senat (noch) nicht behandelten Konstellationen (zB Zigaretten- statt Zigarrenrauch, Tabakrauch aus Gastgärten, wohnrechtliche Auswirkungen) beleuchtet werden.

Von Julius Ecker und Stefanie Fasching



mit
Praxistipp

Steuer-Radar 62

Judikatur

→ Aktuelle Judikatur der Höchstgerichte zur Gemeinde als Steuergläubigerin ... 64

Die Kommunalsteuerpflicht ist bei freien Dienstnehmern an die Eigenschaft als freier Dienstnehmer, nicht aber an die Pflichtversicherung nach dem ASVG geknüpft (VwGH 26. 1. 2017, Ro 2016/15/0022).

Tourismusbeiträge: Beitragspflicht von Versicherungsvermittlern (VwGH 23. 11. 2016, Ro 2016/17/0010 und Ro 2016/17/0012); Vorbereitungshandlungen als Aufnahme einer beitragspflichtigen Tätigkeit (VwGH 10. 10. 2016, 2013/17/0761).

Einhebung von Benützungsgebühren und privatrechtliche Vereinbarungen über das Abgabeverhältnis (VwGH 15. 12. 2016, Ra 2014/17/0015).

Errichtung einer Motocross-Strecke als Angelegenheit des eigenen Wirkungsbereichs der Gemeinde (VwGH 23. 11. 2016, 2013/17/0686).

Von Stefan Leo Frank

Steuerrecht

→ Registrierkassenpflicht – eine Praxisübersicht 69

Seit 1. 4. 2017 sind alle Registrierkassen gem § 131 b BAO über FinanzOnline zu registrieren

Seit 1. 5. 2016 ist die Registrierkassenpflicht in Kraft und trifft neben Unternehmen auch die österreichischen Gemeinden mit ihren unternehmerischen Betrieben gewerblicher Art. Mit dem EU-Abgabenrechtsänderungsgesetz 2016 wurde die Frist zur verpflichtenden Registrierung der Registrierkasse samt Signatur- oder Siegelerstellungseinheit auf den 1. 4. 2017 verschoben. In diesem Beitrag finden Sie das Thema kompakt zusammengefasst.

Von Ursula Stingl-Lösch



mit
Beispiel

→ Das Ausschließlichkeitsgebot bei der Kommunalsteuerbefreiung nach § 8 Z 2 KommStG 71

Die Kommunalsteuerbefreiung knüpft an die Gemeinnützigkeitsvoraussetzungen der BAO. Diese verlangt unter anderem eine ausschließlich gemeinnützige Tätigkeit des Rechtsträgers.

Von Hermann Peyerl



mit
Praxistipp

Öffentliches Recht

- Ortspolizeiliches Ordnungsrecht der Gemeinden 75

Inhalt, Umfang und Verfahren zur Erlassung

Schischuhverbot, Maulkorbzwang, Lärmschutzbestimmungen und Alkoholverbote – das Anwendungsspektrum für ortspolizeiliche Verordnungen ist so vielfältig wie die Missstände, die sich in einer Gemeinde ergeben können. Der Beitrag zeigt die allgemein gültigen Vorgaben für den Inhalt und den Umfang des Ordnungsrechts wie auch das Verfahren zur Erlassung ortspolizeilicher Verordnungen.

Von Beate Sündhofer

- Rechtsfragen iZm der Verpflichtung der Gemeinden zur Erhaltung und Pflege der Grünflächen bei bglD Landesstraßen 81

Im Burgenland hat sich die Frage gestellt, ob bzw inwieweit eine Verpflichtung der Gemeinden zur Erhaltung und Pflege hinsichtlich der Grünflächen bei bglD Landesstraßen besteht bzw wer die Kosten dafür zu tragen hat. Dieser Beitrag umfasst einerseits die verfassungsrechtliche Beurteilung dieser Verpflichtung, andererseits soll deren Reichweite nach dem Burgenländischen Straßengesetz 2005 erörtert werden. In einem Exkurs wird auf die Rechtslage in den übrigen Bundesländern eingegangen.

Von Gerhard Muzak und Christoph Hurich



Strafrecht

- Amtsmissbrauch, Untreue und Gemeinden 87

Wird bei der Korruptionsbekämpfung im Gemeindebereich das Kind mit dem Bade ausgeschüttet? Kommunalpolitiker und Gemeindebedienstete stehen zunehmend wegen der Wirtschaftskorruptionsdelikte Amtsmissbrauch und/oder Untreue vor dem Strafgericht. Trotz sehr ähnlicher Straftatbestände – einmal im Hoheitsbereich, einmal im Rahmen privatwirtschaftlicher Tätigkeiten der Gebietskörperschaften – differieren die Strafdrohungen, Folgewirkungen und Privilegierungen von Amtsmissbrauch und Untreue in unverhältnismäßiger und wenig sachgerechter Weise.

Von Dieter Neger



mit
Beispiel

Berichte

- Praxisrelevantes zu „neuen“ Pflichten für Unternehmer 91

Rezension Hacker/Engelbert/Gold-Tajalli/Höbart, Die neue Registrierkassenpflicht

Von Bernhard Renner

- Update zu Betriebsanlagen 91

Von Elisabeth Maier

- Sachregister 2003 bis 2016 92

So finden Sie Beiträge aus alten Heften!

Standards

- Impressum 49

Beilage

- Sachregister 2003–2016

Infrastruktur

Energie · Verkehr · Abfall · Wasser

D3-Z141

Geschäftsführende Herausgeber

Prof. Dr. Christian Theobald
BBH

Dr. Andreas Zuber
Verband kommunaler Unternehmen e.V. (VKU)

Herausgeber

RiBVerfG Prof. Dr. Gabriele Britz
Bundesverfassungsgericht

Christian Held
BBH, Europäischer Verband der unabhängigen Strom-
und Gasverteilernunternehmen (GEODE)

Prof. Dr. Georg Hermes
Universität Frankfurt a.M.

Folkert Kiepe
Beigeordneter a.D. Deutscher Städtetag

Prof. Dr. Christian Koenig
Universität Bonn

Holger Lösch
Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI)

Prof. Dr. Jürgen Kühling
Universität Regensburg, Mitglied der Monopol-
kommission

Andreas Gentzsch
Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V.
(BDEW)

Reiner Metz †
Verband Deutscher Verkehrsunternehmen e.V. (VDV)

Dr. Christiane Nill-Theobald
TheobaldConsulting

Detlef Raphael
Deutscher Städtetag

Prof. Dr. Jens-Peter Schneider
Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

Adolf Topp
AGFW | Der Effizienzverband für Wärme, Kälte und
KWK e.V.

Inhaltsverzeichnis

Beiträge

Th. Siegel: Ineffektiver Rechtsschutz? – zum Rechtsschutz bei Ausschreibungen nach § 83a EEG 122

W. von Blumenthal/F. Dietl/H. Pachowsky: Das Quartier als Rückgrat dezentraler Infrastrukturlösungen? 124

Energie

BGH: Zur Einstufung eines Letztverbrauchers als Sondervertragskunden 127
OLG Düsseldorf: Netzknotenübergreifendes Pooling auch über Transformatoren zulässig 129

OLG Frankfurt a. M.: Einbeziehung von Neukundenboni bei Preisvergleichen 131

LG Aachen: KWK-Zuschlag für Eigenversorgungsanlagen nach § 4 IIIa KWKG 2012 131

LG Hannover: Rechtmäßigkeit der Durchführung eines Konzessionierungsverfahrens 133

LG Stuttgart: Umfang der Übereignungspflicht bei Strom- und Gasverteilungsanlagen 134

BNetzA: Konsultationsverfahren zur Festlegung von neuen Standardverträgen im Messwesen eröffnet 135

Verkehr

OLG Jena: Zur Erschütterung des Anscheinsbeweises hinsichtlich der Kartellbetroffenheit, Wirksamkeit schadenspauschalierender Klauseln sowie Anwendbarkeit des § 33 V 1 GWB auf sog. Altfälle 137

Europäische Kommission: Zusätzliche Ausgleichsleistungen für Gemeinwohlverpflichtungen zugunsten von Arfa 139

Wasser

OVG Münster: Voraussetzungen der Freistellung von der Niederschlagswasserableitungspflicht 140

OVG Münster: Kein Recht des Mieters oder Pächters auf Wasserversorgung 141

Spartenübergreifendes

OLG Düsseldorf: Aufgabe der Rechtsprechung zur Bewertung von Angeboten im sog. Schulnotensystem 142



In Zusammenarbeit mit der
Neuen Juristischen Wochenschrift

Nr. 6 • 13. Juni 2017

14. Jahrgang

Mit Internet-Volltext-Service www.IR.beck.de der besprochenen Entscheidungen

Verlag C.H.Beck München und Frankfurt a.M.





Inhalt

Editorial

Jörn Sickmann
Der europäische Kodex für die elektronische Kommunikation: Überholspur Gigabit, Kollateralschaden Wettbewerb? 129

Aufsätze

Marco Booz
Die Digitalisierung der Energiewirtschaft unter besonderer Berücksichtigung des Verhältnisses zwischen Netz- und Marktebene 130

Eva-Maria Ländner
Regulatorische Rahmenbedingungen als Hemmnisse für die Nutzung von „Demand Response“? 138

Prof. Dr. Torsten J. Gerpott
Regulierung der Mindestqualität von Internetzugangsdiensten 143

Dr. Florian C. Haus und Dr. Thilo Richter
Schicht im Schacht: BGH urteilt zu missbräuchlichen Kabelkanalgebühren der Deutschen Telekom AG – Anmerkung zum Urteil des BGH vom 24. Januar 2017 – Az. KZR 2/15 149

Danielle Herrmann und Dr. Stefan Heilmann
Das Telekommunikationsrecht im Jahr 2016 154

Entscheidungen

BGH, Beschl. v. 13.12.2016 – Az. EnVR 34/15: Ermittlung individueller Netzentgelte bei netzstabilisierenden Stromentnahmen 165

BGH, Beschl. v. 13.12.2016 – Az. EnVR 38/15: Ermittlung individueller Netzentgelte bei netzstabilisierenden Stromentnahmen 170

mit Anmerkung von Dr. *Melanie Meyer* und Dr. *Friedrich Kneuper* 172

BVerwG, Urt. v. 31.1.2017 – Az. 6 C 2.16: Erlass einer vorläufigen Entgeltgenehmigung zur Durchführung eines Konsultations- und Konsolidierungsverfahrens mit Anmerkung von Prof. Dr. *Matthias Cornils* 174 178

BGH, Urt. v. 24.1.2017 – Az. KZR 2/15: wettbewerbsrechtliche Kontrolle von Entgelten für die Nutzung von Kabelkanalanlagen 184

VG Köln, Urt. v. 17.3.2017 – Az. 9 K 8589/16: Einschränkung von Verpflichtungen zur Gewährung des Zugangs zur Teilnehmeranschlussleitung zur Ermöglichung von „Vectoring“ im Nahbereich 187

eID-Funktion	365 BERND HOLZNAGEL Elektronischen Identitätsnachweis nachhaltig fördern!
Digitale Agenda	367 ARTUR-AXEL WANDTKE Urheberrecht in der Reform oder wohin steuert das Urheberrecht? Widersprüche in den Reformen des Urheberrechts
Internetversteigerung	373 PHILIPP ECKEL Shill Bidding – Preismanipulation bei Online-Auktion durch Eigengebote. Divergierende Rechtsprechung und offene Fragen
Audiovisuelle Mediendienste	378 JOHANNES RANKE / MORITZ GLÖCKLER Grenzüberschreitende Portabilität von Online-Inhaltediensten im Binnenmarkt. Auswirkungen auf Vereinbarungen von territorialen Lizenzen
Öffentlichkeitsbeteiligung	383 BERND J. HARTMANN Digitale Partizipation. Chancen und Risiken elektronischer Bürger- beteiligung in Verwaltungsverfahren
Angemessene Vergütung	387 EuGH: Schadensersatz für Urheberrechtsverletzung Urteil vom 25.1.2017 – C-367/15 – OTK/SFP
Privatkopie	388 ÖOGH: Trägervergütung unter Einschränkungen mit Unionsrecht vereinbar Urteil vom 21.2.2017 – 4 Ob 62/16w m. Anm. VERWEYEN
Automatisierungssoftware	394 BGH: Wettbewerbswidrig behindernder Vertrieb von „Buddy-Bots“ – World of Warcraft II Urteil vom 12.1.2017 – I ZR 253/14
Geheimzahl	400 BGH: Strafbarkeit der absprachewidrigen Verwendung einer Bankkarte Beschluss vom 23.11.2016 – 4 StR 464/16
Skimming	401 BGH: Mittäterschaft bei Anbringen von Ausspähvorrichtung an Geldautomaten Beschluss vom 16.11.2016 – 2 StR 246/16
Vervielfältigung	402 BGH: Bemessung der Vergütungshöhe für Speichermedien – Gesamt- vertrag Speichermedien Urteil vom 21.7.2016 – I ZR 212/14
Geräte- und Tonträgervergütung	406 BGH: Mobiltelefone mit Speichermöglichkeit sind vergütungs- pflichtige Geräte – Musik-Handy Urteil vom 21.7.2016 – I ZR 255/14
Verlinkung	417 OLG Frankfurt/M.: Irreführung bei Markenverwendung in Subdomain einer Google-Anzeige Urteil vom 2.2.2017 – 6 U 209/16
Online-Marktplatz	418 OLG Dresden: Pflicht zur Verlinkung auf OS-Plattform bei Amazon Urteil vom 17.1.2017 – 14 U 1462/16



Programmkopie	419 OLG Frankfurt/M.: Computerverkauf mit heruntergeladener Testversion eines Computerprogramms Urteil vom 22.12.2016 – 11 U 108/13
Flugbeförderungsvertrag	422 LG Berlin: Unzulässigkeit einer Preisanpassungsklausel im Flugverkehr Urteil vom 14.2.2017 – 16 O 11/16
Prozessuale Wahrheitspflicht	423 LG München I: Rechtsmissbräuchliche Titelterschleichung im einstweiligen Rechtsschutz Urteil vom 24.1.2017 – 33 O 7366/16
Impressumpflicht	424 LG Dessau-Roßlau: Unternehmereigenschaft bei eBay-Verkäufen Urteil vom 11.1.2017 – 3 O 36/16
Certificate of Authenticity	425 LG Frankfurt/M.: Markenverletzung durch Beilegung von Software-Echtheitszertifikaten Urteil vom 12.12.2016 – 5/12 KIs – 7430 Js 244607/14 (5/16)
Nachforschungspflicht	426 LG Leipzig: Sekundäre Darlegungslast des Anschlussinhabers bei Filesharing Urteil vom 25.11.2016 – 05 S 151/16
Preisbindung	427 LG Nürnberg-Fürth: Kein gebrauchtes Buch nach Widerruf Urteil vom 25.11.2016 – 4 HK O 6816/16
Regulierungsermessen	428 VG Köln: Unzulässige Vorgaben für Entgeltgenehmigungsverfahren in Regulierungsverfügungen Urteil vom 21.12.2016 – 21 K 5914/13 m. Anm. BERGER
Online-Apotheke	436 EuGH: Arzneimittelpreisbindung verstößt gegen Warenverkehrsfreiheit Urteil vom 19.10.2016 – C-148/15 (Ls.)
Schöpferische Eigenheit	436 KG: Kein urheberrechtlicher Schutz für Stellenanzeige Beschluss vom 18.7.2016 – 24 W 57/16 (Ls.)

III Inhalt
V-XXI MMR-Fokus
XXI Impressum

ITS KRITIS
 IT-Sicherheit für Kritische Infrastrukturen

Besuchen Sie den **Kongress** und werden Sie Teil dieses spannenden Themas

11. – 12.10.2017 – Berlin, Kalkscheune
 Konferenz | Ausstellung | Abendveranstaltung

Student-Track: Einreichung bis 01.06

Weitere Informationen finden Sie unter:
itskritis.de/kongress-2017

Medien- und Sponsoringpartner

<kes> MMR **ZD** **DuD**
 des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie
 des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

Beilagenhinweis
 Mit dieser Ausgabe verbreiten wir Beilagen von:
 Verlag C.H.BECK, München
 Carl von Ossietzky Universität Oldenburg
 Wir bitten unsere Leser um Beachtung!

Herausgeber: Prof. Dr. Marc Bungenberg | Prof. Dr. Thomas Giegerich | Prof. Dr. Torsten Stein

Gründungsherausgeber: Prof. Dr. Dr. Dr. h.c. mult. Georg Ress

Europa-Institut der Universität des Saarlandes · Sektion Rechtswissenschaft · Postfach 15 11 50 · D-66041 Saarbrücken

Schriftleitung: Anja Trautmann LL.M. (V.i.S.d.P.)

Redaktion: Prof. Dr. Jürgen Bröhmer | Dr. Christian von Buttlar LL.M. | Prof. Dr. Christian Calliess M.A.E.S., LL.M.Eur. | Prof. Dr. Iris Canor | Mareike Fröhlich LL.M. | Eileen Fuchs LL.M. | Prof. Dr. Michael Hahn LL.M. | Christiane Hillesheim LL.M.Eur. | Dr. Robin van der Hout LL.M. | André Husheer | Dr. Kai-Michael König | Helen Küchler | Tilmann Lahann LL.M.Eur. | Dieter Lang LL.M.Eur. | Julia Legleitner LL.M.Eur. | Prof. Dr. Maria Meng-Papantoni | Dr. Simone Reiß | Rüdiger Sailer | Rupert Steinlein LL.M.Eur. | Dr. Anne Thies LL.M. | Dr. Jörg Ukrow LL.M.Eur. | Sebastian Zeitzmann LL.M.

Inhalt

Fabian Landscheidt Der Sitzwechsel europäischer Agenturen am Beispiel der Europäischen Arzneimittelagentur (EMA) im Rahmen des „Brexit“	3
Robin van der Hout Die Honorarordnung für Architekten und Ingenieure im Fadenkreuz der Europäischen Kommission – Testverfahren für eine weitere Liberalisierung der freien Berufe in Europa?	23
Alexander Metzging Grundlagen der Anerkennung und Besteuerung von EU-/EWR-Gesellschaften im Lichte der europäischen Niederlassungsfreiheit	43
Mahja Afrosheh Die Mehrsprachigkeit in der Europäischen Union und daraus resultierende Probleme für ein europäisches Strafrecht	93
F. Joel Reyes y Ráfales Bundesverfassungsgerichtliche Kontrolle der Europäischen Integration – Aktueller Stand, Grundsatzkritik, Reformvorschläge –	119



38. Jahrgang
Heft 24
16. Juni 2017

Herausgeber:

RA Dr. Bruno M. Kübler
(Geschäftsführender Herausgeber)
Prof. Dr. Reinhard Bork
Prof. Dr. Wolfgang Lücke
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Hanns Prütting
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Karsten Schmidt

Herausgeberbeirat:

Prof. Dr. Holger Altmeppen
Vors. Richter am BGH a. D. Prof. Dr. A. Bergmann
Prof. Dr. Georg Bitter
Prof. Dr. Moritz Brinkmann
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. C.-W. Canaris
Prof. Dr. Ulrich Ehrlicke
Prof. Dr. Horst Eidenmüller
Prof. Dr. Dr. h. c. Holger Fleischer
Prof. Dr. Walter Gerhardt
RA Dr. Burkard Göpfert
Vors. Richter am BGH a. D. Prof. Dr. W. Goette
MinDir. Marie Luise Graf-Schlicker
Prof. Dr. Mathias Habersack

Prof. Dr. Dr. h. c. Wolfram Henckel
Prof. Dr. Florian Jacoby
RA/StB Dr. Günter Kahlert
Vors. Richter am BGH Prof. Dr. G. Kayser
RA Dr. Bernd Klasmeyer
Prof. Dr. Lars Klöhn
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Marcus Lutter
Prof. Dr. Christoph G. Paulus
Vors. Richter am BGH a. D. Dr. h. c. V. Röhricht
Prof. Dr. Carsten Schäfer
Prof. Dr. Christoph Thole
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Peter Ulmer
RA Prof. Dr. Friedrich Graf von Westphalen

Inhaltsverzeichnis

ZIP-aktuell



EuGH: Ausgleichszahlung bei fehlender Unterrichtung über Flugannullierung	A 47	Nr. 178
EuGH GA zur Ausübung des Rechts auf bezahlten Urlaub	A 47	Nr. 179
BGH: Entlassung eines Insolvenzverwalters wegen Zweifel an seiner Unabhängigkeit	A 47	Nr. 180
BGH zur Kenntnis des Gläubigers vom Benachteiligungsvorsatz des Schuldners	A 47	Nr. 181
BGH zum berechtigten Interesse für Wohnraumkündigung	A 47	Nr. 182
OLG Hamm: Fachwerkstatt muss Rückrufaktion kennen	A 48	Nr. 183
BMJV: Elektronischer-Rechtsverkehr-VO	A 48	Nr. 184
9. GWB-Novelle in Kraft	A 48	Nr. 185

Aufsätze

<i>Christian Wenner, Köln</i>	Die Reform der EuInsVO – Ein Verriss	1137
<i>Lorenz Neumann, Berlin</i>	Der unfreiwillige Austausch der Komplementärgesellschaft einer Publikumscommanditgesellschaft	1141
<i>Rafael Harnos, Bonn</i>	Harte externe Patronatserklärung in der Insolvenz	1149

Rechtsprechung

Bank- und Kreditsicherungsrecht

BGH 16. 5. 2017 – XI ZR 430/16	Entstehung des Schadensersatzanspruchs wegen fehlerhafter Aufklärung bei Kombination von Darlehens- und Kapital- lebensversicherungsvertrag mit Vertragsschluss	1152
--------------------------------	---	------

Gesellschafts- und Kapitalmarktrecht

BFGH	8. 3. 2017 – IX R 5/16 +	Zum Gestaltungsmissbrauch bei taggleichem An- und Verkauf von Bezugsrechten an einer Börse durch Börsenmakler	1155
OLG Düsseldorf	6. 4. 2017 – I-26 W 10/15 (AktE)	Unternehmensbewertung anhand neuem Bewertungsstandard für vor dessen Inkrafttreten beschlossenen Squeeze out bei Ausbleiben einer Verfahrensverzögerung	1157
LG Heidelberg	21. 3. 2017 – 11 O 11/16 KfH	Nichtigkeit der Bestellung eines besonderen Vertreters zur Rückforderung unrechtmäßig gezahlter Dividenden („Gelita AG“)	1160
OLG Frankfurt/M.	13. 4. 2017 – 6 U 69/16	Zur Pflicht eines in Leitung der Gesellschaft eingebundenen Gesellschafters zur Andienung einer von ihm gemachten Erfindung (LS)	1163

Vertrags- und Haftungsrecht

BGH	8. 3. 2017 – 1 StR 466/16 +	Täuschung von Anlegern durch Unterlassung der Aufklärung über Veränderung vermögensrelevanter Umstände, deren Fortbestehen Grundlage weiterer Vermögensverfügungen der Getäuschten ist, durch Ingerenz	1164
-----	-----------------------------	---	------

Insolvenz- und Sanierungsrecht

BGH	27. 4. 2017 – IX ZB 93/16	Nachtragsverteilung wegen Verzicht eines Grundpfandgläubigers auf Erlöszuteilung	1169
LG Baden-Baden	12. 5. 2017 – 2 O 187/15	Haftung des Gesamtvollstreckungsverwalters wegen Vorabauschüttungen an die Sozialplangläubiger ohne Zustimmung der Gläubigerversammlung	1172
FG Münster	3. 4. 2017 – 7 V 492/17 U	Keine Haftungsinanspruchnahme eines GmbH-Geschäftsführers für Steuerschulden bei nicht erteilter Zustimmung des vorläufigen Sachwalters zur Zahlung	1174

Arbeits- und Sozialrecht

LAG Stuttgart	8. 2. 2017 – 4 Sa 34/16	Kollektivrechtliche Fortgeltung von Betriebsvereinbarungen nach Unternehmensspaltung	1176
------------------	-------------------------	--	------

Verfahrens- und Vollstreckungsrecht

BGH	26. 4. 2017 – I ZB 119/15	Kein Antrag auf Feststellung einer Forderung zur Insolvenztabelle im Verfahren auf Vollstreckbarerklärung eines Schiedsspruchs	1181
BGH	30. 3. 2017 – BLw 3/16	Ordnungsgeld wegen Ausbleibens im Termin nur gegen als Partei am Rechtsstreit beteiligte juristische Person (nicht: gegen ihren gesetzlichen Vertreter)	1183
BGH	29. 3. 2017 – VII ZR 149/15	Zu Suche und Auswahl eines geeigneten Sachverständigen (LS)	1184

Beilagenhinweis: Dieser Ausgabe liegen Beilagen des Verlags C. H. Beck, München, der Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Köln, und der RWS Verlag Kommunikationsforum GmbH, Köln, bei. Wir bitten um freundliche Beachtung!

ZIP

38. Jahrgang
Heft 23
9. Juni 2017

Herausgeber:

RA Dr. Bruno M. Kübler
(Geschäftsführender Herausgeber)
Prof. Dr. Reinhard Bork
Prof. Dr. Wolfgang Lüke
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Hanns Prütting
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Karsten Schmidt

Herausgeberbeirat:

Prof. Dr. Holger Altmeppen
Vors. Richter am BGH a. D. Prof. Dr. A. Bergmann
Prof. Dr. Georg Bitter
Prof. Dr. Moritz Brinkmann
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. C.-W. Canaris
Prof. Dr. Ulrich Ehrlicke
Prof. Dr. Horst Eidenmüller
Prof. Dr. Dr. h. c. Holger Fleischer
Prof. Dr. Walter Gerhardt
RA Dr. Burkard Göpfert
Vors. Richter am BGH a. D. Prof. Dr. W. Goette
MinDir. Marie Luise Graf-Schlicker
Prof. Dr. Mathias Habersack

Prof. Dr. Dr. h. c. Wolfram Henckel
Prof. Dr. Florian Jacoby
RA/StB Dr. Günter Kahlert
Vors. Richter am BGH Prof. Dr. G. Kayser
RA Dr. Bernd Klasmeyer
Prof. Dr. Lars Klöhn
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Marcus Lutter
Prof. Dr. Christoph G. Paulus
Vors. Richter am BGH a. D. Dr. h. c. V. Röhricht
Prof. Dr. Carsten Schäfer
Prof. Dr. Christoph Thole
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Peter Ulmer
RA Prof. Dr. Friedrich Graf von Westphalen

Inhaltsverzeichnis

ZIP-aktuell

EuGH: Zulässige Weitergabe von Daten für Zivilklagen	A 45	Nr. 169
BGH: Schadensersatz für Darlehensnehmer wegen fehlerhafter Aufklärung	A 45	Nr. 170
BGH: Nachtragsverteilung wegen Verzicht eines Grundpfand- gläubigers auf Zuteilung	A 45	Nr. 171
BGH: EuGH-Vorlage zum Tonträger-Sampling	A 45	Nr. 172
BAG: Kündigung eines Geschäftsführers wegen illoyalen Verhaltens	A 46	Nr. 173
BTag: Stärkung der Betriebsrente	A 46	Nr. 174
BRat zur Bekämpfung von Geldwäsche	A 46	Nr. 175
BaFin: Rundschreiben zu Risikomanagement der Kredit- institute	A 46	Nr. 176
Personalia	A 46	Nr. 177

Aufsätze

Raimond Emde, Hamburg

Darf die Handelsvertreter-Richtlinie als geltendes Recht vereinbart und ein einheitlicher europäischer Mustervertriebsvertrag gefasst werden? 1089

*Jens-Sören Schröder
Kristina Schulz, Hamburg*

Schutzschirmbescheinigung nach § 270b InsO: Anforderungen an die Person des Ausstellers 1096

Rechtsprechung

Bank- und Kreditsicherungsrecht

BGH 25. 4. 2017 – XI ZR 108/16

Zur Aufrechnung eines Verbrauchers gegen Hauptforderung der Bank mit Forderung auf Herausgabe der gezogenen Nutzungen nach Widerruf des Darlehensvertrags 1103



LG Lübeck 7. 2. 2017 – 3 O 21/16 Kein Anspruch auf Herausgabe der Bürgschaftsurkunde wegen des Risikos der Insolvenzanfechtung 1106

Gesellschafts- und Kapitalmarktrecht

BGH 4. 4. 2017 – II ZR 179/16 **Zur Anwendung des § 358 Abs. 4 Satz 3 BGB a. F. auf die Rückabwicklung einer kreditfinanzierten Fondsbeteiligung** 1108

OLG Düsseldorf 29. 3. 2017 – I-3 Wx 231/16 Zur Anmeldung der Übertragung eines Gesellschaftsanteils im Wege der Sonderrechtsnachfolge zur Eintragung in das Handelsregister 1111

OLG München 22. 3. 2017 – 7 U 3356/16 Zum Einsichtsrecht des Kommanditisten in Geschäftsunterlagen aus wichtigem Grund 1112

Vertrags- und Haftungsrecht

BGH 26. 4. 2017 – VIII ZR 233/15 **Geltung eines Gewährleistungsausschlusses bei ausdrücklicher Zusicherung der Rechtsmangelfreiheit der Kaufsache nur für Sachmängel** 1116

BGH 16. 3. 2017 – VII ZR 197/16 + Nichtigkeit eines zunächst gesetzmäßigen Werkvertrags durch gegen Schwarzarbeitsverbot verstoßende nachträgliche Änderung 1119

Insolvenz- und Sanierungsrecht

BFH 29. 3. 2017 – XI R 5/16 + **Vorsteuerberichtigung infolge erfolgreicher Insolvenzanfechtung** 1121

OLG Hamm 12. 12. 2016 – 8 U 44/16 Keine Schenkungsanfechtung der Auszahlung von garantierten (Mindest-)Zinszahlungen an stillen Gesellschafter 1123

VG Schleswig 15. 5. 2017 – 8 A 74/15 Keine Verletzung des Steuergeheimnisses durch Herausgabe von finanzgerichtlichen Vollstreckungsakten an Insolvenzverwalter (m. Anm. *Jens M. Schmittmann*) 1126

Arbeits- und Sozialrecht

BAG 15. 12. 2016 – 8 AZR 612/15 + **Kein Ingangsetzen der Frist für Widerspruch gegen den Betriebsübergang bei fehlender Information über die Sozialplanprivilegierung** 1129

BAG 21. 2. 2017 – 3 AZR 297/15 + AGB-Kontrolle von Regelungen zur Hinterbliebenenversorgung (LS) 1136

BAG 21. 2. 2017 – 3 AZR 455/15 + Zur Beurteilung der künftigen wirtschaftlichen Lage eines Unternehmens bei der Betriebsrentenüberprüfung (LS) 1136

LAG Hamburg 11. 1. 2017 – 6 Sa 54/16 Betriebszuordnung eines Arbeitnehmers durch Interessenausgleich mit Namensliste bei Unternehmensspaltung (LS) 1136

Beilagenhinweis: Dieser Ausgabe liegt eine Beilage der Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Köln, bei. Wir bitten um freundliche Beachtung!

ZIP



GESETZGEBUNG	III
INFO AKTUELL – WIRTSCHAFTSRECHT	405
INFO AKTUELL – ARBEITS-, SOZIAL- UND STEUERRECHT	406

WIRTSCHAFTSRECHT

Martin Spitzer: Verjährung von Prospekthaftungsansprüchen	407
Alexander Wilfinger: EuGVO-Verbrauchergerichtsstand bei Aktionärsklagen	414
Michael Ebner: Ausgleichsanspruch der Tankstellenpächter – neue Rechtsprechung	420

JUDIKATUR

»SCHULDRECHT

Kein Rücktrittsrecht nach Vertragsabschluss an Messestand	425
Verjährung der anwaltlichen Ausfolgungspflicht	425
Anlegerschaden: konkrete Alternativveranlagung – Beweislast	425
Anlegerschaden – verjährungshemmende Beschwichtigung?	426

»GEWERBERECHT

Keine Neubestellung eines gewerberechtl. Geschäftsführers	426
Anbieten einer gewerblichen Tätigkeit nur durch Firmenbucheintragung?	427

»PRIVATSTIFTUNGSRECHT

Vorstiftung: Handelndenhaftung für Prozesskosten	427
Privatstiftung: Stiftermehrheit – gemeinsame Ausübung der Rechte	428
Privatstiftung: Vorstand – Beachtung des Stiftungszwecks	430
Privatstiftung – Stiftungsprüfer	430
Privatstiftung: Firmenbuchakt – Einsicht der Ex-Frau des Stifters?	431

»WETTBEWERBSRECHT

Gratisfahrt zum ungarischen Zahnarzt	431
Zusammenschlusskontrolle im Glücksspielsektor	432

»BANKENRECHT

Online-Sparkonto – Zahlungskonto iSd Zahlungsdienste-RL?	432
Depotbank – Aufklärungspflicht	433

»VERFAHRENSRECHT

Werbe-SMS auf Basis strittiger Vertragsgrundlage – Abmahnkosten	434
---	-----

»DATENSCHUTZRECHT

EuGH: Herausgabe personenbezogener Daten zwecks Schadenersatzklage?	434
---	-----



ARBEITSRECHT

Andreas Gerhartl: Rechtsprechung zur Abfertigung neu 436

JUDIKATUR

»ALLGEMEINES ARBEITSRECHT

Entfall und Rückzahlung von Sonderzahlungen	439
Anschluss als Privatbeteiligter im Strafverfahren – keine Geltendmachung von Ansprüchen	439
Berufsspieler: Arbeitsvertrag mit einseitiger Verlängerungsoption	440
Kein Feststellungsinteresse für schlichte Verwarnungen	441
Kündigungsschutz nach dem MSchG und Betriebsübergang	441
Elternteilzeit nach Inanspruchnahme der Ersatzkarenz	441
Elternteilzeit ohne Arbeitszeitreduktion	443
Verletzung der Aufklärungspflicht bei Wechsel ins Pensionskassensystem	444
VfGH: Meldung eines verantwortlichen Beauftragten	444
Eisenbieger- bzw Eisenflechterarbeiten: Anwendung des BUAG	444
Entlassung eines Hoteldirektors wegen eigenmächtiger Zahlungen	445

»INSOLVENZ-ENTGELT

Insolvenz-Entgelt: Berechnung der Kündigungsentschädigung bei freien DN	445
---	-----

»SOZIALVERSICHERUNGSRECHT

Beitragszuschlag nach ASVG ist keine Strafe	446
Selbstversicherung in der PV bei Pflege eines Angehörigen	447
Nachträgliche Selbstversicherung in der PV für Schul- und Studienzeiten	448
VfGH: Kinderbetreuungsgeld – gemeinsame Hauptwohnsitzmeldung	448
Berücksichtigung von Fahrtkosten im Ausgleichszulagenrecht	449
Vermittlung von Immobilien – kein Werkvertrag	449

STEUERRECHT

VwGH: Bilanzberichtigung und subjektive Richtigkeit (<i>Nikolaus Zorn</i>)	450
VwGH: Keine Nachversteuerung des verschwiegenen Übergangsgewinns (<i>Nikolaus Zorn</i>)	451
VwGH: Begünstigte Besteuerung der Abfindung des Pensionsanspruchs der Rechtsanwälte (<i>Nikolaus Zorn</i>)	453
Tobias Hayden/Daniel Varro: Widersprüche beim Pkw-Sachbezug	454
Andreas Langer: Die Missbrauchsklausel der Anti Tax Avoidance Directive – Handlungsbedarf für Österreich?	459
VwGH: Missglückte Einbringung von Mitunternehmeranteilen (<i>Nikolaus Zorn</i>)	465

»BLICK NACH DEUTSCHLAND

Udo Eversloh: CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetz	466
--	-----

IMPRESSUM

472

Herausgeber

Centrale für GmbH Dr. Otto Schmidt
in Verbindung mit
Prof. Dr. Walter Bayer
RA/StB Vors. RiBFH a.D.
Prof. Dr. Dietmar Gosch
WP/StB Prof. Dr. Norbert Neu
Ltd.RegDir. Ralf Neumann
RA Prof. Dr. Jochem Reichert

**Gesellschafts-
und Steuerrecht
der GmbH
und GmbH & Co.**

Inhalt

108. Jahrgang
Heft 12/2017

Herausgeber-Beirat

Prof. Dr. Georg Crezelius
Prof. Dr. Detlef Kleindiek
RiBFH Dr. Christian Levedag, LL.M. Tax
Notar Dr. Thomas Wachter
RA/StB Prof. Dr. Götz Tobias Wiese

Aufsätze und Beiträge

Prof. Dr. iur. Roman Seer / Klaus Michalowski

Die erbschaftsteuerliche Behandlung des Unternehmensvermögens nach neuem Recht – unkalkulierbar und nach wie vor im verfassungsrechtlichen Fokus!

609

Dr. Gregor Kuntze-Kaufhold

Publizitätspflicht: Noch kein Licht im Sanktionstunnel

623

Benjamin Westermann / Christian Hornung

Die „Anteilswegverschmelzung“ bei unklaren Gesellschafterverhältnissen. Probleme in der *Chain of Title* – eine Lösung im Hinblick auf §§ 2 und 20 UmwG sowie ihre Folgeansprüche

626

Prof. Dr. Dr. h.c. Holger Fleischer, LL.M. / Till Wansleben

Die GmbH & Co. KG in den Auslandsrechten. Zirkulation eines gesellschaftsrechtlichen Regelungsmodells

633

Rechtsprechung Gesellschaftsrecht

GmbH & Co. KG: Bestellung einer dinglichen Sicherheit für Darlehensrückzahlungsanspruch eines Sicherungsnehmers gegen Gesellschafter als verbotene Auszahlung (BGH v. 21.3.2017 – II ZR 93/16)

643

**Der GmbHR-Kommentar
von Dr. Michael Bormann**

646

Insolvenz: Pflichten des Geschäftsführers einer UG (haftungsbeschränkt) zur Handelsregisteranmeldung trotz Insolvenz-Eröffnung (OLG Hamm v. 9.3.2017 – 27 W 175/16)

648

**Der GmbHR-Kommentar
von Nikolaj Kubik / Dr. Christian Nordholtz, M.Jur.**

649

Ausländische GmbH: Verweigerung der Löschung einer Gesellschaft im Handelsregister vor ihrer Liquidation nach Umwandlung in eine Gesellschaft nach dem Recht eines anderen Mitgliedstaats als Verstoß gegen die Niederlassungsfreiheit (EuGH v. 4.5.2017 – Rs. C-106/16) [LS]

650

**Der GmbHR-Kommentar
von Dr. Sascha Stiegler, LL.M.**

650

Rechtsprechung Steuerrecht

Gesellschafter-Geschäftsführer: Sog. Überversorgungsprüfung für Pensionsrückstellungen (BFH v. 20.12.2016 – I R 4/15)

651

**Der GmbHR-Kommentar
von Mathias Wenzler**

655

Gewinnermittlung: Bilanzierung von Verbindlichkeiten bei Rangrücktritt sowie Tilgung aus Bilanzgewinn und Liquidationsüberschuss (BFH v. 10.8.2016 – I R 25/15 [LS])

657

GmbH-Finanzierung: Bankenprivileg für Konzernfinanzierungsgesellschaft (BFH v. 6.12.2016 – I R 79/15)

658

Ausländische GmbH: Gewerblichkeitsfiktion des § 49 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. f S. 2 EStG für Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung oder Veräußerung inländischen Grundbesitzes (BFH v. 7.12.2016 – I R 76/14)

661

KARTELLRECHT
FACHMODUL


Modul jetzt kostenlos testen!
otto-schmidt-online.de

Ihre Freischaltcodes zum Zeitschriften-Modul (inkl. Selbststudium nach § 15 FAO) und zur App finden Sie in Heft 2/2017 auf der zweiten Umschlagseite

Inhalt

IM BLICKPUNKT

Dr. phil. Dr. jur. Christian Schulte, M.A., Berlin
„EuGH Rs. C-106/16 – „Polbud“: Vor dem Gesetz steht immer ein Türhüter... R 177

Unternehmensrecht

Freiberufler: Dokortitel bleibt im Register R 181

Bestellung einer dinglichen Sicherheit als verbotene
Auszahlung i.S.d. § 30 Abs. 1 S. 1 GmbHG R 181

Das Transparenzregister kommt wirklich R 182

Dritte Leipziger Konferenz M&A widmet sich Venture
Capital und Unterkomplexität R 182

Steuer- & Bilanzrecht

Hinzurechnung von Miet- und Pachtzinsen (§ 8 Nr. 1
Buchst. e GewStG) R 182

Kein Abzug finaler Betriebsstättenverluste nach
Unionsrecht R 183

Arbeits- & Sozialrecht

Grobe Beleidigung des Chefs – fristlose Kündigung
ist wirksam R 184

Standortsicherung: Einigungsstelle offensichtlich
unzuständig? R 184

Europa-Praxis

EU-Kommission startet Konsultation zur Modernisie-
rung und Digitalisierung des EU-Gesellschaftsrechts R 185

EP-Ausschuss positioniert sich zum Thema Geoblo-
cking R 186

Wirtschafts-Praxis

Die wertvollsten Marken in Deutschland R 187

Zeitschriftenspiegel

R 189

Tagungshinweis

Hannoversches Symposium zum Gesellschafts- und
Steuerrecht R 190

Impressum

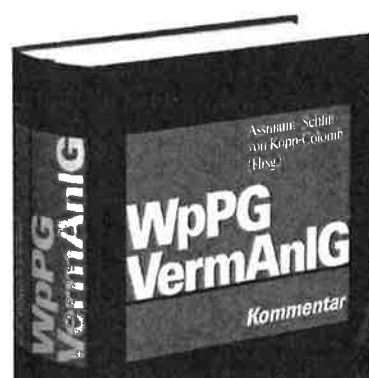
R 192

Digitaler Kodex.



otto-schmidt.de/sc5

Perfekt! So checken Profis den Prospekt.



otto-schmidt.de/alr3

Inhaltsverzeichnis

Beiträge

Univ.-Prof. Dr. Moritz Brinkmann, Bonn

Zum Anschleichen bei schuldenbasierten Übernahmen

– Ein Plädoyer für die Einführung von Transparenzregeln im Hinblick auf Loan-to-own-Strategien – 1033

Prof. Dr. Dominik Skauradszun, Fulda

Europäisches Bankenabwicklungsrecht: Das Verfahren vor dem Beschwerdeausschuss nach Art. 85 SRM-VO – Teil I – 1041

Rechtsprechung

Bankrecht und Kapitalmarktrecht

Bundesgerichtshof 8.3.2017 1 StR 466/16* Zur Täuschung von Anlegern durch Unterlassung, wenn durch vorangegangenes gefährliches Tun (Ingerenz) diejenigen vermögensrelevanten Umstände verändert werden, deren Fortbestehen Grundlage weiterer Vermögensverfügungen des Getäuschten ist 1047

OLG Celle 23.6.2016 11 U 9/16* Zur Bedeutung von Risikohinweisen in Beratungsprotokollen und in Rundschreiben für den Beginn der kenntnisabhängigen Verjährung bei Kapitalanlageberatung 1052

Gesellschaftsrecht

Bundesgerichtshof 16.5.2017 II ZB 7/16 Indizwirkung der Anerkennung eines Vereins als gemeinnützig dafür, dass er nicht auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet ist und in das Vereinsregister eingetragen werden kann; zur Vereinbarkeit des Betriebs mehrerer Kindertagesstätten als eigenunternehmerische Tätigkeit mit dem Zweck eines Idealvereins 1059

OLG München 8.8.2016 31 Wx 204/16 Keine Eintragung eines Nießbrauchs an einem Kommandanteil in das Handelsregister 1062

Bürgerliches Recht und Handelsrecht

Bundesgerichtshof 9.6.2016 V ZB 61/15 Zum Erfordernis der Eintragung in das Grundbuch, wenn eine Vormerkung, die für einen Anspruch auf Anpassung des Erbbauzinses durch Eintragung neuer Reallasten bestellt worden ist, künftig den Anspruch sichern soll, eine wertgesicherte Erbbauzinsreallast zu bestellen; kein Zustimmungserfordernis von Inhabern gleich- oder nachrangiger dinglicher Rechte, wenn sich aus der neuen (wertgesicherten) Erbbauzinsreallast kein höherer Erbbauzins als derjenige aus der bisherigen Reallast und dem durch eine Vormerkung gesicherten Anspruch auf Anpassung des Erbbauzinses ergeben kann 1065

Bundesgerichtshof 12.10.2016 V ZB 198/15 Entsprechende Anwendung des § 878 BGB auf die Teilungserklärung des Grundstückseigentümers nach § 8 Abs. 1 WEG; zur Anwendung dieser Regel auf die sich aus dem Genehmigungserfordernis auf Grund einer Rechtsverordnung nach § 172 Abs. 1 Satz 4 BauGB ergebende Verfügungsbeschränkung des teilenden Grundstückseigentümers 1068

Bundesgerichtshof 13.10.2016 V ZB 98/15 Zur Aufhebung eines dinglichen Rechts, für das eine Gesamtberechtigung im Sinne des § 428 BGB besteht, grundsätzlich die Aufgabeerklärung aller Gesamtgläubiger erforderlich; keine Bestellung eines dinglichen Vorkaufsrechts für mehrere Berechtigte als Gesamtgläubiger im Sinne von § 428 BGB; Unzulässigkeit des das Gemeinschaftsverhältnis bezeichnenden Teils bei Eintragung eines dinglichen Vorkaufsrechts mit einer Gesamtberechtigung gemäß § 428 BGB 1072

Bundesgerichtshof	18.11.2016	V ZR 221/15	Zur Pflicht des Erstehers einer Eigentumswohnung, dem früheren Wohnungseigentümer, dem das Wohnungseigentum nach § 18 Abs. 2 Nr. 1 WEG entzogen worden ist, den Besitz an der Wohnung zu entziehen	1075
Bundesgerichtshof	14.12.2016	V ZB 88/16	Keine Wahrung der Formanforderungen des § 29 Abs. 3 GBO durch ein lediglich drucktechnisch erzeugtes Behördensiegel	1078
Bundesgerichtshof	7.4.2017	V ZR 52/16*	Windkraftanlage auch dann Scheinbestandteil des Grundstücks, wenn sie für ihre gesamte (wirtschaftliche) Lebensdauer auf dem Grundstück verbleiben soll	1081

Dokumentation

Deutsche Rechtspolitik aktuell	Pfändungsschutzkonto – Erhöhung der Pfändungsfreibeträge ab dem 1. Juli 2017	1084
--------------------------------	--	------

Bücherschau

Andreas Patzner/Achim Döser/Ludger J. Kempf (Hrsg.)	Investmentrecht: Kapitalanlagegesetzbuch, Investmentsteuergesetz, 3. Aufl.	1084
Heinz Thomas/Hans Putzo	Zivilprozessordnung, 37. Aufl.	1084



Finanzmarktregulierung in der Schweiz mit Blick nach Europa

Börsen-Zeitung

MiFID II | MAR | EMIR

Gemeinsamkeiten und Unterschiede Europa und Schweiz | Stand der Umsetzung in der Praxis

20./21. Juni 2017 – Zürich, Zunfthaus zur Safran

Informationen: Tel. +49 69 2732 162

Die mit **◆** gekennzeichneten Entscheidungen des BGH sind zum Abdruck in der amtlichen Sammlung vorgesehen.

Nicht amtliche Leitsätze zu Entscheidungen des BGH sind kursiv gesetzt. Leitsätze zu Entscheidungen der Instanzgerichte sind überwiegend durch den Einsender oder die Redaktion verfasst.

Die mit einem * gekennzeichneten Entscheidungen sind zur Veröffentlichung und Besprechung in der Entscheidungssammlung zum Wirtschafts- und Bankrecht (WuB) vorgesehen.

Nur soweit der Redaktion bis zur Drucklegung die Rechtskraft einer instanzgerichtlichen Entscheidung mitgeteilt worden ist, wird dies im Anschluss an das Aktenzeichen vermerkt. Ein fehlender Rechtskrafthinweis muss daher nicht bedeuten, dass die Entscheidung nicht rechtskräftig geworden ist.

Redaktion: Rechtsanwalt Dr. Christopher Kienle, Frankfurt am Main; Professor Dr. Tobias Lettl, LL.M. (EUR), Universität Potsdam; Rechtsanwalt Dr. Helmut Merkel, Frankfurt am Main; Arne Wittig, Essen; Rechtsanwalt Dr. Andreas Lange, Frankfurt am Main (presserechtlich verantwortlicher Redakteur)

Redaktionsbeirat: Rechtsanwalt Thorsten Höche, Chefsyndikus des Bundesverbandes deutscher Banken e.V., Berlin (Vorsitzender); Rechtsanwältin Dr. Anna Heidelbach, Leiterin der Rechtsabteilung der DZ-Bank AG, Frankfurt a. M.; Professor Dr. Dr. Dr. h.c. mult. Klaus J. Hopt, Direktor am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht a.D., Hamburg; Dr. Hans-Ulrich Joeres, Richter am Bundesgerichtshof, Karlsruhe; Ilse Lohmann, Richterin am Bundesgerichtshof, Karlsruhe; Professor Dr. Peter O. Mühlert, Direktor des Instituts für Internationales Recht des Spar-, Giro- und Kreditwesens an der Johannes Gutenberg-Universität, Mainz

Verlag: Herausbergemeinschaft WERTPAPIER-MITTEILUNGEN Keppler, Lehmann GmbH & Co. KG, Postfach 11 09 32, 60044 Frankfurt a. M.; Düsseldorf Straße 16, 60329 Frankfurt a. M.; Geschäftsführung: Ernst Padberg (Vorsitzender), Torsten Ulrich, Dr. Jens Zinke

Telefon Redaktion: Dr. Andreas Lange (0 69) 27 32-164, E-Mail: a.lange@wmrecht.de; Lektorat: Heike Wietelmann (0 69) 27 32-172, E-Mail: H.Wietelmann@wmrecht.com; Sekretariat: Sylvia Mahler (0 69) 27 32-188, E-Mail: s.mahler@wmrecht.de

Anzeigen: Ralf Becker (0 69) 27 32-553, E-Mail: r.becker@wmrecht.de; Vertrieb/Nachbestellungen: (0 69) 27 32-142; Telefax (0 69) 23 26 85

Druck: mit druck Walter Thiele GmbH & Co. KG, Carl-Friedrich-Gauß-Straße 6, 63263 Neu-Isenburg, Telefon (0 61 02) 30 77 0.

Bei Einzelbezug des Teils IV der WERTPAPIER-MITTEILUNGEN beträgt der Abonnementpreis monatlich € 94,90 (einschl. 7 % MwSt. € 6,21) + € 7,45 Versandkostenzuschlag (einschl. € -,49 MwSt.). Auslandsbezug ohne Mehrwertsteuer + € 9,10 Versandkostenzuschlag. Für Mitglieder der ARGE Bank- und Kapitalmarktrecht gibt es für die Dauer des Fachanwaltslehrgangs einen Rabatt von 50 % auf den Abonnementpreis.

Im Preis inbegriffen sind die jährlichen zwei Einbanddecken.

Bei Nichtbelieferung infolge höherer Gewalt oder infolge von Arbeitskämpfen bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Abbestellungen nur zum Quartalsende bei dreiwöchiger Kündigungsfrist.

©2017 Herausbergemeinschaft WERTPAPIER-MITTEILUNGEN, Frankfurt am Main – ISSN 0342-6971

Urheber- und Verlagsrechte: Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Urheberschutz besteht auch für die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und deren Leitsätze, soweit sie vom Einsender oder der Redaktion erarbeitet oder redigiert worden sind. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Manuskripte: Die Übersendung eines Manuskripts beinhaltet die Erklärung, dass der Verfasser den Beitrag oder einen Beitrag mit gleichem Gegenstand nicht zeitnah anderweitig anbietet. Für unverlangt eingereichte Manuskripte übernehmen Verlag und Redaktion keine Haftung. Mit der Annahme zur Veröffentlichung erwirbt der Verlag vom Verfasser alle Rechte, insbesondere das ausschließliche Verlagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheberrechts und die Befugnis zur Einspeicherung in eine Datenbank sowie das Recht zur weiteren Vervielfältigung zu gewerblichen Zwecken im Wege eines photomechanischen oder eines anderen Verfahrens.

Hinweise für Autoren unter www.wertpapiermitteilungen.de

WERTPAPIER-MITTEILUNGEN Teil IV



Herausgeber:

Prof. Dr. Carsten Becker, Direktor beim Bundeskartellamt, Bonn
Prof. Dr. Dr. h. c. Joachim Bornkamm, Freiburg i. Br.
Prof. Dr. Meinrad Dreher, Mainz
Prof. Dr. Andreas Fuchs, Osnabrück
Prof. Dr. Dr. h. c. Ulrich Immenga, Göttingen
RA Dr. Frank Montag, Brüssel
RA Dr. Christoph Stadler, Düsseldorf
Dr. Kurt Stockmann, Vizepräsident
des Bundeskartellamts a. D., Berlin
Prof. Dr. Stefan Thomas, Tübingen

Herausgeberbeirat:

Prof. Dr. Josef Drexler, München
Prof. Dr. David J. Gerber, Chicago
Dr. Florian C. Haus, Bonn
Prof. Dr. Roman Inderst, Frankfurt/M.
Wolfgang Jaeger, Düsseldorf
Prof. Dr. Ohseung Kwon, Seoul
Dr. Bernd Langeheine, Köln/Brüssel
Prof. Dr. Iwakazu Takahashi, Tokio
Prof. Dr. Xiaoye Wang, Beijing
Prof. Dr. Roger Zäch, Zürich



Inhaltsverzeichnis

Aufsätze

<i>Stefan Thomas</i>	Regulierung in sozialpolitischer Perspektive	113
<i>Christoph Thole</i>	Erfassen Schiedsvereinbarungen auch Kartellschadensersatz- ansprüche?	133
<i>Thomas Wilson</i>	Document requests in complex EU merger cases	146
<i>Per Rummel/Thomas Weck</i>	Verantwortlichkeit und Haftung im Wettbewerbsrecht	166
<i>Daniel von Brevorn</i>	Fusionskontrolle bei gesetzlichen Krankenkassen	186



INHALT

AUFSÄTZE

- 481** BORIS P. PAAL
Current Issues and Recent Developments on Media Concentration in the Context of Competition Law and Media Law
- 486** NATALIE ACKERMANN/JOANNA RINDELL
Should Trade Secrets be Protected by Private and/or Criminal Law: A Comparison Between Finnish and German Law
- 493** STEPHAN BRIEM
Die Auslegung des Begriffs der „öffentlichen Wiedergabe“ in der Entscheidungspraxis des EuGH – zugleich Anmerkung zum EuGH-Urteil *AKM/Zürs.net*

RECHTSPRECHUNG

- PATENTRECHT**
- USA 498** U.S. Supreme Court 22.2.2017
35 U.S.C. § 286 – Einwand der Verwirkung bei nicht verjährtem patentrechtlichem Schadensersatzanspruch ausgeschlossen – **SCA Hygiene v. First Quality**
- MARKENRECHT**
- EU 502** EuGH 5.4.2017 – C-598/14 P
Berücksichtigung von Entscheidungen nationaler Gerichte bei Beurteilung des Schutzzumfangs einer Marke – **EUIPO / Szajner [LAGUIOLE]**
- Österreich 507** OGH 24.1.2017 – 4 Ob 252/16m
Kein Anspruch auf Unterlassung einer Markennutzung nur aufgrund sittenwidrigen Markenrechtserwerbs – **Fashion Television**
- Schweiz 509** BGer 28.2.2017 – 4A_389/2016
Bestätigt: Kein Markenschutz für Positionsmarke in Form von Löchern rund um den Lampenkopf – **Taschenlampe mit Löchern II**
- Schweiz 511** BVGer 3.11.2016 – B-2217/2014
Unterscheidungskraft und Irreführungsgefahr einer zusammengesetzten Marke mit geografischer Angabe – **BOND ST. 22 LONDON**
- WETTBEWERBSRECHT**
- EU 519** EuGH 4.5.2017 – C-339/15
Ausnahmsloses Werbeverbot für Zahnärzte mit Unionsrecht unvereinbar – **Vanderborght**

- Österreich 524** OGH 28.3.2017 – 4 Ob 45/17x
Unlauterkeit einer zustimmungslosen Verwendung von Bildern prominenter Sportler zur Eigenwerbung einer Tageszeitung – **Fußballposter**
- URHEBERRECHT**
- EU 527** EuGH 26.4.2017 – C-527/15
Öffentliche Wiedergabe bereits durch Verkauf eines multimedialen Medienabspielers – **Stichting Brein [Filmspeler]**
- Deutschland 534** LG Berlin 8.5.2017 – 16 O 546/15
EuGH-Vorlage zum Leistungsschutzrecht für Presseverleger – **VG Media / Google [Snippets]**
- Österreich 535** OGH 21.2.2017 – 4 Ob 137/16z
Internationale Zuständigkeit für Klagen gegen Urheberrechtsverletzungen im Rahmen von Satellitenübertragungen – **Satellitenfernsehen**
- USA 539** U.S. Court of Appeals 9.2.2017
Unberechtigter Download eines urheberrechtlich geschützten Computerprogramms kann Urheberrechtsverletzung darstellen – **Design Data v. Unigate Enterprise**
- PERSÖNLICHKEITSRECHT**
- Schweiz 540** BGer 22.3.2017 – 1C_214/2016
Anforderungen an Inhalt einer Datensammlung – **Watchlist**
- VERFAHRENSRECHT**
- Schweiz 546** BGer 12.1.2017 – 4A_360/2016
Mitwirkungspflicht und Beweislast der klagenden Partei bei internationaler und örtlicher Zuständigkeit – **Kennzeichnung von Nahrungsergänzungsmitteln**

BIBLIOGRAPHIE

- 549** Bibliographische Übersicht zum Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht

JOURNAL OF INTELLECTUAL PROPERTY LAW & PRACTICE

- CURRENT INTELLIGENCE 558** HAYLEIGH BOSHER
The UK IPO's decision in The Willow Tea Rooms trade mark dispute
- ARTICLE 560** MIKE SNODIN
Pharmaceutical innovations and obligations under TRIPS

Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht

Zeitschrift der Deutschen Vereinigung für gewerblichen Rechtsschutz und Urheberrecht

GRUR

Herausgegeben von Joachim Bornkamm und
Ansgar Ohly
in Gemeinschaft mit Joseph Drexl und Reto Hilty

6/2017

Seiten 545–648
119. Jahrgang – Juni 2017



INHALT

- AUFSÄTZE**
- 545** INGRID KOPACEK/WOLFGANG MORAWEK
Aus der Rechtsprechung des BPatG im Jahr 2016. Teil II: Patentrecht und Gebrauchsmusterrecht
 - 558** KATHARINA DE LA DURANTAYE
Neues Urheberrecht für Bildung und Wissenschaft – eine kritische Würdigung des Gesetzentwurfs
 - 567** STANISLAUS JAWORSKI/JAN BERND NORDEMANN
Gehilfenhaftung von Intermediären bei Rechtsverletzungen im Internet. BGH-Rechtsprechung und neueste Entwicklungen in den Instanzen
 - 572** JOCHEN SCHLINGLOFF
Das Urheberpersönlichkeitsrecht im Spannungsfeld von Kunstfreiheit und politischer Betätigungsfreiheit
 - 580** INGE SCHERER
Unternehmerische Freiheit contra Verbraucherschutz? Beurteilung von Verkaufsförderungsmaßnahmen nach der jüngsten EuGH-Rechtsprechung
- REPORT**
- 587** HENRIKE WEIDEN
Aktuelle Berichte – Juni 2017
- MITTEILUNGEN**
- 589** Regierungsentwurf eines Gesetzes zur Angleichung des Urheberrechts an die aktuellen Erfordernisse der Wissensgesellschaft (Urheberrechts-Wissensgesellschafts-Gesetz – UrhWissG)
 - 594** Stellungnahme zum Referentenentwurf eines Gesetzes zur Angleichung des Urheberrechts an die aktuellen Erfordernisse der Wissensgesellschaft (UrhWissG) und zum Verleih von E-Books durch Bibliotheken (sog. „E-Lending“)
 - 600** Tagungsbericht: Online Platforms and Intermediaries in Copyright Law (*Jones*)
- BUCHBESPRECHUNGEN**
- 602** HENNING HARTE-BAVENDAMM (Hrsg.)/FRAUKE HENNING-BODEWIG (Hrsg.): Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG). Mit Preisangabenverordnung. Kommentar, 4. Aufl. (*Lubberger*)

RECHTSPRECHUNG

- PATENTRECHT **604** BGH 1.3.17 – X ZR 10/15
Unzulässige beschränkte Verteidigung mit nicht angegriffenem Unteranspruch – **Ankopplungssystem**
- GEBRAUCHSMUSTERRECHT **607** BPatG 6.9.16 – 35 W (pat) 1/15
Kein Gebrauchsmusterschutz für Verfahren – **Bekämpfen von Feldmäusen**
- URHEBERRECHT **610** EuGH 26.4.17 – C-527/15
„Öffentliche Wiedergabe“ bei Verkauf eines multimedialen Medienabspielers – **Stichting Brein/Wullems (m. Anm. Arne Neubauer/Martin Soppe, S. 615)**
- 617** BGH 24.11.16 – I ZR 220/15
Anforderungen an Sicherung eines Internetanschlusses mit WLAN-Funktion – **WLAN-Schlüssel**
- 619** OLG München 2.3.17 – 29 U 1819/16
Keine Täterhaftung des Sharehosters durch Betreiben einer Plattform für fremde Inhalte – **uploaded**
- 622** OLG Jena 22.6.16 – 2 U 868/15
Werknutzung im Wahlkampf als Verletzung des Urheberpersönlichkeitsrechts – **Wahlkampfmusik**
- 627** BGH 28.2.17 – I ZR 46/16
Beginn der Verjährung des Fairnessausgleichsanspruchs im Erbfall – **Derrick (Ls.)**
- WETTBEWERBSRECHT **627** EuGH 4.5.17 – C-339/15
Kein generelles Werbeverbot für Mund- und Zahnversorgungsdienstleistungen – **Vanderborght**
- 630** OLG München 26.1.17 – 29 U 3841/16
Vermeintliche Einwilligung in Werbeanrufe im Rahmen eines Internet-Gewinnspiels – **gewinne-ein-iphone.de**
- 632** OLG Frankfurt a. M. 23.2.17 – 6 U 37/16
Zugangsgewährung zu Kfz-Teile-Daten für unabhängige Marktteilnehmer – **Schnittstelle zum Ersatzteildatenaustausch (Ls.)**
- 632** KG 7.2.17 – 5 W 15/17
Unzureichende Einwilligung in Zusendung von E-Mails mit Kundenzufriedenheitsumfrage – **Bitte bewerten Sie uns (Ls.)**
- ARZNEIMITTEL- UND HEILMITTELWERBERECHT **633** EuGH 16.2.17 – C-219/15
Pflichten und Haftung der Kontrollstellen von Medizinprodukten – **Schmitt/TÜV Rheinland**
- 635** BGH 24.11.16 – I ZR 163/15
Unterscheidung zwischen Absatzwerbung sowie Firmenwerbung für Anwendbarkeit des HWG – **Freunde werben Freunde**
- 641** BGH 1.12.16 – I ZR 143/15
Zulässige Werbung mit Zuzahlungsverzicht bei medizinischen Hilfsmitteln – **Zuzahlungsverzicht bei Hilfsmitteln**
- BERUFSRECHT **646** BGH 7.11.16 – AnwZ (Brfg) 47/15
Tragen einer mit Werbung bedruckten Anwaltsrobe im Gerichtssaal – **Werbeaufdruck auf Anwaltsrobe**

V Aus dem Inhalt der GRUR-Familie 6/2017

VI GRUR-Aktuell

XIII Leitsatzübersicht

XVI Impressum

Inhaltsverzeichnis

Benedikt Kommenda	4
„Niemand ist vor einer derartigen Situation gefeit“ Interview mit Mag. Valerie Hohenberg	
Leo W. Chini	8
Basel IV oder Weiterentwicklung von Basel III? (Teil I)	
Annette Köll / Aslan Milla	13
Weitere neue Herausforderungen für Prüfungsausschüsse	
Josef Fritz	21
Die Fusionswelle rollt wieder ... und was macht der Aufsichtsrat?! (Teil I)	
Thomas Barth / Alexander Leonhartsberger / Carmen Walser	24
Aufsichtsrats-Workshop: Turbulenzen in der Lengenfels AG	
Johannes Peter Gruber	31
Privatstiftung: Sicherung des „Lebenswerks“ des Stifters	
Michael Barnert	34
Literaturreisenschau	
Aus dem Firmenbuch – Veränderungen bei Aufsichtsratsmandaten	35



Aufsichtsrat

aktuell

Impressum

Fachinformation für die verantwortungsvolle
Kontrolle und Beratung von Unternehmen
und Stiftungen

Ausgabe 3/2017

Redaktion

Hon.-Prof. Dr. Leo Chini
E-Mail: ARaktuell@lindeverlag.at

Redaktionsbeirat

RA Dr. Nikolaus Arnold,
Dr. Josef Fritz,
Dr. Erhard Grossnigg,
RA Dr. Herbert Hohegger,
Univ.-Prof. Dr. Susanne Kalss

Medieninhaber, Herausgeber und
Medienunternehmen

Linde Verlag Ges.m.b.H.,
A-1210 Wien, Scheydgasse 24;
Telefon: 01/24 630 Serie,
Telefax: 01/24 630-23 DW,
E-Mail: office@lindeverlag.at;
http://www.lindeverlag.at

DVR 0002356.

Rechtsform der Gesellschaft: Ges. m. b. H.,
Sitz: Wien

Firmenbuchnummer: 102235x
Firmenbuchgericht: Handelsgericht Wien,
ARA-Lizenz-Nr. 3991
Gesellschafter: Axel Jentzsch,
Mag. Andreas Jentzsch
Geschäftsführer: Mag. Klaus Kornherr

Erscheinungsweise

Erscheint sechsmal jährlich.

Bezugspreise

Jahresabonnement 2017
(Print und online) 170,- €
zuzüglich MwSt. und Versandkosten.
Einzelheft 2017 33,18 €
zuzüglich MwSt. und Versandkosten.

Unterbleibt die Abbestellung, so läuft das
Abonnement automatisch zu den jeweils gülti-
gen Konditionen ein Jahr weiter. Abbestellun-
gen sind nur zum Ende eines Jahrganges mög-
lich und müssen bis spätestens 30. November
schriftlich erfolgen.

Nachdruck – auch auszugsweise – ist nur mit
ausdrücklicher Bewilligung des Verlages ge-
stattet. Es wird darauf verwiesen, dass alle
Angaben in dieser Fachzeitschrift trotz sorgfäl-
tiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und
eine Haftung des Verlages, der Redaktion oder
der Autoren ausgeschlossen ist.

Mit der Einreichung seines Manuskriptes räumt
der Autor dem Verlag für den Fall der Annahme
das übertragbare, zeitlich und örtlich unbe-
schränkte ausschließliche Werknutzungsrecht
(§ 24 UrhG) der Veröffentlichung in dieser
Zeitschrift ein, einschließlich des Rechts der
Vervielfältigung in jedem technischen Verfah-
ren (Druck, Mikrofilm etc.) und der Verbreitung
(Verlagsrecht) sowie der Verwertung durch Da-
tenbanken oder ähnliche Einrichtungen, des
Rechts der Vervielfältigung auf Datenträgern
jeder Art, der Speicherung in und der Ausga-
be durch Datenbanken, der Verbreitung von
Vervielfältigungsstücken an die Benutzer, der
Sendung (§ 17 UrhG), sonstigen öffentlichen
Wiedergabe (§ 18 UrhG) sowie der öffentlichen
Zurverfügungstellung, insbesondere über das
Internet (§ 18a UrhG). Gemäß § 36 Abs. 2 UrhG
erlischt die Ausschließlichkeit des eingeräum-
ten Verlagsrechts mit Ablauf des dem Erschei-
nen des Beitrages folgenden Kalenderjahres;
dies gilt für die Verwertung durch Datenbanken
nicht.

Anzeigenverkauf und -beratung

Gabriele Hladik, Tel.: 01/24 630-19
E-Mail: gabriele.hladik@lindeverlag.at

ISSN 1813-6923

— Herstellung —



Druckerei Hans Jentzsch & Co. GmbH

1210 Wien, Scheydgasse 31, Tel.: 01/2784216-0; office@jentzsch.at; mehrfach umweltzertifiziert – www.jentzsch.at

EDITORIAL	53
AUFSÄTZE	
Marc Tüngler Die Themen der Hauptversammlungssaison 2017	55
RA Dr. Robert Weber, RA Dr. Marc Cervellini (Hedge-)Fonds in Aufsichtsräten börsennotierter Gesellschaften	57
Prof. Dr. Thomas Wrona, Dr. Markus Gunnesch Strategie und Aufsichtsrat?	62
Prof. Dr. Nick Gehrke Die Prüfung der Rechnungslegung durch den Aufsichtsrat	68
Prof. Dr. Bernd Schichold, Daniel Albrecht Anforderungen an eine digitale Plattform für Aufsichtsräte	73
Prof. Dr. Michael Bursee, Christoph Adams, Heiko Wälz Unabhängige Gestaltung und Umsetzung der Vorstandsvergütung – Optionen für den Aufsichtsrat	76
ÖFFENTLICHE UNTERNEHMEN	
Jean-Charles Buttolo, Dr. Sophie Lefeez Strategische Steuerung und organisatorische Umstrukturierung öffentlicher französischer Rüstungsunternehmen	80
DAS AUFSICHTSRATSBÜRO	
Dr. Stefan Heißner, Dr. Michael Faske, Dr. Andreas Frohner Inside Investigations	85
AUS DEM DEUTSCHEN AKTIENINSTITUT	
Dr. Christine Bortenlänger, Michaela Hohlmeier Brexit-Risiken minimieren und den europäischen Kapitalmarkt stärken	90
KOLUMNE	
Dr. Jörg Dimég, Jörg Asmussen und Gilles Mentré „Shareholder Activism“ ist ein Verhalten, keine Investorenklasse	92
RECHTSPRECHUNG	
Wirksamkeit von Aufsichtsratsbeschlüssen auch bei unzureichender Informationsgrundlage OLG München, Endurteil vom 12.1.2017 – 23 U 3582/16	95
LEXIKON	
New Workforce	96
DATEN – FAKTEN – MANDATE	
Matthias Reidt Der Umgang mit Ungewissheit als Herausforderung für die Tätigkeit des Aufsichtsrats	98
Prof. Harald Eichsteller Herausforderung Digitale Transformation	104

Impressum

BOARD – Zeitschrift für Aufsichtsräte in Deutschland

Gesamtleitung
Prof. Dr. Barbara Dauner-Lieb
Prof. Dr. Stefan Siepelt
Marc Tüngler

Redaktion
Jan Neumann
Tel.: 0221 / 5 40 25 44
E-Mail: info@anisation.org

Redaktion Bundesanzeiger Verlag
Jörg Schick
Tel.: 0221 / 9 76 68-186
E-Mail: joerg.schick@bundesanzeiger.de
Angela Scholz
Tel.: 0221 / 9 76 68-315
Fax: 0221 / 9 76 68-271
E-Mail: angela.scholz@bundesanzeiger.de

Manuskripte
Manuskripte sind unmittelbar an die Redaktion im Verlag zu senden. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Haftung übernommen werden. Der Verlag behält sich das Recht zur redaktionellen Bearbeitung der angenommenen Manuskripte vor.

Erscheinungsweise
zweimonatlich, jeweils Mitte des geraden Monats
Bezugspreise/Bestellungen/Kündigungen
Einzelheft 42,70 € inkl. MwSt. und Versandkosten (Inland 1,50 € pro Ausgabe/Ausland 3,- € pro Ausgabe). Der Jahresaboppreis inkl. Online-Archiv beträgt 254,40 € inkl. MwSt. und Versandkosten (Inland 0,75 € pro Ausgabe/Ausland 3,- € pro Ausgabe). Bestellungen über jede Buchhandlung oder beim Verlag. Der Bezugszeitraum beträgt jeweils 12 Monate. Kündigungen müssen schriftlich erfolgen und spätestens am 15. des Vormonats, in dem das Abonnement endet, beim Verlag eingegangen sein.

Verlag: Bundesanzeiger Verlag GmbH
Postfach 10 05 34, 50445 Köln
Geschäftsführung: Dr. Matthias Schulenberg

Abo-Service
Wiebke Schmidt
Tel.: 0221 / 9 76 68-291
Fax: 0221 / 9 76 68-271
E-Mail: wiebke.schmidt@bundesanzeiger.de

Urheber- und Verlagsrechte
Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Jegliche Vervielfältigung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Mit der Annahme des Manuskriptes zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag das ausschließliche Vervielfältigungsrecht bis zum Ablauf des Urheberrechts. Das Nutzungsrecht umfasst auch die Befugnis zur Einspeicherung in eine Datenbank sowie das Recht zur weiteren Vervielfältigung zu gewerblichen Zwecken, insbesondere im Wege elektronischer Verfahren einschließlich CD-ROM und Online-Diensten.
Cover-Copyright © shironosov

Haftungsausschluss
Die in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge wurden nach bestem Wissen und Gewissen geprüft. Eine Gewähr für die Richtigkeit und Vollständigkeit kann jedoch nicht übernommen werden. Eine Haftung für etwaige mittelbare oder unmittelbare Folgeschäden oder Ansprüche Dritter ist ebenfalls ausgeschlossen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht notwendig die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigenleitung
Hans Stender
Bundanzeiger Verlag GmbH
Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln
Tel.: 0221 / 9 76 68-343
Fax: 0221 / 9 76 68-288
E-Mail: hans.stender@bundesanzeiger.de

Anzeigenpreise
Es gilt die aktuelle Anzeigenpreislise.

Herstellung
Günter Fabritius, 0221 / 9 76 68-182

Satz
TGK Wienpahl, Köln

Druck
Appel & Klinger GmbH, Schneckenlohe
ISSN: 2192-211X

EDITORIAL	105
AUFSÄTZE	
Dr. Philipp Grenzebach, Joseph S. Adams Unternehmensleitung und Kontrolle in Personalunion?	107
Dr. Matthias Kampshoff, Dr. Jan-Philipp Hoos Unbegründete Zurückhaltung deutscher Großunternehmen gegen Unternehmenskauf aus der Insolvenz	111
Dr. Jens Maßmann, Yulia Luzhkova Say-on-Pay und die neue Aktionärsrechterichtlinie	116
Prof. Dr. Stefan Siepelt, Prof. Dr.-Ing. Dr. rer.oec. Stefan Vieweg Compliance on Board Index	119
Bernd Thalmann Wirtschaft und Menschenrechte	124
Dr. Stefan Mutter Die Änderungen des Deutschen Corporate Governance Kodexes 2017	128
Dr. Matthias Merkelbach, Dr. Anja Herb Corporate Governance in Versicherungen	131
AdAR, ArMiD, FEA Die systematische Aufsichtsratsbesetzung	135
KLARTEXT	
Keith Krach Der Kampf für eine Welt ohne Papier	138
ÖFFENTLICHE UNTERNEHMEN	
Ass. jur. Lars Scheider Change Management in der Beteiligungsverwaltung	141
DAS AUFSICHTSRATSBÜRO	
Evgenia Gissing Delegation von Aufgaben innerhalb des Aufsichtsrats	144
AUS DEM DEUTSCHEN AKTIENINSTITUT	
Dr. Christine Bortenlänger, Dr. Cordula Heldt Die EU-Aktionärsrechterichtlinie	147
KOLUMNE	
Prof. Dr. Werner Gleißner Risikomanagement und Entscheidungsvorbereitungen des Vorstands	149
RECHTSPRECHUNG	
Gerichtliche Bestimmung des Leiters der Hauptversammlung AG Köln, Beschluss vom 17.3.2017 – HRB 556	151
LEXIKON	
Gründungsprüfung	153
DATEN – FAKTEN – MANDATE	
Überdurchschnittlich kritisch bei der Zusammensetzung des Aufsichtsrats	154
Schweizer CEO Vergütung stieg 2016 weiter an	155
SPD will Vorstandsvergütung begrenzen	155

Impressum

BOARD – Zeitschrift für Aufsichtsräte in Deutschland

Gesamtleitung
Prof. Dr. Barbara Dauner-Lieb
Prof. Dr. Stefan Siepelt
Marc Tüngler

Redaktion
Jan Neumann
Tel.: 0221 / 5 40 25 44
E-Mail: info@anisation.org

Redaktion Bundesanzeiger Verlag
Jörg Schick
Tel.: 0221 / 9 76 68-186
E-Mail: joerg.schick@bundesanzeiger.de
Angela Scholz
Tel.: 0221 / 9 76 68-315
Fax: 0221 / 9 76 68-271
E-Mail: angela.scholz@bundesanzeiger.de

Manuskripte
Manuskripte sind unmittelbar an die Redaktion im Verlag zu senden. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Haftung übernommen werden. Der Verlag behält sich das Recht zur redaktionellen Bearbeitung der angenommenen Manuskripte vor.

Erscheinungsweise
zweimonatlich, jeweils Mitte des geraden Monats

Bezugspreise/Bestellungen/Kündigungen
Einzelheft 42,70 € inkl. MwSt. und Versandkosten (Inland 1,50 € pro Ausgabe/Ausland 3,- € pro Ausgabe). Der Jahresabpreis inkl. Online-Archiv beträgt 254,40 € inkl. MwSt. und Versandkosten (Inland 0,75 € pro Ausgabe/Ausland 3,- € pro Ausgabe). Bestellungen über jede Buchhandlung oder beim Verlag. Der Bezugszeitraum beträgt jeweils 12 Monate. Kündigungen müssen schriftlich erfolgen und spätestens am 15. des Vormonats, in dem das Abonnement endet, beim Verlag eingegangen sein.

Verlag: Bundesanzeiger Verlag GmbH
Postfach 10 05 34, 50445 Köln
Geschäftsführung: Dr. Matthias Schulenberg

Abo-Service
Wiebke Schmidt
Tel.: 0221 / 9 76 68-291
Fax: 0221 / 9 76 68-271
E-Mail: wiebke.schmidt@bundesanzeiger.de

Urheber- und Verlagsrechte
Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Jegliche Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Mit der Annahme des Manuskriptes zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag das ausschließliche Vervielfältigungsrecht bis zum Ablauf des Urheberrechts. Das Nutzungsrecht umfasst auch die Befugnis zur Einspeicherung in eine Datenbank sowie das Recht zur weiteren Vervielfältigung zu gewerblichen Zwecken, insbesondere im Wege elektronischer Verfahren einschließlich CD-ROM und Online-Diensten.
Cover-Copyright © SolStock/istock

Haftungsausschluss
Die in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge wurden nach bestem Wissen und Gewissen geprüft. Eine Gewähr für die Richtigkeit und Vollständigkeit kann jedoch nicht übernommen werden. Eine Haftung für etwaige mittelbare oder unmittelbare Folgeschäden oder Ansprüche Dritter ist ebenfalls ausgeschlossen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht notwendig die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigenleitung
Hans Stender
Bundeanzeiger Verlag GmbH
Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln
Tel.: 0221 / 9 76 68-343
Fax: 0221 / 9 76 68-288
E-Mail: hans.stender@bundesanzeiger.de

Anzeigenpreise
Es gilt die aktuelle Anzeigenpreisliste.

Herstellung
Günter Fabritius, 0221 / 9 76 68-182

Satz
TGK Wienpahl, Köln

Druck
Appel & Klinger GmbH, Schneckenlohe
ISSN: 2192-211X

EDITORIAL	1
AUFSÄTZE	
Dr. Alexander v. Preen, Dr. Sebastian Pacher, Dr. Markus Gunnesch Kompetenz und Effizienz im Aufsichtsrat	3
Dr.-Ing. Michael Mertin Corporate Governance im Zeitalter der Digitalisierung	9
Dr. Claus Buhleier Prioritäten und Schwerpunkte der Aufsichtsräte in EMEA und Deutschland	13
Jens C. Laue Quo vadis, Corporate Governance?	17
Dr. Frederik Gottschalck Fingerspitzengefühl bei der Suche und Besetzung von Beiräten in mittelständischen Unternehmen gefordert	21
Sabine Hansen, Dr. Markus Gunnesch „Bridging the diversity gap“	24
Prof. Dr. Barbara Grunewald Der Einfluss des Aufsichtsrats auf die Geschäftsführung	30
Marcus Gerbershagen Die digitale Transformation erreicht die Kontrollorgane	33
ÖFFENTLICHE UNTERNEHMEN	
RD'ir'in Dr. Simone Hartmann, Prof. Dr. Christian Zwirner Keine Schutzwirkung zugunsten des behördlichen Vertreters im Rahmen von Beratungsverträgen	38
DAS AUFSICHTSRATSBÜRO	
Dr. Peter Henning Aufsichtsratskommunikation mit Investoren	41
AUS DEM DEUTSCHEN AKTIENINSTITUT	
Dr. Christine Bortenlänger, Dr. Norbert Kuhn Rentenlücke mit Aktien schließen	44
KOLUMNE	
Klaus Niding, Marc Tüngler Aktionäre übernehmen mehr Verantwortung und manchmal auch das Zepter	47
RECHTSPRECHUNG	
Zur Strafbarkeit des ehemaligen Aufsichtsratsvorsitzenden der Nürburgring GmbH wegen Untreue BGH, Beschluss vom 26.11.2015 – 3 StR 17/15	49
LEXIKON	
Kreditgewährung (Aufsichtsrat)	51
DATEN – FAKTEN – MANDATE	
Kommission im Dialog	52
IDW Positionspapier zu Nichtprüfungsleistungen des Abschlussprüfers	52

Impressum

BOARD – Zeitschrift für Aufsichtsräte in Deutschland

Gesamtleitung
Prof. Dr. Barbara Dauner-Lieb
Prof. Dr. Stefan Siepelt
Marc Tüngler

Redaktion
Jan Neumann
Tel.: 0221 / 5 40 25 44
E-Mail: info@anisation.org

Redaktion Bundesanzeiger Verlag
Jörg Schick
Tel.: 0221 / 9 76 68-186
E-Mail: joerg.schick@bundesanzeiger.de
Angela Scholz
Tel.: 0221 / 9 76 68-315
Fax: 0221 / 9 76 68-271
E-Mail: angela.scholz@bundesanzeiger.de

Manuskripte
Manuskripte sind unmittelbar an die Redaktion im Verlag zu senden. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Haftung übernommen werden. Der Verlag behält sich das Recht zur redaktionellen Bearbeitung der angenommenen Manuskripte vor.

Erscheinungsweise
zweimonatlich, jeweils Mitte des geraden Monats

Bezugspreise/Bestellungen/Kündigungen
Einzelheft 42,70 € inkl. MwSt. und Versandkosten (Inland 1,50 € pro Ausgabe/Ausland 3,- € pro Ausgabe). Der Jahresabpreis inkl. Online-Archiv beträgt 254,40 € inkl. MwSt. und Versandkosten (Inland 0,75 € pro Ausgabe/Ausland 3,- € pro Ausgabe). Bestellungen über jede Buchhandlung oder beim Verlag. Der Bezugszeitraum beträgt jeweils 12 Monate. Kündigungen müssen schriftlich erfolgen und spätestens am 15. des Vormonats, in dem das Abonnement endet, beim Verlag eingegangen sein.

Verlag: Bundesanzeiger Verlag GmbH
Postfach 10 05 34, 50445 Köln
Geschäftsführung: Dr. Matthias Schulenberg

Abo-Service
Wiebke Schmidt
Tel.: 0221 / 9 76 68-291
Fax: 0221 / 9 76 68-271
E-Mail: wiebke.schmidt@bundesanzeiger.de

Urheber- und Verlagsrechte
Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Jegliche Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Mit der Annahme des Manuskriptes zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag das ausschließliche Vervielfältigungsrecht bis zum Ablauf des Urheberrechts. Das Nutzungsrecht umfasst auch die Befugnis zur Einspeicherung in eine Datenbank sowie das Recht zur weiteren Vervielfältigung zu gewerblichen Zwecken, insbesondere im Wege elektronischer Verfahren einschließlich CD-ROM und Online-Diensten.
Cover-Copyright © PonyWang/istockphoto.com

Haftungsausschluss
Die in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge wurden nach bestem Wissen und Gewissen geprüft. Eine Gewähr für die Richtigkeit und Vollständigkeit kann jedoch nicht übernommen werden. Eine Haftung für etwaige mittelbare oder unmittelbare Folgeschäden oder Ansprüche Dritter ist ebenfalls ausgeschlossen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht notwendig die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigenleitung
Hans Stender
Bundeanzeiger Verlag GmbH
Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln
Tel.: 0221 / 9 76 68-343
Fax: 0221 / 9 76 68-288
E-Mail: hans.stender@bundesanzeiger.de

Anzeigenpreise
Es gilt die aktuelle Anzeigenpreisliste.

Herstellung
Günter Fabritius, 0221 / 9 76 68-182

Satz
TGK Wienpahl, Köln

Druck
Appel & Klinger GmbH, Schneckenlohe
ISSN: 2192-211X

Wirtschaftsrecht

Die Woche im Blick

1473

Entscheidungen

EuGH: Verpflichtende Inanspruchnahme eines Mediationsverfahrens nach nationalem Recht – Anwaltszwang (14.6.2017 – C-75/16)

EuGH: Auslegung des Begriffs „Wertpapierleistung“ (14.6.2017 – C-678/15)

BGH: Insolvenzrechtlicher Begriff der unentgeltlichen Leistung im Zwei-Personen-Verhältnis (20.4.2017 – IX ZR 252/16)

BGH: Tarifgestaltung eines Wasserversorgungsunternehmens (17.5.2017 – VIII ZR 245/15)

BGH: Zur Zulässigkeit einer negativen Feststellungsklage in Widerrechtsfällen (16.5.2017 – XI ZR 586/15)

BGH: Grobe Vernachlässigung von dem Schutz des Lebens anderer dienender Berufs- oder Organisationspflichten (11.5.2017 – III ZR 92/16)

BGH: Zwangsvollstreckung – Rechtsformänderung der Titelgläubigerin (17.5.2017 – VII ZB 64/16)

OLG Köln: Werbung durch Kundenbewertungen auf der Website (24.5.2017 – 6 U 161/16)

Verwaltung

BaFin: Zentrale Gegenparteien – Konsultation zu qualifizierten Beteiligungen

Aufsätze

! **Prof. Dr. Martin R. Schulz, LL.M. (Yale)**

1475

Compliance-Management im Unternehmen – Grundlagen, Herausforderungen und Orientierungshilfen

Die nachhaltige Implementierung geeigneter Rahmenbedingungen für Compliance (Compliance-Management) hat sich zu einem zentralen Element erfolgreicher Unternehmensführung entwickelt, die einen ganzheitlichen strategischen Ansatz erfordert: Dieser beinhaltet neben einem glaubhaften Bekenntnis der Unternehmensleitung zu regelkonformem Wirtschaften insbesondere die Förderung einer Compliance- und Integritätskultur sowie die Umsetzung bestimmter Organisationsmaßnahmen. Nach einer Einführung und Ausführungen zur Wechselwirkung zwischen Compliance- und Integritätsmanagement zeigt der Beitrag die Vorteile eines erfolgreichen Compliance-Managements auf, erläutert die erforderlichen Prozesse und Maßnahmen und schließt mit einem Ausblick auf aktuelle und zukünftige Herausforderungen und Chancen.

! **Dr. Christof-Ulrich Goldschmidt, RA, und Berndt Hess, RA**

1483

Die Compliance-Verantwortung des Finanzinvestors

Haftungsrisiken für Compliance-Verstöße weiten sich ständig aus. Erfasst werden inzwischen auch die nicht handelnden Personen, die direkten und indirekten Gesellschafter des betroffenen Unternehmens und deren Organe. Die Zentralisierung der Compliance-Organisation und ein „Durchgreifen“ bei den Beteiligungsgesellschaften scheint die natürliche Reaktion zu sein, doch passt sie zum Geschäftsmodell von Finanzinvestoren, die Beteiligungen nur auf Zeit und nicht integriert halten wollen? Der Beitrag skizziert die Compliance-Risiken, behandelt die Handlungs- und Organisationspflichten des Finanzinvestors und schließt mit Empfehlungen für die praktische Umsetzung dieser Pflichten auf Ebene des Finanzinvestors selbst wie der Portfoliogesellschaften.

Entscheidung

! **BGH:** Fehlverwendung von Anlegergeldern – Nichterfüllung einer Aufklärungspflicht als Täuschung durch Unterlassen (8.3.2017 – 1 StR 466/16 – dazu BB-Kommentar von

1489

Prof. Dr. Olaf Müller-Michaels)

Steuerrecht

Die Woche im Blick

1493

Entscheidungen

BFH: Verlustabzugsverbot bei schädlichem Beteiligungserwerb (Erwerbergruppe) (22.11.2016 – I R 30/15)

BFH: Vorbehaltsnießbrauch hindert steuerneutrale unentgeltliche Übertragung eines Gewerbebetriebs (25.1.2017 – X R 59/14)

BFH: Steuerschuld aufgrund Rechnungserteilung (16.3.2017 – V R 27/16)

BFH: EuGH-Vorlage – Beihilfecharakter der Steuerbegünstigung nach § 6a GrEStG (30.5.2017 – II R 62/14)

FG Düsseldorf: Anwendbarkeit des § 32d Abs. 2 Nr. 3 Buchst. b) EStG bei mittelbarer beruflicher Tätigkeit (10.5.2017 – 7 K 3226/16 E)

FG Münster: Zum Anscheinsbeweis für die Privatnutzung eines betrieblichen Kraftfahrzeugs durch einen im Privatvermögen vorhandenen PKW (11.5.2017 – 13 K 1940/15 E,G)

FG Münster: Zur beschränkten Steuerpflicht eines nach Luxemburger Recht gegründeten Fonds, bei dem das Recht zur Anteilscheinrückgabe während der Vertragslaufzeit ausgeschlossen ist (20.4.2017 – 10 K 3059/14 K)

Verwaltung

BMF: Richtsatzsammlung 2016 (8.6.2017 – IV A 4 – S 1544/09/10001-09)

Gesetzgebung

EU-Kommission: Transparenzpflicht für Rechtsanwälte, Steuerberater und Wirtschaftsprüfer

Aufsätze

! **Dr. Andreas Eggert, RA/StB**

1495

Compliance-Ermittlungen und Korrektur von Erklärungen bei der Besteuerung von Arbeitnehmern

Das Lohnsteuerrecht ist eine anspruchsvolle Materie mit sehr umfangreichen und detaillierten Gesetzes- und Verwaltungsregelungen. Bei internen Untersuchungen zur Lohnbuchhaltung, der Berichtigung von Lohnsteuer-Anmeldungen und der Begleitung von Lohnsteuerprüfungen sind zahlreiche Besonderheiten zu beachten, was vor allem auch an den Wechselwirkungen mit der Einkommensteuer und dem Sozialversicherungsrecht liegt. Diese systematischen Besonderheiten werden zunächst abstrakt dargestellt und dann anhand von zwei Praxisbeispielen erläutert.

Dr. Dirk Niedling, RA/StB, und

1500

Dr. Gabriele Rautenstrauch, StBin

Auswirkungen des „ATAD II“-Vorschlags zu hybriden Gestaltungen mit Drittländern auf Finanzierungstransaktionen

Die EU setzt in einer Vorreiterrolle die Vorschläge der OECD zur Neutralisierung der Effekte hybrider Gestaltungen (Abschlussbericht zu Action 2) im Rahmen einer Anti-BEPS-II RL um. Dabei werden in Ergänzung zur Anti-BEPS-I RL Drittstaaten sowie weitere hybride Gestaltungen in den Anwendungsbereich einbezogen. Der vorliegende Beitrag stellt die wesentlichen Neuregelungen der Anti-BEPS-II RL vor und erörtert anhand von Beispielfällen deren praktische Relevanz für Finanzierungsstrukturen.

Entscheidungen

BFH: Unternehmereigenschaft im kommunalen Bereich (15.12.2016 – V R 44/15 – dazu BB-Kommentar von

Dennis Janz, LL.M., StB)

FG Düsseldorf: Unterkunftskosten im Rahmen der doppelten Haushaltsführung (14.3.2017 – 13 K 1216/16 E – dazu BB-Kommentar von

Sabine Kühnen, Vors. RiFG)

Bilanzrecht und Betriebswirtschaft

Die Woche im Blick

1513

Entscheidung

BFH: Keine Rückstellung für künftige Zusatzbeiträge zur Handelskammer (5.4.2017 – X R 30/15)

Rechnungslegung

IASB: Standardentwurf zur Bilanzierung von Sachanlagen
EFRAG: Rückmeldungen zum Stellungnahmenentwurf zu den Änderungen an IFRS 9

DRSC: Bericht über die Sitzungen der Fachausschüsse am 8./9.6.2017 in Berlin

DRSC: E-DRÄS 8 zur Überarbeitung des DRS 20 „Konzernlagebericht“

DRSC: Erstes Treffen des DRSC-Anwenderforums zu IFRS 16

Wirtschaftsprüfung

IDW: Positionspapier zu Pflichten und Zweifelsfragen zur nicht-finanziellen Erklärung als Bestandteil der Unternehmensführung

WPK: Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung – FIU wird beim Zoll angesiedelt – neues Meldeverfahren

Aufsatz

! Dipl.-Kfm. **Jörg Tüllner**, CISA, **Dr. Christian Foltz** und Dipl.-Betriebsw. (FH) **Kolja von Westerholt**

1515

Produkt-Compliance – eine notwendige Evolutionsstufe für ein ganzheitliches Compliance-Management-System

Die in der jüngeren Vergangenheit vermehrt publik gewordenen produktbezogenen Compliance-Vorfälle – wie etwa der Airbag-Rückruf – zeigen, dass die klassische Ausrichtung von Compliance-Programmen z. B. auf die der Entwicklung und Produktion vor- und nachgelagerten Bereiche nicht mehr ausreicht. Die nächste Evolutionsstufe des Compliance Managements der Unternehmen ist ein erweitertes End-to-End Compliance-Management-System (CMS) über die gesamte Wertschöpfungskette unter Einbezug der Entwicklungs-, Herstellungs- und Feldüberwachungs-Prozesse. Der nachfolgende Beitrag gibt den Compliance-Entscheidern und -Beratern aller Industrien eine Orientierungshilfe für die Erweiterung der Compliance-Programme um das Themenfeld Produkt-Compliance. Nach einer kurzen Definition von Produkt-Compliance und der Darstellung, welche Faktoren zu einem Bedeutungszuwachs von Produkt-Compliance geführt haben, werden die Unterschiede zur klassischen Compliance herausgearbeitet und wichtige Handlungsfelder bei der Weiterentwicklung von Produkt-Compliance identifiziert.

Entscheidung

FG Münster: Freiwilliger Landtausch führt nicht zur Aufdeckung stiller Reserven (7.4.2017 – 4 K 2406/16 F – dazu BB-Kommentar von **Dr. Sebastian Heß**, RA/FAStR/StB) 1520



Neuerscheinung Buch

Eschenfelder, Wirtschaftsprüferhaftung Praxisnahe Übersicht über Haftungsnormen und -grundlagen
2016, 287 Seiten, Kt., € 84,-
ISBN: 978-3-8005-2095-4 / Infos unter: www.shop.ruw.de

Arbeitsrecht

Die Woche im Blick

1523

Entscheidungen

BAG: Nichtigkeit eines nachvertraglichen Wettbewerbsverbots wegen fehlender Karenzenschädigung (22.3.2017 – 10 AZR 448/15)

BAG: Vorliegen einer dem Betriebsrentengesetz unterfallenden Invaliditätsversorgung (25.4.2017 – 3 AZR 668/15)

BAG: Verlust der Dynamik einer Bezugnahme auf das Satzungsrecht der VBL (21.3.2017 – 3 AZR 86/16)

BAG: Arbeitnehmerüberlassung in der Metall- und Elektroindustrie (22.2.2017 – 5 AZR 552/14)

BAG: Betriebliche Altersversorgung – Anwendung auf vor dem 1.7.2002 erteilte Versorgungszusagen (21.3.2017 – 3 AZR 464/15)

Gesetzgebung

Bundestag: Neuregelungen zu Sozialkassen begrüßt

Aufsatz

! **Dr. Daniel Klösel**, RA, und **Dr. Thilo Mahnhold**, RA/FAArbR 1524

Contractor Compliance im neuen AÜG

Zurechenbarkeit als (vernachlässigter) Ansatzpunkt bei der Gestaltung von Werk- und Dienstvertragsmodellen

Immense Risiken rechtlicher und nicht-rechtlicher Art gepaart mit zahlreichen öffentlichkeitswirksamen Skandalfällen aus der jüngeren Vergangenheit bilden den Nährboden für eine zunehmend bedeutender werdende Contractor Compliance. Soweit hierbei die Gestaltung der letztlich entscheidenden Vertragspraxis im Mittelpunkt steht, ist dies im Ansatz richtig, führt aber oftmals zu einem zu kritischen Blick auf die Möglichkeiten rechtlich zulässiger Gestaltungen. Dies geht zurück auf einen verbreiteten rechtlichen Irrtum, denn die zweifellos fehleranfällige Vertragspraxis ist nicht ausnahmslos entscheidend, vielmehr muss sie hierfür auch eine gewisse *Typizität* aufweisen und letztlich auch bestimmten Personen innerhalb des Unternehmens *zurechenbar* sein. Dies liefert hilfreiche Ansatzpunkte für Compliance-Konzepte im Zusammenhang mit der Gestaltung von Werk- und Dienstverträgen, aber auch gute Verteidigungsargumente, wenn das „Kind in den Brunnen gefallen“ zu sein scheint.

Entscheidungen

BAG: Zur Verkürzung der Laufzeit eines sachgrundlos befristeten Arbeitsvertrags (14.12.2016 – 7 AZR 49/15 – dazu BB-Kommentar von **Prof. Dr. Frank Maschmann**) 1529

BAG: Arbeitsbefreiung für Betriebsratstätigkeit (18.1.2017 – 7 AZR 224/15 – dazu BB-Kommentar von **Dr. Christian Ley**, RA/FAArbR) 1533

! Schwerpunktheft Compliance

Die Erste Seite

Dr. Jan Byok, LL.M., RA
**Wettbewerbsregister gegen
Wirtschaftskriminalität**

Impressum/Vorschau

VIII

BETRIEBSWIRTSCHAFT

AUFSATZ

Körperschaftsteuer

**Zum Anwendungsbereich des § 8b KStG bei Termin-
geschäften im Lichte der BFH-Rechtsprechung**

Prof. Dr. Alois Paul Knobloch, Saarbrücken

Bei der Abgrenzung des Veräußerungsgewinns nach § 8b KStG erweisen sich die bisherigen Konzepte des BFH und des Schrifttums als nicht schlüssig – dies gilt insb. für die Differenzierung des BFH zwischen dem Anteilsbegriff nach § 8b KStG und dem nach §§ 16, 17 EStG. Eine strikte Anwendung der Zweivertragstheorie ignoriert Wertzusammenhänge. Gestaltungen einer nachsteuerlichen Arbitrage sollten durch eine Gesamtplanbetrachtung identifiziert und unter § 42 AO subsumiert werden.

DB1224702

S. 1277

STEUERRECHT

AUFSATZ

Bilanzsteuerrecht

Zum Abzinsungszinssatz des § 6a Abs. 3 Satz 3 EStG

WP/ StB / RA Dr. Dr. h.c. Thomas Weckerle, LL.M., Hagen

Bei der Ermittlung des Teilwerts einer Pensionsverpflichtung bzw. des Barwerts künftiger Pensionszahlungen ist gem. § 6a Abs. 3 Satz 3 EStG ein Abzinsungszinssatz von 6% anzuwenden. Es wird der von verschiedenen Autoren vertretenen These entgegengetreten, die gegenwärtige Regelung sei verfassungswidrig. Dabei geht es u.a. um die Frage, ob sich die Abzinsung von Pensionsrückstellungen am Kapitalmarktzins orientieren soll oder am operativen Ergebnis der Unternehmen. Es wird herausgearbeitet, dass es nicht um die Verzinsung einer Kapitalanlage geht, sondern ausschließlich um die periodengerechte Aufwandserschließung des Lohnbestandteils „spätere Pensionszahlung“.

DB1238191

S. 1284

Lohnsteuer

**Praxisfälle zum Rabattpflichtbetrag am Beispiel der
Textilwirtschaft**

RA/FAStR Prof. Dr. Florian Haase / Dipl.-Steuerjurist (FH)

StB/FBStR Malte Geils, beide Hamburg

Der lohnsteuerrechtliche Rabattpflichtbetrag i.S.d. § 8 Abs. 3 Satz 2 EStG ist im Grundsatz auf Arbeitnehmer anwendbar, die aufgrund ihres Dienstverhältnisses Waren oder Dienstleistungen vom Arbeitgeber vergünstigt beziehen. Dabei stellen sich insb. bei Arbeitsverhältnissen im Konzern etliche ungeklärte Fragen. Zwar musste sich der BFH in der Vergangenheit zunehmend punktuell mit diesen Fragestellungen befassen, jedoch blieben zahlreiche Fragen offen. Es werden die praktischen Anwendungsprobleme der bisherigen Rspr. sowie mögliche Lösungsansätze für ausgewählte Praxisfälle in der Textilwirtschaft aufgezeigt.

DB1240131

S. 1289

KOMPAKT

Abgabenordnung

**Gerichtliche Überprüfung eines Informations-
ersuchens**

RiFG Dr. Michael Hennigfeld, Köln

DB1240029

S. 1295

VERWALTUNGSANWEISUNGEN

Umsatzsteuer

**Umsatzsteuerrechtliche Organschaft: Vorsteuerab-
zug beim Erwerb und im Zusammenhang mit dem
Halten und Verwalten von gesellschaftsrechtlichen
Beteiligungen**

BMF, Schreiben vom 26.05.2017

DB1240324

S. 1296

Abgabenordnung

**Verbindliche Anwendung eines einheitlichen
Standarddatensatzes als Schnittstelle zum
elektronischen Lohnkonto**

BMF, Schreiben vom 26.05.2017

DB1240323

S. 1299

ENTSCHEIDUNGEN

Gewinnermittlung

Pauschale ESt auf Geschenke unterliegt Abzugsverbot

BFH, Urteil vom 30.03.2017 – IV R 13/14

DB1240984

S. 1300

Gewinnermittlung

**AFA-Befugnis des Nichteigentümer-Ehegatten bei
betrieblicher Nutzung des Ehegattengrundstücks –
Aufwandszurechnung bei Darlehenszahlungen von
einem Gemeinschaftskonto (Oder-Konto)**

BFH, Urteil vom 21.02.2017 – VIII R 10/14

DB1240977

S. 1302

Einkommensteuer

**Gestaltungsmisbrauch bei An- und Verkauf von
Wertpapieren**

BFH, Urteil vom 08.03.2017 – IX R 5/16

DB1240981

S. 1304

Einkommensteuer

**Änderung der Steuerbescheide gem. § 10 Abs. 2a
Satz 8 EStG a.F.**

BFH, Urteil vom 24.08.2016 – X R 34/14

DB1224156

S. 1308

WIRTSCHAFTSRECHT

AUFSATZ

Sonstiges Recht

Zweifelsfragen des neuen Transparenzregisters

RA Dr. Christian Bochmann, LL.M. (Cambridge),

Hamburg

Mit der aktuellen Neufassung des Geldwäschegesetzes wird ein völlig neuartiges Register geschaffen: das Transparenzregister. Dieses wird verschiedene Angaben (insbesondere Name und Wohnort) zu den wirtschaftlich Berechtigten von Kapital- und eingetragenen Personengesellschaften erfassen. Wirtschaftlich Berechtigte sind die hinter den Gesellschaften stehenden natürlichen Personen, die über substantielle Kapital- oder Stimmrechtsbeteiligungen oder sonstige Kontrollmöglichkeiten verfügen, auch wenn sie nicht unmittelbare Gesellschafter sind. Um das Transparenzregister auf aktuellem und aussagekräftigem Stand zu halten, werden v.a. die Gesellschaften und deren Anteilseigner, mitunter aber auch die wirtschaftlich Berechtigten selbst in die Pflicht genommen. Diesen werden verschiedene Informationspflichten auferlegt, die teilweise bereits mit Inkrafttreten der Neuregelungen, spätestens aber bis zum 01.10.2017 erstmals zu erfüllen sind – anderenfalls drohen empfindliche Bußgelder. Der Beitrag vermittelt einen knappen Überblick über das neue Transparenzregime und zeigt damit verbundene Zweifelsfragen anhand praktisch relevanter Konstellationen auf.

DB1240294

S. 1310

KOMPAKT

Europarecht

Isolierter Hinausformwechsel vor dem EuGH

RA Dr. Alexander Ego, München

DB1240927

S. 1318

ENTSCHEIDUNGEN

Insolvenzrecht/Kapitalanlage

Befugnis des Insolvenzverwalters zur Einberufung einer Anleihegläubigerversammlung

OLG Stuttgart, Urteil vom 27.12.2016 – 10 U 97/16

DB1235040

S. 1319

Rechtsanwaltsrecht

Anforderungen an Unterschrift des Ausstellers einer Berufungsschrift

BGH, Beschluss vom 14.03.2017 – XI ZB 16/16

DB1237226

S. 1324

ARBEITSRECHT

AUFSATZ

Datenschutz

Datenschutz im Arbeitsverhältnis

RA Nima Asgari, Düsseldorf

Ab dem 25.05.2018 gilt die Datenschutzgrundverordnung. Während das BDSG nach dessen Vorgaben angepasst wird, gibt es jetzt schon Antworten darauf, was Arbeitgeber beim Beschäftigtendatenschutz künftig beachten müssen.

DB1232156

S. 1325

KOMPAKT

Befristungsrecht

Grenzen der Befristungsausgestaltung

RA Dr. Thomas Barthel / RA Dr. Gerald Peter Müller, Berlin

DB1234139

S. 1329

Betriebsübergang/Tarifvertragsrecht

Geltung eines Haustarifvertrags nach Verschmelzung

RAin Martina Hidalgo, München

DB1228803

S. 1331

Betriebsverfassungsrecht

Voraussetzungen für die Freistellung eines Betriebsrats von Rechtsanwaltskosten

RA Dr. Paul Melot de Beauregard, LL.M. (LSE), München

DB1236095

S. 1332

Keine ausschließliche Zuständigkeit des Entleiherbetriebsrats für dauerhaft dort tätige Leiharbeiternehmer

RA Bernd Weller, Frankfurt/M.

DB1236229

S. 1333

Arbeitsvertragsrecht

Angaben zum Beendigungszeitpunkt im Arbeitszeugnis bei Prozessbeschäftigung

Dipl.-Jur. Marie Herberger, LL.M., Saarbrücken

DB1230146

S. 1334

ENTSCHEIDUNGEN

Tarifvertragsrecht

Nachwirkung des Anerkennungstarifvertrags beendet dynamische Wirkung einer Bezugnahme Klausel

BAG, Urteil vom 22.03.2017 – 4 AZR 462/16

DB1236933

S. 1335

ifst

Institut Finanzen und Steuern

Reformnotwendigkeit und Reformalternativen für den Einkommensteuertarif

Prof. Dr. Henriette Houben/Malte Chirvi

DIE NEUE IFST-SCHRIFT

NR. 517 IST AB SOFORT IM EINZELBEZUG ERHÄLTlich

ISBN 978-3-89737-177-4

15,00 € inkl. USt, zzgl. Versand

© Institut Finanzen und Steuern e.V.

Einzelbezug über

www.der-betrieb-shop.de/ifst

kundenservice@fachmedien.de

Tel.: 0800 00 01 637

Fax: 0800 00 02 959

www.ifst.de



Abonnenten von DER BETRIEB
wird ein Rabatt in Höhe von
20% eingeräumt.

BETRIEBSWIRTSCHAFT

AUFSATZ

Sonstige BWL

Normative theorie- und praxisbezogene Betriebswirtschaftslehre

Prof. Dr. Heinz Kußmaul / Prof. Dr. Hartmut Bieg / Prof. Dr. Claus-Peter Weber / Prof. Dr. Gerd Waschbusch / Prof. Dr. Alexander Baumeister / Prof. Dr. Wolfgang Wegener / Prof. Dr. Michael Olbrich / Prof. Dr. Alois Paul Knobloch / Prof. Dr. René Schäfer / Prof. Dr. Vassil Tcherveniachki, alle Saarbrücken

Dieser Beitrag knüpft an das im Jahr 2013 veröffentlichte „Saarbrücker Plädoyer für eine normative theorie- und praxisbezogene Betriebswirtschaftslehre“ (Küting u.a., DB 2013 S. 2097-2099) an und zielt nochmals auf eine nachhaltige Stärkung des normativen Forschungsansatzes in der Betriebswirtschaftslehre im Gesamten und insb. in den Teildisziplinen der betriebswirtschaftlichen Steuerlehre und der Rechnungslegung ab.

DB1237981

S. 1337

STEUERRECHT

AUFSATZ

Abgabenordnung

Vom IKS für Steuern zum Tax CMS: Aktueller Stand sowie Anpassungsbedarf beim Outsourcing

StB Dr. Andreas Kowallik, München

Das BMF nimmt im AEAO zu § 153 AO direkt Bezug auf ein innerbetriebliches Kontrollsystem für Steuern und stellt den Stpfl. hieraus Vergünstigungen in Aussicht. Seit dem 31.05.2017 liegt mit dem Praxishinweis 1/2016 eine finale inhaltliche Konkretisierung der Anforderungen an ein Tax Compliance Management System gem. PS 980 vor. Weitere Verbände haben eigene Leitfäden zum AEAO zu § 153 AO vorgelegt oder angekündigt. Es wird ein Überblick über den aktuellen Stand gegeben und der erkennbare Anpassungsbedarf beim Einsatz von externen Dienstleistern erläutert.

DB1240209

S. 1344

Bilanzsteuerrecht

Aufwandsverteilungsposten bei Bauten auf fremden Grundstücken bzw. Grundstücksteilen

StB Dipl.-Fw. (FH) Alexander Horst, Köln

Beleuchtet wird der Weg des BFH zur nunmehr wohl endgültigen Charakterisierung von Aufwendungen eines Unternehmer-Ehegatten für im zivilrechtlichen und wirtschaftlichen Eigentum eines Nichtunternehmer-Ehegatten stehenden Gebäudeteil als Aufwandsverteilungsposten. Es wird das Meinungsbild der Finanzverwaltung dargestellt, welches im BMF-Schreiben aus dem Dezember verkörpert ist. Schließlich werden auch Gestaltungsalternativen und Auswirkungen auf Verkehrssteuern untersucht und ein aktuelles Urteil zur Finanzierung der streitigen Aufwendungen berücksichtigt.

DB1238433

S. 1349

KOMPAKT

Gewerbesteuer

Gewerbesteuerliche Hinzurechnung bei einer Zwischenvermietung

RiBFH Prof. Dr. Francesca Werth, München

DB1241107

S. 1357

VERWALTUNGSANWEISUNGEN

Lohnsteuer

Lohnsteuerliche Behandlung der Überlassung von (Elektro-)Fahrrädern an Arbeitnehmer

OFD NRW, Kurzinformation LSt vom 17.05.2017

DB1241218

S. 1358

Umsatzsteuer

Vordruckmuster für den Nachweis der Eintragung als Stpfl. (Unternehmer)

BMF, Schreiben vom 02.06.2017

DB1240976

S. 1358

Umsatzsteuer

Muster der Vordrucke für das USt-Vergütungsverfahren nach § 4a UStG

BMF, Schreiben vom 06.06.2017

DB1241160

S. 1359

Umsatzsteuer

Steuerbefreiung nach § 4 Nr. 26 UStG für ehrenamtliche Tätigkeiten

BMF, Schreiben vom 08.06.2017

S. 1360

ENTSCHEIDUNGEN

Einkommensteuer/Gewerbsteuer

Zur Qualifizierung der Tätigkeit einer PersGes., die auf technische Übersetzungen spezialisiert ist

BFH, Urteil vom 21.02.2017 – VIII R 45/13

DB1240978

S. 1361

Körperschaftsteuer

Verlustabzugsverbot bei schädlichem Beteiligungserwerb (Erwerbergruppe)

BFH, Urteil vom 22.11.2016 – I R 30/15

S. 1365

Grunderwerbsteuer

EuGH-Vorlage: Beihilfecharakter der Steuerbegünstigung nach § 6a GrEStG

BFH, Beschluss vom 30.05.2017 – II R 62/14

S. 1368

WIRTSCHAFTSRECHT**AUFSATZ**

Aktienrecht

Die Abwahl des Hauptversammlungsleiters – Irrwege, Umwege, Auswege**RA Dr. Klaus von der Linden, Düsseldorf**

Seit Jahren gehört er in kritischen Hauptversammlungen zum Ritual: der Antrag auf Abwahl des Versammlungsleiters. In aller Regel hat er aber keine Aussicht auf Erfolg. Er wird verlesen, diskutiert und mit überragender Mehrheit abgelehnt. Dabei geht wertvolle Zeit verloren. Die Gerichte leisten dieser sinnlosen Praxis immer wieder Vorschub. So auch das OLG Stuttgart und das OLG Köln in zwei jüngeren Entscheidungen. Allerdings: Beide Gerichte setzen auch neue Akzente. Sie meinen, die Ablehnung eines Abwahlanspruchs könne als solche anfechtbar sein. Dies namentlich, wenn eine positive Beschlussfeststellungsklage hinzutrete. Das komme wiederum in Betracht, weil die Aktionärsmehrheit aufgrund ihrer Treuepflicht gegenüber der Minderheit zur Abwahl verpflichtet sein könne. Der Beitrag setzt sich kritisch mit den beiden Urteilen auseinander.

DB1240106

S. 1371

KOMPAKT

Personengesellschaftsrecht

BGH-Rechtsprechung zu „Sanieren oder Ausscheiden“ auch auf KG anwendbar**RA Dr. Harald Gesell / RA Dr. Nefail Berjasevic**

DB1240016

S. 1374

ENTSCHEIDUNGEN

Schuldrecht

Erfindung eines Gesellschafters: Andienungspflicht aufgrund ergänzender Auslegung des Gesellschaftsvertrages**OLG Frankfurt/M., Urteil vom 13.04.2017 – 6 U 69/16**

DB1239469

S. 1375

Insolvenzrecht

Vorsatzanfechtung: Zur Kenntnis des Anfechtungsgegners vom Gläubigerbenachteiligungsvorsatz des Schuldners bei bargeschäftsähnlichem Leistungsaustausch**BGH, Urteil vom 04.05.2017 – IX ZR 285/16**

DB1241208

S. 1378

Insolvenzrecht

Entlassung eines Insolvenzverwalters wegen des Verschweigens von Umständen, die seiner Unabhängigkeit entgegenstehen**BGH, Beschluss vom 04.05.2017 – IX ZB 102/15**

DB1241192

S. 1380

Insolvenzrecht

Auslegung eines Insolvenzplans bezüglich der Eingruppierung der Genussscheininhaber**OLG Schleswig, Urteil vom 06.04.2017 – 11 U 96/16**

DB1240833

S. 1382

Kapitalanlage

Zur Verjährung des Anspruchs der Darlehensnehmerin gegen die finanzierende Bank auf Schadensersatz wegen fehlerhafter Beratung**BGH, Urteil vom 16.05.2017 – XI ZR 430/16**

DB1241271

S. 1385

ARBEITSRECHT**AUFSATZ**

Arbeitsvertragsrecht

Economy on demand:**Sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse in Dreieckskonstellationen?****Ass. Christopher Kraus, Düsseldorf**

Die „economy on demand“ spiegelt die im Alltag vorhandene Vernetzung in der Arbeitswelt wider. Dienst- und Werkleistungen werden nach schneller Vermittlung durch einen Online-Plattformbetreiber von hochqualifizierten Selbstständigen kostengünstig und auf Abruf erbracht. Auf dem Prüfstand steht die sozialversicherungsrechtliche Beurteilung dieses Modells in den verschiedenen denkbaren vertraglichen Gestaltungsmöglichkeiten.

DB1232311

S. 1387

KOMPAKT

Kündigungsrecht

Berücksichtigung von Arbeitnehmern mit Sonderkündigungsschutz bei einer Massenentlassung**RA/FAArbR Dr. Patrick Mückl / RA/FAArbR Dr. Stephan****Vielmeier, Düsseldorf/München**

DB1237117

S. 1393

Befristungsrecht

Zweckbefristung wegen Betriebsschließung?**RA/FAArbR Martin Fink, München**

DB1237325

S. 1394

Arbeitnehmerüberlassung

Equal pay: Tatsächlich ausgeübte Tätigkeit entscheidend für das Vergleichsentgelt**RA Dr. Mario Merget / Verena Pia Oechslen, beide Berlin**

DB1233293

S. 1395

Unfallversicherung

Verlust des gesetzlichen Unfallversicherungsschutzes durch Falschabbiegen auf dem Weg zur Arbeit**RAin Dr. Katrin Hasler-Hagedorn, Düsseldorf**

DB1236796

S. 1396



IN DIESEM HEFT

Hausdurchsuchung bei Unternehmen (<i>Schrank / Sackmann</i>)	825
Ministerrat beschließt Gesetzespaket zur Geldwäschebekämpfung	831
Aktuelles zum Vertreterpauschale (<i>Knechtl</i>)	832
Erwerbstätigkeit im Inland und Anspruch auf Differenzzahlung sind nicht an Betriebsstätte geknüpft	835
Kirchenbeitrag und Sonderausgabendatenübermittlung (<i>Atzmüller</i>)	836
Zuständigkeit zur Entscheidung über die aufschiebende Wirkung einer außerordentlichen Revision	837
Stufenweise Ermittlung des Selbstbehalts nach § 34 Abs 4 EStG? (<i>Pülzl</i>)	838
Verfahrenshilfeantrag einer juristischen Person	841
Säumniszuschlag bei freiwillig einbehaltener Lohnsteuer (<i>Schuster</i>)	842
Anspruch auf Zuzugsbegünstigung nur bei Antrag innerhalb der Sechsmonatsfrist? (<i>Kühbacher</i>)	844
Umsatzsteuer-Update Juni 2017: Aktuelles auf einen Blick (<i>M. Mayr</i>)	852
Abweisung einer Beschwerde gegen die Abänderung von ESt-Bescheiden	858
Der aktuelle Fall aus dem Finanzstrafrecht: Gewerbsmäßige Abgabenhinterziehung nach neuer Rechtslage (<i>Leitner / Kert</i>)	859
Finanzstrafstatistik 2016	860

Impressum:
Siehe letzte Umschlagseite

Inhaltsverzeichnisdienst per E-Mail.

Anmeldung unter <http://www.lindeverlag.at/newsletter/anmeldung/neu/>

SWK
Steuer- und Wirtschaftskartei

Redaktion: Prof. Gerhard Gaedke/Dr. Gerhard Kohler
Dr. Christa Lattner/Mag. Stefan Menhofer
Dr. Michael Tumpel
Tel. Redaktion: +43 1 24 630, **Fax:** DW 51
E-Mail Redaktion: redaktion@lindeverlag.at
Tel. Verlag: +43 1 24 630 Serie, **Fax:** DW 23
Adresse: 1210 Wien, Scheydgasse 24

StuB

STEUER- UND BILANZPRAXIS

- 449 **Maßgeblichkeit des Handelsbilanzansatzes für Rückstellungen in der Steuerbilanz?**
Zugleich Anmerkungen zum Urteil des FG Rheinland-Pfalz vom 7.12.2016 - 1 K 1912/14
Prof. Dr. Franz Jürgen Marx
- 456 **Steuerfalle: Teilwertabschreibung**
Eine Analyse zur Ausübung des Wahlrechts zur Teilwertabschreibung gem. § 6 Abs. 1 Nr. 1 Satz 2 und Nr. 2 Satz 2 EStG in der Steuerbilanz
StB Dr. Erdogan Atilgan
- 462 **Zum Sonderbetriebsausgabenabzug des Mitunternehmers einer doppelstöckigen Personengesellschaft im Inbound-Fall**
Anmerkungen zum BFH-Urteil vom 12.10.2016 - I R 92/12
RA/StB Bernd Keller
- 467 **Vertrauensschutz bei Bauleistungen**
Anmerkungen zum BFH-Urteil vom 23.2.2017 - V R 16/16, V R 24/16
StB Robert C. Prätzler
- 472 **Verschärfte Haftung von Steuerberatern bei Krisenmandaten**
Unterlassener Hinweis auf die mögliche Insolvenzreife kann eine haftungsbegründende Nebenpflichtverletzung darstellen
RA/WP/FAStR Harald Schumm

PRAXISFÄLLE

- 476 **Latente Steuern bei unverzinslichem und „ewigem“ Gesellschafterdarlehen**
WP/StB Dr. Norbert Lüdenbach

AKTUELL BERATEN

- 477 **Gewerbesteuerliche Wirkungen bei der außensteuerlichen Hinzurechnungsbesteuerung**
StB Prof. Dr. Gerrit Adrian und Dipl.-FinW (FH) Corinna Tigges

KURZNACHRICHTEN

- 479 Neuregelung bei den geringwertigen Wirtschaftsgütern
- 479 AfA-Befugnis des Nichteigentümer-Ehegatten bei betrieblicher Nutzung des Ehegattengrundstücks
- 479 Bilanzierung von Provisionsansprüchen und „unfertigen Arbeiten“
- 480 Gerichtliche Überprüfung von Schätzungen des FA
- 481 Schädliche Steuerpraktiken im Zusammenhang mit Rechteüberlassungen
- 481 Steuerumgebungsbekämpfungsgesetz
- 482 Bekämpfung von Geldwäsche
- 482 Förderung der betrieblichen Altersversorgung
- 483 Pauschale Einkommensteuer auf Geschenke unterliegt Abzugsverbot
- 483 Restschuldbefreiung und Betriebsaufgabe
- 484 Entschädigung für Überspannung eines Grundstücks mit einer Stromleitung
- 484 Behandlung von Vorsorgeaufwendungen
- 484 Zumutbare Belastung nach § 33 Abs. 3 EStG
- 485 Festsetzungsfrist bei mittelbarer Schenkung
- 485 Durch Erbanfall erworbener Pflichtteilsanspruch
- 485 BMF-Schreiben zur Organschaft
- 486 Behandlung von Mietereinbauten
- 487 Umsatzsteuer-Umrechnungskurse Mai 2017
- 487 Berichtigung des Vorsteuerabzugs infolge erfolgreicher Insolvenzanfechtung
- 488 Gesellschafterbeschlüsse zur Abberufung des Gesellschafters-Geschäftsführers
- 488 Vergütung des vorläufigen Sachwalters
- VIII Impressum



Merksatz



Literatur



Weblink



Informationen



Audio



Siehe auch



Community



Quelle



Video



Galerie



Berechnung



20 | COVER STORY

The business reasons to take a vacation

Organizations can benefit from encouraging employees to take time away from work.



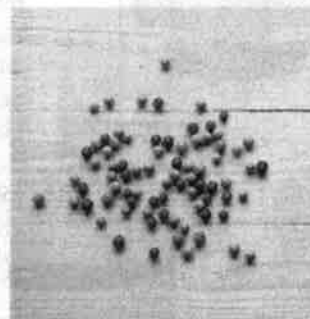
26 | Memories of the CPA Exam

Every CPA has a story about taking the exam. These are some of the best.



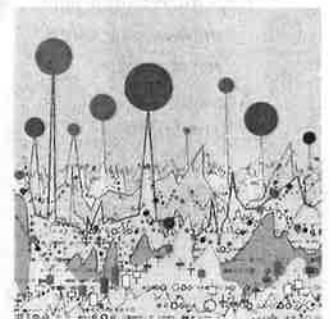
32 | What's your fraud IQ?

Do you know the foundational principles of an effective fraud risk management program? Test your knowledge in this month's quiz.



38 | Audit documentation: Tips for getting it right

Steer clear of three common misconceptions about documentation that can derail an otherwise high-quality audit.



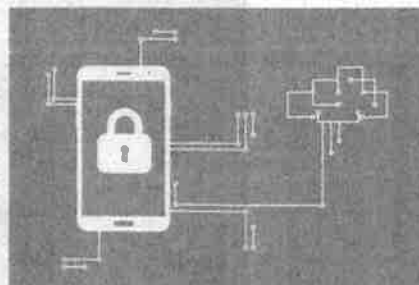
44 | How financial statement audits deliver key business insights

Increased use of data analytics is helping auditors find more information that could be helpful to clients.



46 | To my mentors and mentees: Thank you

A top consultant to the accounting profession offers her view on how mentors have helped her career and the key traits great mentors share.



52 | The single factor of most concern in the cloud

The *JofA's* annual technology roundtable explores the importance of multifactor authentication and solutions for securing clients' data in the cloud.



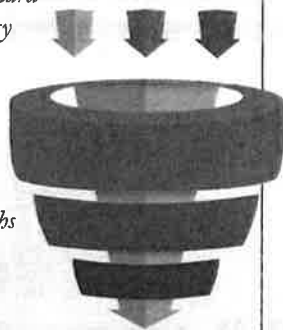
62 | U.S. tax and FASB's new paradigm for revenue recognition

Companies must prepare for unforeseen implications for tax planning.

CONTENTS

NEWS DIGEST

- 9 | *FASB issues new amortization accounting rules for callable debt securities*
GASB omnibus addresses wide range of accounting issues
GAO proposes revisions to government auditing standards
New audit data standard addresses inventory subledger
FinREC issues revenue recognition drafts for 4 industries
Expectations and paths don't always align for controllers
Key dates; Drafts outstanding




COLUMNS

14 | Checklist

Being responsive to clients
Prompt, effective responses to clients' concerns are essential for firms and CPAs, who take pride in their reputation for service.

16 | Professional Liability Spotlight

Planning to mitigate risk in tax planning engagements
A professional liability claim may occur if a client's expectation and the results of the tax services do not coincide. 

72 | From The Tax Adviser



The growing trend of soda taxes
Policies to curb consumption of sugary soft drinks spur wave of new excise taxes.

74 | Tax Practice Corner

Closed years are fair game in exam of NOL carryovers
Audit risks persist past the otherwise applicable limitation period.

76 | Tax Matters

Amazon wins multimillion-dollar transfer-pricing dispute with IRS
No unrestricted right to fraudulently obtained income

Tax Court denies trust fund recovery penalties assessed against restaurant 'gofer' 
No tax fraud for issuing Form 1099, Seventh Circuit holds
Disbarred tax preparer is not subject to OPR jurisdiction
Car and truck depreciation limits for 2017 
Comments requested on FASB revenue standards
Procedures for refunds of FICA and RRTA taxes clarified

82 | Technology Q&A

This month's column looks at how to evaluate complicated formulas and reference vertical cells horizontally in Excel. In addition, learn how to number bullets horizontally in Word and how to fix problems with Word's updated speech recognition functionality.

88 | Expanding Your App-titude

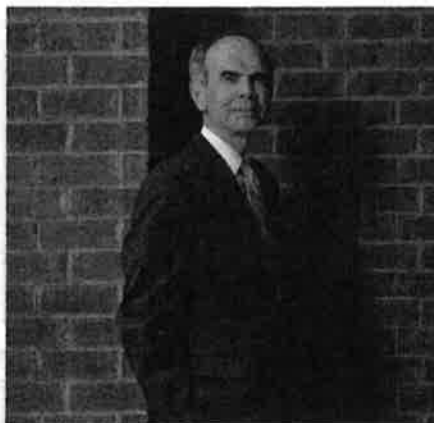
Digitize documents with Scanbot
Quickly capture images with Photomyne

94 | Inside AICPA

Where to Turn

96 | The Last Word

Jim Koerber, CPA/ABV/CFF, a shareholder with The Koerber Company PA, a valuation and litigation services firm in Hattiesburg, Miss., is passionate about a job that requires integrity and transparency.



CPE DIRECT

Another major benefit for *JofA* readers
Stay current through the *JofA* and earn CPE credit based on *JofA* articles—with the CPE Direct self-study subscription program. You can earn up to 48 CPE credits a year.
Quarterly CPE Direct study guides combine *JofA* articles with supplementary materials and exams.
An annual subscription is \$189 for AICPA members or \$236.25 for nonmembers. For more information or to order, visit aicpastore.com/cpe, or call 888-777-7077.



This symbol identifies articles in the CPE Direct self-study program.

Zfbf

D3-Z6

Schmalenbachs Zeitschrift für betriebswirtschaftliche Forschung

Schriftführender
Herausgeber
Alfred Wagenhofer

Herausgeber
Wolfgang Ballwieser
Marina Fiedler
Karen Gedenk
Martin Klarmann
Martin Natter
Rainer Niemann
Arnold Picot
Jörg Rocholl
Ulrich Schreiber
Thorsten Sellhorn
Martin Spann
Erik Theissen
Marliese Uhrig-Homburg

„Think-Manager-Consider-Female“: Eine Analyse stereo-
typischer Ansichten über weibliche Führungskräfte und
die empirische Überprüfung ihrer realen Persönlichkeit
anhand der Big Five und Dunklen Triade
C. Mai · M. Büttgen · D. Schwarzinger 119

Wie ehrlich sind Kunden von Mikrofinanzinstituten?
Ein Bogus-Pipeline-Experiment zur Untersuchung asymmetri-
scher Information im Mikrofinanzsektor auf den Philippinen
U. Römer · O. Mußhoff · R. Weber · C. Turvey 153

Verwendung von Word of Mouth-Daten zur Identifikation
von Asymmetrie im Wettbewerb: Eine textbasierte Analyse
am Beispiel deutscher Automobilmarken
T. Reckmann 173

Das Translationsrisiko multinationaler Konzerne in Deutsch-
land. Eine explorative Analyse von Verständnis, Bedeutung
und Management-Praxis mit Hilfe der Critical Incident
Technique
Arbeitskreis Finanzierung der Schmalenbach-Gesellschaft
e.V. 203



Schmalenbach-Gesellschaft
für Betriebswirtschaft e.V.



Springer Gabler



ASSURANCE

KOMPAKT

- Vervollständigung der neuen IDW-PS-400er-Reihe zum Bestätigungsvermerk . . . » 673
- IDW zu Schutzmaßnahmen im IESBA Code of Ethics » 674

ANALYSE

- Prüfen Sie Vorsysteme? – Hinweise für kleinere und mittelgroße
Wirtschaftsprüfungsgesellschaften
Mirko Ludwig » 675
- Das Three-Lines-of-Defence-Modell: ein Beitrag zu einer besseren
Corporate Governance? – Entstehung und Rezeption durch Standardsetzer
und Regulatoren
Wissenschaftlicher Beirat des DIIR – Deutsches Institut für Interne Revision e.V. . . . » 682



RECHNUNGSLEGUNG

KOMPAKT

- IDW zu einer geplanten Änderung von IFRS 9 » 689
- IFRS 17 zur Bilanzierung von Versicherungsverträgen verabschiedet » 689
- Praxistauglichkeit von IFRS 13? » 690
- Veranstaltungshinweis: Münsteraner Gesprächskreis Rechnungslegung und
Prüfung e.V. » 690

ANALYSE

- Änderung der Befreiungsvoraussetzungen für Tochter-Kapitalgesellschaften
durch das BilRUG – Die neue Einstandspflicht nach § 264 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 HGB
Prof. Dr. Peter Oser » 691

INTERVIEW

- CSR-Richtlinie: „Die Akzeptanz unseres Tuns in den Mittelpunkt stellen.“
Dr. Margarete Haase » 697

ANALYSE

- Zwei Jahre Enforcement in Österreich – Erkenntnisse aus der Evaluation des
Rechnungslegungs-Kontrollgesetzes
Prof. Dr. Bernhard Pellens, Ann-Kathrin Schmeling und Dennis Starke » 700



FINANCIAL SERVICES

KOMPAKT

Frankfurter Erklärung zu nachhaltiger Finanzwirtschaft verabschiedet	» 711
BaFin überarbeitet WpHG-Verordnungen	» 711
BaFin zu Chat-Funktionen auf Handelsplattformen	» 712
Jahresabschluss des Finanzmarktstabilisierungsfonds	» 712
Stresstest der betrieblichen Altersversorgung	» 712
EBA veröffentlicht Leitlinien zu Kreditverlusten	» 713
EBA-Konsultation zu Cloud Computing	» 713
EZB veröffentlicht Leitfaden zur Eignung von Leitungspersonen in Banken	» 713
Erleichterungen für Verbriefungen und Risikokapital	» 713
EZB veröffentlicht Leitlinien für Hebelfinanzierungen	» 714
Rezension: Investmentrecht	» 714

ANALYSE

CRD V und CRR II – Kommissionsentwürfe konkretisieren Baseler Vorgaben <i>Dr. Max Weber und Ralf Backé</i>	» 715
---	-------



BRANCHEN

KOMPAKT

Antragstellung auf Förderung von Wärme- und Kältenetzen (IDW PH 9.970.31) ...	» 722
Prüfung des Grenzpreisvergleichs von Strom auf Ebene des Letztverbrauchers (IDW PH 9.970.60)	» 722



MANAGEMENT & BERATUNG

ANALYSE

Bereit für die EU-Datenschutz-Grundverordnung? – Anforderungen und Umsetzungsbedarf im Überblick <i>Barbara Scheben</i>	» 723
---	-------



STEUERN & RECHT

KOMPAKT

Ausgestaltung und Prüfung von Tax-Compliance-Management-Systemen	» 730
Bildung von Rückstellungen für Entsorgungspflichten nach dem Elektro- und Elektronikgerätegesetz	» 731
Redaktionelle Anpassung des DCGK im Bundesanzeiger veröffentlicht	» 731
Bundeskartellamt veröffentlicht Leitfaden „Zusagen in der Fusionskontrolle“ ...	» 731

ANALYSE

Das Gesetz zur Reform des Insolvenzanfechtungsrechts ist gestartet! <i>Maximilian Hacker</i>	» 732
---	-------